

Arbeitslinien der FES zur
Zukunft des Sozialstaates

Seite 4

Verleihung des FES
Menschenrechtspreises 2006

Seite 32

8. Treffen des Deutsch-
Französischen Forums

Seite 52

Schwerpunktthema in dieser Ausgabe:

Fundament demokratischer Ordnung: Die Menschenrechte als zent- rale Kategorie der Politik

Menschenrechtsarbeit
in der FES

Themenvielfalt und langer Atem

— ZWAR IST DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG keine reine Menschenrechtsorganisation, vergleichbar Amnesty International oder Human Rights Watch, aber in ihrem Grundanliegen der Demokratieförderung und in der praktischen Projektarbeit engagiert sie sich vielfältig für die Stärkung und Durchsetzung der Menschenrechte.

Als Wertorientierung sind Menschenrechte das Fundament demokratischer Ordnung und beanspruchen damit Vorrang gegenüber

der internationalen Ordnung, die durch Völkerrecht und internationales Recht, darunter auch die ILO-Standards oder WTO-

Universalität ihrer Geltung, vor allem aber um das Verhältnis zwischen staatlicher Souveränität, wonach Menschenrechte in die „innere Zuständigkeit“ der Staaten fallen, und einer gemeinsamen Verantwortung der Staatengemeinschaft für ihren Schutz und ihre Durchsetzung, aus der sich in Extremfällen auch das Recht auf Interventionen herleiten würde. Die Menschenrechte sind zu einer zentralen Kategorie der Politik geworden, nach innen wie nach außen.

und Gesprächskreisen zum interkulturellen Dialog, zu Migration und Integration, in der Frauen- und Genderpolitik, als Teil der Demokratieförderung und des Einsatzes für Partizipation und soziale Gerechtigkeit in der internationalen Zusammenarbeit bei Themen wie Verfassungs- und Rechtsentwicklung, Stärkung demokratischer Verfahren und Zusammenarbeit mit demokratischen Institutionen und Organisationen, Ausbau und Förderung demokratischer Interessenvertretungen (Gewerkschaften, Wirtschafts- und Berufsverbänden, Frauenorganisationen, Bauernorganisationen), Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, Förderung unabhängiger Medien und einer demokratischen Kultur der Öffentlichkeit und Transparenz. Explizite Arbeitslinien, wie z.B. in Asien, fördern mit

anderen Organisationsprinzipien von Staatlichkeit wie Nation, Volk, Ideologie, Kultur oder auch Religion. Sie dienen der Begrenzung von Herrschaft und staatlicher Willkür, dem Schutz des Menschen als „Mensch“ und als Grundlage der „Verrechtlichung“ der Beziehung zwischen Staat und Bürger. Sie sind Grundpfeiler einer Konstitutionalisierung

Regeln, ausgestaltet wird. Menschenrechte sind damit hochpolitisch und entsprechend umstritten. Die Staaten sind gefordert, die Menschenrechte anzuerkennen („to respect“), zu schützen („to protect“) und nach allen ihren Möglichkeiten zu fördern („to fulfil“). Die Debatten über 60 Jahre UN-Menschenrechtspolitik sind geprägt von Auseinandersetzungen um die

Menschenrechtsthemen sind in allen Arbeitsbereichen der FES als Stiftung der sozialen Demokratie implizit thematisiert; seit Ende der 80er Jahre und besonders seit der 3. UN Menschenrechtskonferenz in Wien (1993) werden sie auch explizit und unmittelbar aufgenommen: in der politischen Bildungsarbeit im Inland, in Programmen

regelmäßigen Menschenrechtskonferenzen den Dialog zwischen Europa und der Region. Die Stiftung hat sich immer in besonderer Weise für die „Untrennbarkeit“ und „Interdependenz“ zwischen politischen Freiheitsrechten und den wirtschaftlich-sozialen Rechten eingesetzt. Aus der Grundorientierung auf „soziale Demokratie“ und der Nähe zu und Partnerschaft mit der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung sowie der Zusammenarbeit mit sozialen Nichtregierungsorganisationen ergeben sich für die Stiftung besondere Möglichkeiten, diesen Themenbereich aufzunehmen und Beiträge zu leisten.

Seit 1994 ist die Stiftung über das Referat Entwicklungspolitik als Gründungsmitglied im „Forum Menschenrechte“, einem Netzwerk von 45 deutschen Nichtregierungsorganisationen, aktiv und mit eigenen Veranstaltungen beteiligt. Die Themenschwerpunkte des Netzwerks umfassen Antirassismus, Kinderrechte, Frauenrechte, Folter sowie die Reform der UN-Menschenrechtskom-

Artikel in dieser Ausgabe:

September – Oktober – November 2006

DEUTSCHLAND

Arbeitslinien der FES zur zukünftigen Rolle des Sozialstaats:	
Staat muss Chancen öffnen	4
Integration auf kommunaler Ebene:	
Anerkennung ist das Zauberwort	16
Studie zu rechtsextremen Einstellungen:	
Vom Rand zur Mitte	21
11. Mainzer Mediendisput	
Mehr Chancen für journalistischen Nachwuchs	26

SCHWERPUNKT

FES-Menschenrechtspreis 2006 für ehemaligen thailändischen Gewerkschaftsführer: Gradlinig und vorbildlich	32
FES bemüht sich um Brückenschlag zwischen Nord und Süd:	
Zwanzig Jahre „Recht auf Entwicklung“	36
VIII. Deutsch-chinesischer Menschenrechtsdialog der FES:	
Offener Dialog trotz unterschiedlicher Sichtweisen	38
Konferenz über Fundamentalismus und Feminismus:	
Hoffnung auf neues Zeitalter der Aufklärung	40

INTERNATIONAL

8. Treffen des deutsch-französischen Forums:	
Energieabhängigkeit verhindern	52
Die Beziehungen EU-Russland:	
Spagat zwischen Interessen und Werten	59
Szenarien für Jerusalem:	
Die Zukunft einer besonderen Stadt	66
Workshop über die Doha-„Entwicklungs“-Runde:	
Handelsliberalisierung aus Gewerkschaftssicht	68
Beziehungen zwischen Europa und Afrika:	
Herausforderungen gemeinsam meistern!	74
Publikationen	78
Impressum	79

mission. Als einzige der deutschen politischen Stiftungen ist die Friedrich-Ebert-Stiftung am europäischen

Sitz der Vereinten Nationen Genf vertreten und damit unmittelbar in der Arbeit des UN-Menschenrechtssys-

tems und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) engagiert.

Arbeitslinien der FES
zur zukünftigen Rolle des
Sozialstaats

Staat muss Chancen öffnen

FÜR EINEN STARKEN STAAT, der Regeln setzt und durchsetzt, plädierte Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Dekan der Donald Bren School of Environmental Science and Management, University of California, im Rahmen einer Veranstaltung der FES am 7. November in Düsseldorf.



Ein neues Projekt der FES analysiert die Grundlagen und Funktionen des Sozialstaats. (Foto: sculpies/fotolia)

Rund 330 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt, um über die Frage zu diskutieren: „Wie viel Staat brauchen wir in der globalisierten Welt?“ Zentral ist laut Prof. von Weizsäcker die Entwicklung eines dritten Sektors (öffentliche Banken, Stiftungen, Zivilgesellschaft, NGO und Public Private Partnership), der geeignet sei, das Ungleichgewicht zwischen dem Staat und der Privatwirtschaft wieder auszugleichen. Des Weiteren verlange ein globaler Markt auch globale Regeln,

z.B. Arbeits- und Umweltnormen. Hans-Georg Crone-Erdmann, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammern in NRW, appellierte an die Stärkung der Eigenverantwortung in einem staatlichen Ordnungsrahmen. Für die vielen einzelnen Aufgaben aber, die der Staat nicht übernehmen könne, sei zivilgesellschaftliches Engagement unbedingt erforderlich. Die Notwendigkeit eines starken, vorsorgenden Sozialstaats, der vor allem Bildungschancen für alle

Bevölkerungsgruppen bereitstellt, betonte der DGB-Vorsitzende in NRW, Guntram Schneider. Petra Bosse-Huber, Vizepräsidentin der Evangelischen Kirche im Rheinland, äußerte die Ansicht, dass der deutsche Sozialstaat nur deshalb bisher noch nicht zusammengebrochen sei, weil die Zivilgesellschaft in einzelnen Bereichen an die Stelle des Staates getreten sei. Unter welchen Bedingungen ein erfolgreicher Kurswechsel möglich wäre, greift auch der FES-Gesprächskreis Sozialpolitik im Rahmen eines Projektes zur Zukunft des Sozialstaates auf. Ziel dieses Projektes ist es, die normativen

Grundlagen, die Strukturen und Funktionen des Sozialstaates und der Sozialpolitik zu analysieren und auf ihre Leistungen und Wirkungen sowie deren gesellschaftliche Akzeptanz zu überprüfen. Im Fokus stehen die Themen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Soziale Sicherung, Bildung, Familie und Soziale Stadt. Anhand dieser Bereiche soll herausgearbeitet werden, wo die Handlungsmöglichkeiten einer vorsorgenden Sozialpolitik liegen könnten. Eingeleitet wurde das Projekt mit einem Workshop im Oktober 2006. Die Ergebnisse des Gesamtprojekts sollen in der zweiten Jahreshälfte 2007 vorliegen.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Über „Wirtschaftspolitik im Angesicht von Globalisierung und sozialer Verantwortung“ diskutierte der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, mit den Mitgliedern des Managerkreises Bayern. Heil forderte, die Standortdebatte nicht allein mit Blick auf Kosten und in Konkurrenz zu Billiglohnländern zu führen, sondern vier Standortvorteile Deutschlands hervorzuheben: die hohe Qualifikation der Arbeitnehmer, die Stärke in Wissenschaft und Forschung, die gute Infrastruktur des Landes und den sozialen Frieden. + + +

SPD und Gewerkschaften: „Uneins – aber einig?“

Von großer Medienaufmerksamkeit begleitet, wurde am 27. November im Berliner Haus der FES eine Ausstellung „Zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften“ eröffnet. Anlass bot der 100. Jahrestag des „Mannheimer Abkommens“, mit dem sich die Führungen von SPD und Freien Gewerkschaften auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um den politischen Massenstreik und um die Maifeier gegenseitig als gleichberechtigt anerkannten. In ihren

Eröffnungsreden erinnerten der Vorsitzende

ten; sie verwiesen aber auch auf die Spannun-

Prinzipien eines offenen und fairen Dialogs mit dem Ziel der Verständigung. Denn eines macht auch die Geschichte, die in der Ausstellung nachgezeichnet wird, klar: SPD und Gewerkschaften können nur gemeinsam einen Beitrag zur Verwirklichung der Grundprinzipien von sozialer Gerechtigkeit und freiheitlicher Demokratie leisten.



Ausstellungseröffnung mit Franz Müntefering, Roland Schmidt, Margret Mönig-Raane und Kurt Beck (Foto: Schicke)

der SPD Kurt Beck und die Stellvertretende Ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane an die gemeinsamen Wurzeln und Ziele von SPD und Gewerkschaft-

gen und Konflikte, die immer wieder aus den unterschiedlichen Rollen beider Organisationen im politischen Prozess erwachsen. Beide bekannten sich zu den

DIE AUSSTELLUNG

Die Wanderausstellung ist zu beziehen bei: Petra Wilke, Telefon: 0228 883-339, E-mail: petra.wilke@fes.de

Vor der dritten industriellen Revolution

Im Jahre 2050 wird sich der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase verdoppelt haben und die Weltbevölkerung wird von 6,5 auf 9,2 Milliarden Menschen gestiegen sein. Was dies für Wirtschaft, Umwelt und das Klima bedeutet, wurde auf einer Podiumsveranstaltung der FES am 30. Oktober in Essen diskutiert.



Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Sigmar Gabriel betonte, dass Ökologie und Ökonomie längst nicht mehr getrennt betrachtet werden dürften. Er hob die Notwendigkeit einer ökologischen Industriepolitik hervor, um den gegenwärtigen Wachstumsschub mit einer „dritten industriellen Revolution“ zu verbinden. Diese, betonte Gabriel, könne

der sozialen Marktwirtschaft helfen, sich zu behaupten.

Prof. Dr. Giacomo Corneo, Lehrstuhl für öffentliche Finanzen an der FU-Berlin, betonte, dass die Bundesrepublik eine Wirtschaftspolitik brauche, die für eine marktkonformere Lohnstruktur und eine Umverteilung des Markteinkommens Sorge. Martin Schulz, Vorsitzender der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament,

sprach sich für eine weltweite Sozialgesetzgebung und europaweit agierende betriebliche Vertretungen aus. Michael Vassiliadis, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE, hob die Bedeutung eines aktiven Staates hervor. Um eine innovativere und wettbewerbsfähigere Wirtschaft zu erreichen, müsse mehr in Bildung und Forschung investiert werden.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sprach sich für eine ökologische Industriepolitik aus.

Hauptsache gesund

Wenn das Potential älterer Arbeitnehmer stärker als bislang genutzt werden soll, muss das frühe Ausscheiden aus dem Berufsleben reduziert

stiags der Regelaltersgrenze ab dem Jahr 2012 ist es erforderlich, die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung Älterer zu verbessern. Zwei ge-

dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung durchgeführte Fachtagungen der FES in Duisburg und Berlin befassten sich mit Formen altersgerechten Lernens und Arbeitens und den Herausforderungen für Beschäftigte, Betriebe und Politik. Klaus Brandner, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betonte, dass ein Mentalitätswechsel bei den Unternehmen notwendig sei, der anerkennt, dass eine stärkere Beschäftigung älterer Arbeitnehmer in deren ureigenen Interesse ist. Ein weiteres

wesentliches Handlungsfeld sei die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit. Ziel müsse es sein, dass ältere Arbeitskräfte gesund die gesetzliche Regelaltersgrenze erreichen könnten. Wilhelm Adamy vom DGB wies darauf hin, dass in Deutschland lebenslanges Lernen im Vergleich zu beispielsweise Dänemark oder Schweden wenig systematisch betrieben wird. Bestehende Förderprogramme würden hierzulande insbesondere in kleinen und mittelständischen Unternehmen zu wenig genutzt.

werden. Auch vor dem Hintergrund des An-

meinsam mit der Gewerkschaft ver.di und

ARBEITNEHMERPOLITIK ZWISCHEN WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Rente mit 67

Das Ziel ist schwierig umzusetzen: eine solidarische Generationengerechtigkeit soll den zukünftigen Rentnern dauerhaft einen angemessenen Lebensstandard sichern. Aber alle Strukturentscheidungen der Vergangenheit reichten offenbar nicht aus. Nun wird das Rentenzugangsalter bis 2029 stufenweise auf 67 Jahre angehoben.

Über das Pro und Kontra des verlängerten Arbeitslebens diskutierten im Rahmen einer Veranstaltung des FES-Arbeitskreises Arbeit-Betrieb-Politik am 18. September Betriebsräte mit den Staatssekretären Heinrich Tiemann und Kajo Wasserhövel aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemein-

schaft für Arbeitnehmerfragen Ottmar Schreiner sowie dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Rainer Wend. Die wissenschaftliche Begleitung übernahm Dr. Matthias Knuth, Forschungsdirektor des Instituts Arbeit und Technik. Dieser Dialog in Berlin zeigte, dass mehrere Weichenstellungen erforderlich

sind: Die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer müssen den Unternehmen „schmackhafter“ gemacht werden. Ein Konzept zur Qualifizierung von älteren Beschäftigten muss entwickelt werden. Die Beschäftigungsfähigkeit Älterer, d.h. ihr physisches und psychisches Befinden, muss verbessert werden. Politik und Betriebsräte waren sich weitge-

hend einig: Wenn es nicht gelingt, dass mehr ältere Arbeitneh-

mer in existenzsichernder Erwerbstätigkeit verbleiben,

birgt die Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters durchaus

die Gefahr schleichen der Altersarmut.

FES-KONFERENZEN ZUR NEUAUSRICHTUNG DER SOZIALPOLITIK

Verspielte Chancen?

Als Folge der fortschreitenden Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten auf immer weniger Kerngebiete werden viele Regionen in Deutschland schrumpfen. Qualifizierte junge Arbeitskräfte wandern in die wachstumsstarken Regionen ab, in den schrumpfenden Gebieten verbleiben überproportional viele Ältere, finanziell Schwächere und Geringqualifizierte. Wie soll Sozialpolitik hier reagieren? Zwei Konferenzen der FES im September und November diskutierten über Ansatzpunkte für

deren Neuausrichtung. Um das zukünftig erforderliche Arbeitskräftepotenzial zu sichern, wurden drei Handlungsbereiche erörtert: die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Drittländern, die gezielte Förderung deutschen Nachwuchses und die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D., kommentierte die gegenwärtige Lage dahingehend, dass es in erster Linie Umsetzungsprobleme zu überwinden gilt: So sei es gelungen, die in der

Zuwanderungskommission erzielten Übereinkünfte zum Zuzug von Selbständigen, Hochqualifizierten und Studenten quasi durch die Hintertür mit bürokratischen Regeln wieder auszuhebeln. Im europäischen Vergleich agiere Deutschland daher zu langsam. Unterstützung fand sie von Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning von der Universität Duisburg/Essen, die darauf hinwies, dass insbesondere Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Gesellschaftsschichten nicht mangels ihrer Fähig-

keiten, sondern aufgrund des Schulsystems scheiterten. Prof. Dr. Ernst Kistler vom Internationalen Institut für empirische Sozialökonomie in Stadbergen ergänzte mit Trendaussagen zum demographischen Wandel: Angesichts der Bevölkerungsentwicklung entstünde ab ca. 2020 durch die alternden Belegschaften ein Fachkräftemangel und deshalb seien schon jetzt dringend altersgerechte Arbeitsbedingungen und Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich.

Reihe „Brandenburger Gespräche“ der FES: Wirtschaftsfaktor Logistik

Keine Branche hatte in den vergangenen Jahren so große Zuwachsraten wie die Logistik. Gütertransport mit Dienstleistungen wie Verpackung und Zwischenlagerung ist der am größten wachsende Geschäftszweig der Deutschen Bahn. Jeder Beschäftigte der Deutschen Bahn erwirtschaftete im Jahr 2000 einen Umsatz von 48 000 Euro. 2005 waren es schon 152000 Euro. Diese Fakten präsentierte Hartmut Mehdorn auf der ersten Veranstaltung der Reihe

„Brandenburger Gespräche“ am 10. Oktober in Potsdam. Das FES-Landesbüro Brandenburg hatte eingeladen, um unter der Leitung von Manfred Stolpe mit dem Bahnchef zu diskutieren. Überraschend war für die meisten, dass die Bahn den größten Teil ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaftet. In der Diskussion wurde Hartmut Mehdorn dann aber wieder in das Inland geholt: Strecken, für deren Instandsetzung kein Geld zur Verfügung steht, wurden ebenso thematisiert wie die vielen kleinen Bahnhöfe, auf denen in Zukunft kein Personal mehr arbeiten wird. Dennoch ist die Bahn in Deutschland sowohl im Güterverkehr als auch im Personenverkehr „gut unterwegs“, wie Mehdorn betonte.

(Foto: Liebe)



Dienstleistungen in Europa

Die Bruttowertschöpfung im deutschen Dienstleistungssektor ist alleine in den letzten 15 Jahren um über 540 Mrd. Euro gestiegen und hat damit um

chen einen Anteil von fast 70 % an der Bruttowertschöpfung. Der rasante Anstieg der Dienstleistungen wurde bisher allerdings fast ausschließlich auf

Deutschland im Warenexport seit Jahren Weltmeister ist, beträgt der Anteil grenzüberschreitender Dienstleistungen lediglich 14 %. Damit nimmt Deutschland in Europa den vorletzten Platz ein. So waren sich auch alle Teilnehmer einer FES-Podiumsdiskussion des Arbeitskreises Mittelstand am 29.

November einig, dass der Dienstleistungsexport deutlich gesteigert werden muss. Obwohl die Referenten vom Bundeswirtschaftsministerium und der Europäischen Kommission auf das breite Spektrum an

Unterstützungsleistungen für Unternehmen hinwiesen, sehen sich mittelständische Unternehmen vor allem durch nationale Eintrittsbarrieren behindert in ausländischen Märkten Fuß zu fassen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhard Schultz wies darauf hin, dass es bei der breiten Ablehnung des ursprünglich sehr liberalen Entwurfs der europäischen Dienstleistungsrichtlinie darum ging, für alle Dienstleistungsunternehmen, die in Deutschland tätig sind, die gleichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

über 50 % zugenommen. Dienstleistungsunternehmen errei-

dem deutschen Binnenmarkt realisiert. Denn während

THESEN ZU FINANZIERUNG UND MOBILITÄT

Zur Zukunft des Verkehrs in Deutschland

„Für oder gegen die PKW-Maut“ – auf diese populistische Gegenüberstellung wird die Diskussion über nutzerfinanzierte Verkehrswege allzu oft reduziert. Vor diesem Hintergrund hat der Managerkreis der FES ein Thesenpapier zur umfassenden Modernisierung des Verkehrs vorgelegt, dass die komplette Umstellung

des Verkehrssystems auf eine Nutzerfinanzierung fordert. Auf einer Podiumsdiskussion am 22. November in Berlin wurde das Papier vorgestellt. Fritjof Mietsch, Mitglied des Managerkreises und federführender Autor des Thesenpapiers, brachte die Kernaussage auf den Punkt: „Wir kaufen uns Verkehrssicherheit und

leistungsfähige, staufreie Straßen mit weniger Energieverbrauch, indem wir die Finanzierung umstellen von Steuer- auf Nutzerfinanzierung.“ Als Grundlage für die strategische Ausrichtung der Verkehrs- und Finanzpolitik schlägt der Managerkreis ein „Leitbild Mobilität 21“ vor. „Wir haben, auch im internationalen

Vergleich, immer noch eine gute Chance, Weltmeister zu sein beim Abbau von Unfällen, bei der Verflüssigung von Verkehr und bei einer höheren Sicherheit. Auch für die Wirtschaftlichkeit und für den Unterhalt der Infrastruktur können wir deutlich mehr tun“, betonte Mietsch.

DAS THESENPAPIER
www.managerkreis.de

Mehr Innovationsdynamik ermöglichen

Deutschland als Hochtechnologieland kann es sich nicht leisten, den Anschluss an die Entwicklungen neuer digitaler Dienste zu verlieren. Für den Ausbau einer zuverlässigen und kostengünstigen Infrastruktur, die schnelles Surfen und schnelles Laden und Runterladen von Daten ermöglicht, sind hohe Investitionen notwendig. Nur wenige große Firmen sind dazu in der Lage, brauchen aber eine rechtliche Pla-

nungssicherheit für ihre Investitionen. Der Zukunft des Telekommunikationsmarktes widmete sich deshalb eine FES-Fachkonferenz vor der Anhörung im Bundestag zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes im Oktober. Vertreter der Deutschen Telekom, ihrer Wettbewerber und der Bundesnetzagentur debattierten über strittige und gemeinsame Positionen. Prof. Dr. Paul J. J. Welfens von der Ber-

gischen Universität Wuppertal stellte sein Gutachten „Die Zukunft des Telekommunikationsmarktes – Volkswirtschaftliche Aspekte digitaler Wirtschaftsdynamik“ vor, das er für die FES erarbeitet hat. Seiner Meinung nach können mit dem neuen, schnellen Breitbandnetz zukünftig viele innovative digitale Dienste angeboten werden. Die Regierung sollte daher den Investoren diesen Investitionsanreiz nicht ver-

wehren, um auch mehr Innovationsdynamik zu ermöglichen. Noch ungeklärt ist, welche regulatorischen Rahmenbedingungen zu einem nachhaltigen dynamischen Wettbewerb und Innovation führen können und dabei den Zugang zu günstigem, schnellem Breitband für alle Nutzer ermöglichen.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/medienpolitik

VERANSTALTUNG DES MANAGERKREISES MIT RAG-VORSTANDSVORSITZENDEM WERNER MÜLLER

„Die Industrie wird im Lande nicht richtig geliebt“

Der Industriestandort Nordrhein-Westfalen hat Zukunft – wenn die richtigen politischen Weichen gestellt werden. So das Fazit von Werner Müller, dem Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle AG, auf einer Veranstaltung des Managerkreises NRW der FES. Rund 280 Manager waren am 18. Oktober in die Zentrale der RAG nach Essen gekommen, um die Standpunkte von Müller und Hannelore Kraft, der Fraktionsvorsitzenden der NRW-

SPD, zum „Industriestandort NRW“ zu hören. Nach Müllers Ansicht ist das größte deutsche Bundesland auch nach den Jahren des Struk-

turwandels noch immer stark industriell geprägt: rund ein Drittel aller Beschäftigten sind in der Industrie beschäftigt. Die Stimmung in Deutschland

sei aber grundsätzlich zu kritisch gegenüber der Industrie. „Industrie wird im Lande nicht richtig geliebt“, so Müller. Wenn der Wille deutlich sei, Industrie in Deutschland zu halten und auszubauen, werde dies auch gelingen. Der Standort würde umso sicherer, je mehr ausländische Investoren nach Deutschland kämen. Nach Einschätzung des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers gehören die chemische Industrie,



Hannelore Kraft und Werner Müller vor dem Managerkreis in Essen.
(Foto: GPI, K. Scholz)

die Eisen- und Stahlindustrie und der Kraftwerksbau zu den Schlüsselindustrien des 21. Jahrhunderts. Hier spielten Unternehmen aus NRW mit

ihren hochmodernen Produktionstechniken weiterhin eine einflussreiche Rolle auf dem Weltmarkt. Diese Branchen müssten seitens der Politik stärker

unterstützt werden. Hannelore Kraft unterstrich Müllers Forderungen an die Politik. Die derzeitige CDU/FDP-Landesregierung könne eindeutig

mehr tun. Mit ihrer Unterstützung der Steinkohle stehe die SPD im Landtag alleine da.

REGIONALE VERNETZUNG VON WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND WIRTSCHAFT

Innovationsschub für Deutschland?

Fragen zur Struktur der deutschen Wissenschaftslandschaft standen am 17. November im Zentrum einer Konferenz des Berliner Forums Wissenschaft und Innovation. Prof. Dr. Jürgen Mlynek, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft, Prof. Dr. Hans N. Weiler, Emeritus der Stanford University, und Prof. Dr.-Ing. Matthias Kleiner, Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, setzten sich mit der institutionellen Fragmentierung der deut-

schen Forschungslandschaft in universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik wurden insbesondere auf dem zweiten Podium themati-



Auf der Konferenz des Forums Wissenschaft und Innovation: Prof. Dr. Arndt Bode, Vizepräsident der TU München, Edelgard Bulmahn, Ursula Weidenfeld, stellv. Chefredakteurin des Tagesspiegels (v.l.) (Foto: Schicke)

auseinander. Mögliche Effizienzsteigerungen an den Schnittstellen

siert, an dem u.a. die Forschungsministerin a.D. Edelgard Bul-

mahn teilnahm. Abschließend wurde diskutiert, wie die Stadt Berlin aus dem überdurchschnittlichen Ressourceneinsatz im Bereich von Wissenschaft und Forschung größeren ökonomischen Nutzen ziehen könne. Weitgehend einig war sich das Podium, dass eine größere Steuerung und Fokussierung der Wissenschaft erforderlich sei, um mit zielgerichteter Forschung wirtschaftliches Wachstum in der Stadt zu generieren.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Der Aufsichtsratsvorsitzende und frühere Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Dr. Heinrich von Pierer, war am 6. September zu Gast beim Managerkreis in



der Region Rhein-Main. In seinem Vortrag über „Wirtschaftliche Globalisierung und unternehmerische Verantwortung“ beschrieb er Siemens' Rolle und Strategie als Unternehmen, das in 190 Ländern mit insgesamt 460 000 Mitarbeitern aktiv ist. Als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung stellte von Pierer Innova-

tionen ins Zentrum. Europa müsse sich dem Wettbewerb um das beste Bildungssystem stellen. + + +

+ + + Den **Mangel an Fachkräften in der Industrie** analysierten Berliner Expert/innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung auf einer Konferenz des FES-Arbeitsbereichs BerlinPolitik. Schon heute können 23 Prozent der Berliner Unternehmen ihre offenen Stellen nicht besetzen. Qualifizierung und Weiterbildung sind damit wichtige Schlüssel zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Margrit Zauner, Leiterin des Referats Berufliche Qualifizierung in der Senatsverwaltung für Wirtschaft erinnerte daran, dass viele Jugendliche den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht gerecht würden. Als eine der Ursachen wurde ein abnehmendes Technikinteresse auch an den Hochschulen bei gleichzeitig zu geringen Investitionen in Bildung beklagt. + + +

Zwischen Planwirtschaft und freiem Markt

Zur Versachlichung der Debatte um die Gesundheitsreform lud das Leipziger FES-Büro am 11. Oktober zu einem Podiumsgespräch ein. Rolf Schwanitz, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, erläuterte die verabredeten Eckpunkte der Koalition. Mit der Reform werde es statt sieben Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenversicherungen künftig nur noch einen Bundesverband

geben. Es ändere sich somit die Wettbe-

wirtschaftlicherem Handeln könne es im



Erläuterte in Leipzig die geplante Gesundheitsreform: Staatssekretär Rolf Schwanitz (Foto: Waldeck).

werbssituation, denn der Fonds werde den Kassen nur noch das zur Verfügung stellen, was im Durchschnitt verbraucht werde. Bei

Ergebnis dann auch einen Bonus für die Versicherten geben. Schwanitz betonte, dass die neue Fondsgestaltung im Interes-

se Ostdeutschlands liege, da es zu einem 100%igen Ausgleich der Kassen untereinander komme. Rainer Striebel, Geschäftsführer der AOK Sachsen, erläuterte, dass sich der gegenwärtige Leistungskatalog der Kassen nicht mehr gravierend zurückfahren ließe. Aber ein unveränderter Leistungskatalog werde aufgrund weniger Beitragszahler zukünftig zwangsläufig zu steigenden Beiträgen führen.

Mindestlöhne nicht ohne Bedingungen

Der Reformvorschlag des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) für die Reform des ALG II stand im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde des FES-Managerkreises am 15. November mit Rudolf Anzinger, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Professor Bert Rürup, Vorsitzender des Sachverständigenrates, Kay Senius, Bundesagentur für Arbeit und Rainer Wend, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Arbeit, und Florian Gerster, Staatsminister a.D. In der Diskussion wurde anerkannt, dass das Konzept des SVR prinzipiell geeignet sei, den harten Kern der Arbeitslosigkeit abzuschmelzen. Uneinigkeit bestand hinsichtlich der Einführung von Mindestlöhnen. Eine Zustimmung wurde von der Bedingung abhängig gemacht, dass sie auf ältere Arbeitnehmer und Jugendliche begrenzt und Branchenausnahmen zugelassen würden.

Größere Effekte mit weniger Geld

Zukunftsorientierte Finanzpolitik für Sachsen-Anhalt war im Oktober in Halle das Thema einer Veranstaltung des Managerkreises Ost mit Jens Bullerjahn, Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt, und Thomas Mirow, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

Bullerjahn machte die schwierige finanzielle Situation Sachsens-Anhalts deutlich: Bei einem Haushaltsvolumen von 10 Mrd. Euro hat das Land 20 Mrd. Euro Schulden. Die Konsequenz daraus, so Bullerjahn, könne nur sein, in Zukunft mit weniger Geld größere Effekte zu erzielen. Die Investitionen würden in Zukunft grundsätzlich sinken, Schwerpunkte lägen bei den Bildungsausgaben. Thomas Mirow erläuterte das Förderkonzept des Bundes für den Aufbau Ost, dessen Instrumentarium auf Effektivität und Effizienz geprüft werden müsse.

„Die finanzpolitische Situation in Thüringen: Eine Untersuchung vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen und der Rückführung der Osttransfers“; eine Studie des Dresdener Finanzwissenschaft-

lers Prof. Dr. Helmut Seitz im Auftrag des FES-Landesbüros Thüringen

Im Volltext unter: www.fes-thueringen.de

Alles über Mitbestimmung

Die erste Messe rund um das Thema Mitbestimmung fand vom 12. bis 14. Oktober in Bremen statt - die „dieMit“. Durchgeführt von der Arbeitnehmerkammer Bremen, unterstützt von DGB, Einzelgewerkschaften und der Hans-Böckler-Stiftung bot sie Information und Beratung, Austausch und Orientierung an. Angesprochen waren Betriebs- und Personalräte, Sprecherausschüsse,

Vertrauensleute der Schwerbehinderten, Jugend- und Auszubil-



Am Infostand der FES: Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen, Helmut Weber, FES, Margret Mönig-Raane, stellv. Verdi-Vorsitzende und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. (Foto: St. Dehne)

dendenvertreter, gewerkschaftliche Vertrauensleute, Frauen-

beauftragte, Mitarbeitervertretungen, Arbeitnehmervertreter

in Aufsichtsräten, Arbeitsschutzbeauftragte, Datenschutzbeauf-

tragte, Gewerkschaftssekretäre und Arbeitsdirektoren.

Die FES beteiligte sich an der dieMit durch einen Informationsstand, an dem den Messebesuchern die gewerkschafts- und arbeitnehmerbezogene Arbeit sowie die Ausbildungsprogramme für Führungs- und Führungsnachwuchskräfte gesellschaftspolitischer Organisationen präsentiert wurden.

RECHTSPOLITISCHES FORUM ZUM ALLGEMEINEN GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ

Diskriminierung verhindern

„Es war eine schwere Geburt“, charakterisierte Ingrid Schmidt, Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, den Entstehungsprozess des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes, auch Anti-Diskriminierungsgesetz genannt. Das Erfurter Forum für Arbeits- und Sozialrecht hatte zu einer Tagung über die arbeitsrechtlichen Auswirkungen der Regelungen, die gleichzeitig die Umsetzung einer EU-Richtlinie sind, geladen. Rechtsexperten erläuterten

das Gesetz und konnten vielfache Bedenken ausräumen, die sich an seine Auswirkungen knüpfen. Bedenken kamen vor allem aus dem Arbeitgeberlager: Man erwartete eine Flut von Einschränkungen der Auswahl geeigneter Bewerber auf eine freie Stelle, da verschiedene Auswahlkriterien als Diskriminierung ausgelegt werden könnten. Eine Welle von Prozessen könnte die Folge sein. Die Experten gestanden ein, dass die Rechtspre-

chung Klarstellungen schaffen und Unterscheidungen zwischen tatsächlichen und vorgeschobenen Diskriminierungen möglich machen müsse. Es sei aber auch für die Interessenvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer notwendig, ihren Mitgliedern Handreichungen zu geben, wie sie ohne bürokratischen Aufwand die Regelungen des Gesetzes anwenden und Klagen verhindern könnten. Bei der Podiumsdiskussion zeigte sich aber, dass

insbesondere beim Vertreter des Behindertenverbandes noch erhebliche Zweifel bestanden, ob das Gesetz Diskriminierung verhindern könne. Die Tagung war die zweite des Erfurter Forums für Arbeits- und Sozialrecht, bei dem die FES in Zusammenarbeit mit Richtern des Bundesarbeitsgerichts einen ständigen rechtspolitischen Dialog zwischen Juristen und Praktikern am Gerichtsstandort Erfurt organisierte.

Gleich am Ziel?

Es scheint sich etwas zu tun für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft: Im Februar 2006 wurde die zweite Bilanz der 2001 geschlossenen freiwilligen Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Spitzenverbänden zur Chancengleichheit in der Privatwirtschaft vorgelegt, im August trat nach einiger Verzögerung das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Sind wir also „Gleich am Ziel?“, fragte eine Konferenz des FES-Forums Politik und Gesellschaft und des DGB am 11. September in Berlin. „Keinen Grund zum Jubeln“, sah Dr. Chris-

tine Bergmann, Vorstandsmitglied der FES, angesichts der sich weiter öffnenden Einkommensschere zwischen Männern und Frauen und der Abdrängung vieler Frauen in den Niedriglohnsektor. Die ehemalige Frauenministerin diagnostizierte in Sachen Chancengleichheit eine „verbale Offenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“. Was also tun? Eva Maria Welskop-Deffaa, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, setzte für weitere Fortschritte auf den Ausbau und die forcierte Umsetzung der freiwilligen Vereinbarung. Ingrid

Sehrbrock, stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende, und Claudia Menne, Leiterin der Abteilung Gleichstellung beim DGB, unterstrichen hingegen unter Verweis auf die Erfahrungen aus dem öffentlichen Dienst, dass der dringend notwendige Verhaltenswandel auch in der Privatwirtschaft nur durch ein Gleichstellungsgesetz erreicht werden könne. Kann das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz die Erwartungen an ein Gleichstellungsgesetz erfüllen? Christel Humme, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, bezeichnete das AGG als „Symbol für die Frauen“. Gleich am

Ziel, das sind Frauen auch mit dem AGG noch lange nicht. Die Mehrheit der Teilnehmerinnen jedenfalls

Führt das neue Gleichbehandlungsgesetz auch zu einer Gleichstellung der Frauen in der Privatwirtschaft? (Foto: Publix)



forderte weiterhin ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

AUDIOBEITRAG

zu den Ergebnissen der Tagung unter www.fes.de/forumpug

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Von den sieben Arbeitsgruppen, die der FES-Managerkreis zur Zeit als feste Einrichtungen etabliert, hat sich als erste die AG „**Gesundheitspolitik, soziale Sicherungssysteme**“ Ende November konstituiert. Ihr Vorsitzender ist Prof. Heik Afheldt, Stellvertreter sind Christiane Krajewski, Ministerin und Senatorin a. D., und Florian Gerster, Staatsminister a.D.. Die erste Sitzung wurde verbunden mit einem Hintergrundgespräch mit Staatssekretär Klaus Theo Schröder über den Stand der Gesundheitsreform. Es wurde die Frage aufgeworfen, warum es der Regierung nicht gelungen sei, die Argumente für ihr Reformkonzept mit mehr Überzeugungskraft zu präsentieren.

Schröder führte dies auf das Zusammenspiel des Interesses der Lobby und der Medien an aufgebauschter Berichterstattung zurück. + + +

+ + + Die neue sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva Maria Stange, hatte Anfang Oktober beim **Managerkreis Ost** in Dresden einen ihrer ersten öffentlichen Auftritte. Sie betonte, sie wolle sich dafür einsetzen, dass demografisch bedingte Einsparungen in den kommenden Jahren in den Hochschulen für eine Verbesserung der Lehre genutzt werden und die Attraktivität sächsischer Hochschulen steigt. + + +

FINANZMINISTER PEER STEINBRÜCK ÜBER GENDER BUDGETING

Geschlechtergerechte Haushaltspolitik

In der Politik ist nichts geschlechtsneutral – das gilt auch für die Finanz- und Haushaltspolitik. Solange die Lebensweisen und gesellschaftlichen Rollen von Männern und Frauen sich noch so stark unterscheiden, wie sie es gegenwärtig tun, wirken Budgetentscheidungen nicht in gleicher Weise auf die Geschlechter. Dem Ansatz des Gender Budgeting liegt die Annahme zugrunde, dass die Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit an eine verstärkte Transparenz und Effizienz in der Haushalts-

politik gekoppelt ist. Über die Perspektiven einer konsequenten Umsetzung der Gender-Budgeting-Strategie in Deutschland wurde im November im Rahmen einer Konferenz



Gast beim Forum Politik und Gesellschaft in Berlin: Bundesfinanzminister Peer Steinbrück

des Forums Politik und Gesellschaft diskutiert.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück betonte, dass sichergestellt werden müsse, die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Sinne der Gleichstellung optimal einzusetzen.

Prof. Dr. Christine Färber, Autorin einer

Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Gender Budgeting, unterstrich, dass dessen Erfolg maßgeblich davon abhängt, dass es als Querschnittsaufgabe sowohl ressortübergreifend als auch auf den verschiedenen Ebenen des Staatsapparates konsequent verwirklicht werde. Die Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Ministerien berichteten in der Podiumsdiskussion von etlichen positiven Veränderungen, die durch das Gender Budgeting bereits angestoßen worden sind.

BILANZ DER GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG IN EUROPA

Bummelzug oder Transrapid?

Die Gleichstellung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, ist ein altes Thema in Europa: 1957 wurde mit dem Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit die erste Richtlinie verabschiedet. Doch 50 Jahre später existieren in den EU-Mitgliedstaaten noch immer zum Teil gravierende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. „Mehr

Gleichstellung für ein stärkeres Europa“ überschrieb deshalb das FES-Forum Politik und Gesellschaft eine internationale Tagung am 30. Oktober. Die EU sei zwar in der Vergangenheit ein wichtiger Motor für die Gleichstellung gewesen, aber mittlerweile werde es schwieriger entsprechende Richtlinien durchzusetzen, beklagte Lissy

Gröner, Sprecherin für die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. Der von der EU-Kommission verabschiedete Fahrplan für die Gleichstellung (2006-2010) müsse ein Transrapid und kein Bummelzug sein, forderte sie. Ein Ländervergleich zur nationa-

len Umsetzung europäischer Vorgaben bestätigte wieder einmal, dass die nordischen Länder die Nase vorn haben: In Dänemark ist mit einer Frauen-Beschäftigungsquote von 85% das Ziel der EU längst erfüllt. Aber Prof. Dr. Sjørup, Generaldirektorin des Dänischen Forschungszentrums zur Gleichstellung der Geschlechter, goss Wasser in den

Wein: auch in Dänemark gibt es wenig Frauen in Führungspositionen, eine Lücke in der Bezahlung sowie eine ungleiche Aufteilung bei den Erziehungszeiten und den familiären Pflichten. In Deutschland sieht Prof. Dr. Bergahn von der FU Berlin die Erwerbsintegration von Frauen eher behindert und das männliche Ernäh-



Formulierte Erwartungen an die EU: die Europaabgeordnete Lissy Gröne (Foto: Liebe)

rermodell durch die Arbeitsmarktreformen verfestigt. Die Teilnehmerinnen formulierten

ihre Erwartungen an die deutsche EU-Präsidentschaft. So sieht Dr. Angelica Schwall-Dü-

ren, MdB, sowohl in der europäischen Verfassung als auch in der Lissabonstrategie wichtige Instrumente für die Gleichstellungspolitik. Kajo Wassenhöfel, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, versprach die Anregungen der Tagung bei der Schwerpunktsetzung für die EU-Präsidentschaft zu berücksichtigen.

TAGUNGEN ÜBER DIE SITUATION BENACHTEILIGTER KINDER UND JUGENDLICHER

Keine Chancen verschenken

„Fällt unsere Gesellschaft auseinander oder hat sie stärkere Bindekräfte als wir vermuten?“. Diese Frage zog sich wie ein roter Faden durch die Auftaktveranstaltung des neuen Projektes „Gesellschaftliche Integration“, das im Forum Berlin der FES angesiedelt ist. Anliegen dieser Konferenz war es, zu diskutieren wo „verschenkte Chancen“, „vernachlässigte Potentiale“ und „verlorene Bindungen“ in der Gesellschaft zu finden sind und in welchen Bereichen die Gefahr besteht, dass bestimmte Personengruppen „auf der Stre-

cke bleiben“. Als besonders gefährdete Zielgruppen arbeitete Jörg Tauss, bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, u.a. die Gruppe der bildungsfernen Jugendlichen mit geringer Qualifikation heraus – mit und ohne Migrationshintergrund. Die frühe individuelle Förderung dieser Personengruppen sei unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Integration, konstatierte Prof. Helsper, Bildungsforscher an der Universität in Halle. Heinrich Tiemann, Staatssekretär im Bundesarbeits-

ministerium, betonte die Notwendigkeit, gerade Jugendliche mit geringer Qualifikation verstärkt in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Eine weitere Tagung des FES-Forums Politik und Gesellschaft widmete sich am 13. November in Berlin der Situation von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien. Für die Zukunftschancen von Kindern ist es mittlerweile wesentlich relevanter, in welchem Haushalt sie aufgewachsen sind, als noch vor 20 Jahren, beschrieb Dr. Peter Krause vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung die Lage. „Jedes Kind hat Anspruch auf die best-

mögliche Förderung“, betonte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Bärbel Dieckmann. Sie sprach sich für ein koordiniertes Handeln von Bund, Ländern und Kommunen beim Ausbau von Ganztagschulen und Kindergärten und der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen aus. Die Einführung des Elterngelds ab Januar 2007 und die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen sind für Dieckmann wichtige Schritte in die richtige Richtung. Die ehemalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt betonte die Bedeutung der Familie für das glückliche Aufwachsen von Kindern.

Diskutierten Zukunftschancen von Kindern: (v.l.) Bärbel Dieckmann, Moderatorin Tissy Bruns und Renate Schmidt. (Foto: Liebe)



Publikation und Fachtagung
zu Integration auf
kommunaler Ebene

Anerkennung ist das Zauberwort

— INTEGRATION IST MEHR ALS DULDUNG oder einseitige Anpassung, sondern bedeutet konkrete Beziehungsarbeit von Mensch zu Mensch. Darüber waren sich die Vertreter aus Politik, Kommunen, Wissenschaft, Vereinen, Verbänden, Bildung, Erziehung und Medien während der Bonner Fachtagung „Auf Augenhöhe – Wie Integration vor Ort gelingt“ der KommunalAkademie im September einig.

Die Präsentation der neuen FES-Publikation „Auf Augenhöhe – Integration zum kommunalen Thema machen“ veranschaulichte einzelne Projekte und Maßnahmen, die in Kommunen bereits erfolgreich durchgeführt wurden und modellhaft für andere Städte stehen können. Im Mittelpunkt der Publikation steht die Integration von Kindern und Jugendlichen. Besonders sie waren auf der Veranstaltung aufgefordert, den anderen Teilnehmern ihre Sicht der Dinge zu schildern. Mitglieder des Jugendstadtrats Solingen, der laut Satzung zur Hälfte nicht-deutsch besetzt ist, erklärten, weshalb es wichtig ist, Jugendliche am Geschehen in der eigenen Stadt teilhaben zu lassen. Jugendstadträtin Sarah Yeter: „Wir sind kein Alibi-Jugendstadtrat, der einfach nur hübsch aussieht, aber

sonst nichts machen darf. Wir werden aktiv von Politik, Presse und

vom „bekennenden Straßenschläger und Schulschwänzer“ zum



V. l.: Projektleiterin Homaira Mansury, Bundestagsabgeordnete Dr. Lale Akgün und KommunalAkademie-Leiter Wolfgang Gisevius (Foto: Zensen)

Bürgern unterstützt. Das motiviert uns und wir können wirklich etwas für die Solinger Jugend tun.“ Das Boxprojekt des Jugendzentrums Nordend in Offenbach/Main nahm ebenfalls an der Tagung teil. Die Diskussion zum Thema „Ich habe ein Riesenpotenzial! – Warum Jugendlichen mit Migrationshintergrund der Rücken gestärkt werden muss“ verlief hitzig und kontrovers. So machte der 21-jährige Zijad, der durch das Boxprojekt

wissensbegeisterten Abiturienten und Hesenmeister im Schwergewicht wurde, im Gespräch mit Pädagogen, Politikern und Vertretern von Kommunen klar: „Man redet immer über uns Jugendliche, unser Leben, unsere Erziehung. Ich aber weiß besser, wo ich herkomme, wo die Probleme sind. Da reicht es einfach nicht, was Wissenschaftliches und Theoretisches zu machen. Warum bezieht man uns Jugendliche nicht stärker ein?“

Neben einer Comedy-Vorstellung, interaktiven Panels und Beiträgen von der Bundestagsabgeordneten Dr. Lale Akgün, der Migrationsforscher Prof. Ursula Boos-Nünning und Prof. Dietrich Thränhardt und der Moderatorin Minh-Khai Phan-Thi machten weitere Jugendliche großes Theater: das People's Theater e.V. aus Offenbach. Das Theater stellt Szenen interkultureller Konflikte dar und fordert das Publikum auf, Lösungen dafür zu finden. Schauspieler Erfan weiß, dass es nicht bloß um unterschiedliche Nationalitäten und Lebensweisen geht: „Es geht in unseren Stücken um die Anerkennung eines Menschen, der nicht so ist wie ich. Anerkennung ist das Zauberwort.“

NEUER READER

„Auf Augenhöhe – Wie Integration vor Ort gelingt“
www.fes-integration.de

Benachteiligungen abbauen

Menschen mit Migrationshintergrund sind nach wie vor auf dem deutschen Arbeitsmarkt benachteiligt. Ihre Arbeitslosenquote ist rund doppelt so hoch wie der Durchschnitt. Sie befinden sich überproportional in prekären Beschäftigungsverhältnissen und auch bei der Suche nach Ausbildungs-

verhältnissen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund seltener erfolgreich. Mit dem Thema beschäftigte sich deshalb eine gemeinsame Fachkonferenz des FES-Gesprächskreises Migration und Integration und des Bereiches Migration und Qualifizierung beim DGB-Bildungswerk am 20. Ok-

tober in Berlin. Volker Roßocha, Leiter des Bereichs Migrations- und Antirassismopolitik beim DGB-Bundesvorstand, wies darauf hin, dass ausländische Staatsangehörige in qualifizierenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit unterrepräsentiert seien. Die Benachteiligung von aus-

ländischen Jugendlichen sei nicht allein auf unzureichende Sprachkenntnisse und Qualifikationsdefizite zurückzuführen. Untersuchungen zeigten, dass sie selbst bei gleichen Schulabschlüssen wesentlich seltener eine duale Ausbildung beginnen als die Vergleichsgruppe.

Was glaubst du?

Es ist gar nicht genau bekannt, wie viele Muslime im Alter von 14 bis 25 Jahren in Deutschland leben. Grobe Schätzungen gehen von rd. 800.000 aus. Was denken Sie, wie religiös sind sie, welche politischen Orientierungen haben sie, wie sieht ihr Alltagsleben aus? Wie stehen sie zu muslimischen Organisationen? Das waren einige der Fragen, die mit Experten und zahlreichen Gästen während einer Veranstaltung der Politischen Akademie/Interkultureller Dialog in Berlin diskutiert wurden. Wie differenziert sich muslimische Jugend in

Deutschland darstellt, dokumentierten eindringlich vier Filmporträts. Hier reichte

der Gesellschaft erobern. Dabei stoßen sie auf Hindernisse und die sind nicht nur



Kontrovers und lebhaft: muslimische Jugendliche diskutierten über den Glauben und die Gesellschaft (Foto: Liebe).

die Bandbreite von säkular orientierten Jugendlichen bis zu streng religiösen. Was wollen junge Muslime? Die Antwort ist sehr klar: Sie wollen ernst genommen werden und sich einen Platz in

in den Versäumnissen der Integrationspolitik der „Mehrheitsgesellschaft“ zu suchen. Ungeklärt blieben in der Veranstaltung die politischen Orientierungen von muslimischen Organisationen.

Welche Grundwerte und Gesellschaftsideale vertreten sie in der Spannung zwischen fundamentalen Verfassungsprinzipien rechtsstaatlicher Demokratie und einem „Scharia“-konformen Leben als fromme Muslime? Was vermitteln sie den Jugendlichen, die sie erreichen? Die Diskussion darüber war kontrovers und zeitweise heftig erregt. Doch genau so muss miteinander gestritten werden. Zum „Dialog“ gibt es keine Alternative. Seit 1999 führt die FES den „Dialog mit dem Islam“, mit bisher ca. 20.000 Teilnehmern in über 180 Veranstaltungen.

Vorurteile frühzeitig abbauen

Unter welchen Voraussetzungen kann die Integration von jugendlichen Migrant/innen gelingen? Diese Frage stand im Mittelpunkt des achten Open Space in der Reihe „Jugend im gewaltfreien Raum“, den das FES-Forum Politik und Gesellschaft und die Landeskommision Berlin gegen Gewalt im September organisierten. Ein besonderer Höhepunkt war die Aufführung des Theaterstücks „Vom Weggehen und Ankommen“.

Gemeinsam mit Jugendlichen aus dem Freizeitzentrum des Nachbarschaftsheimen Schöneberg zeigte die Theatergruppe „Ost-Schwung“ darin eige-

ne Erfahrungen mit Flucht, Vertreibung, Migration und Heimat auf. Im ungezwungenen Rahmen des Open Space diskutierten die über 200 Teilneh-

mer/innen viele Ideen, wie das gegenseitige Verständnis und die Toleranz gestärkt werden könnten. Bei vielen Jugendlichen seien Vorurteile gegen andere Kulturen bereits gefestigt, berichteten Schüler/innen und Lehrer/innen. Daher müsse Offenheit und interkulturelle Kompetenz bereits im Kindergarten vermittelt werden.



In spielerischer Form wurden auch generationenübergreifend die Probleme der Integration dargestellt.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/forumpug

Kinderschutz als Staatsziel?

Armut hat viele Gesichter und diese Gesichter werden immer jünger. In Deutschland leben etwa zehn Prozent aller Kinder in Armut. Auf zwei FES-Veranstaltungen in Hamburg und Bremen wurde das Problem der steigenden Kinderarmut in Deutschland diskutiert. „Kinder werden in Deutschland verwöhnt und vernachlässigt. Sie sind uns wichtig, haben aber keine Priorität“, umschrieb UNICEF-Präsidentin Heide Simonis am 5. Oktober in Hamburg die Zerrissenheit zu dieser Frage. „Wir brauchen den Kinderschutz als

Staatsziel“, betonte Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, seine Forderung auf dem Bremer Dialog der FES am 29. November. Die soziale Aufspaltung der Gesellschaft in „arm“ und „wohlhabend“ werde immer dramatischer, konstatiert auch Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD). Bremen weise im EU-Vergleich ein sehr hohes Durchschnittseinkommen und eine große Millionärsdichte auf, während für immer mehr Menschen Armut „Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben“ bedeute.

Neue Akademie für Soziale Demokratie

Politik braucht klare Orientierung. Nur wer die Ziele seines Handelns klar benennen und begründen kann, wird auch andere überzeugen. Dieser Grundidee ist die Akademie für Soziale Demokratie verpflichtet, die seit Juli 2006 in der Politischen Akademie aufgebaut wird. In sieben aufeinander abgestimmten Seminarmodulen wird ab nächstem Jahr die Frage diskutiert, was Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert bedeutet und wie sich die Grundwerte

der Sozialen Demokratie in den einzelnen Politikfeldern auswirken.

Ab Januar 2007 ist auch die Webpage der Akademie für Soziale Demokratie online:
www.fes-soziale-demokratie.de.



AKADEMIE
FÜR
SOZIALE
DEMOKRATIE

Familie oder Staat? - Veranstaltung des FES-Landesbüros Thüringen

Zu einer Diskussion über frühkindliche Bildung lud ein das FES-Landesbüro Thüringen und der Thüringer Landeselternverband Kindertagesstätten (TLEVK) am 14. November nach Gotha ein. Im Mittelpunkt stand eine Initiative der Landesregierung, die die frühkindliche Bildung stärker in die Verantwortung der Familie rücken will. Im Rahmen dieser sogenannten „Familienoffensive“ können Eltern wählen, ob sie ihr Kind an einer Kindertagesstätte anmelden oder stattdessen 150 Euro pro Monat erhalten wollen, über die sie frei verfügen können. Dieser Plan stößt auf heftige Kritik von Opposition und Elternverbänden, die befürch-

ten, dass diese „Familienoffensive“ zu Lasten der Kinder und Kindertagesstätten gehe. Während der Veranstaltung verwies Prof. Roland Merten, Soziologe der Universität Jena, auf die Kinderarmut in Thüringen: Rund 30% der Kinder leben von ALG II, durchschnittlich stehen ca. 2,20 Euro pro Tag für Lebensmittel zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund sei zu erwarten, dass Eltern auf eine Kinderbetreuung verzichten und die 150 Euro stattdessen etwa in Lebensmittel investieren. Ein Verhalten, das Prof. Merten zwar als „rational“ bezeichnete, durch das sich aber die Gefahr einer mangelnden frühkindlichen Bildung erhöhe.

Mehr Türöffner gebraucht

Kitas und Schulen können und sollten zentrale Orte der Integration sein. Tatsächlich existieren aber noch zahlreiche Hindernisse in der Kommunikation und es kommt zu kulturellen Missverständnissen. Welche Veränderungen hier notwendig sind, war Thema des Fachgesprächs „Migranten-Eltern in Schulen und Kitas – Draußen vor der Tür?“, das der FES-Arbeitsbereich BerlinPolitik in der Franz-Schubert-Grundschule in Berlin-Neukölln veranstaltete. In dem Gespräch

mit Vertreter/innen aus Kita, Schule und Stadtentwicklung wurde deutlich, dass Eltern mit Migrationshintergrund noch immer Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung machen. Gefordert wurde mehr Verständnis für die von ihnen erwarteten Anpassungsleistungen. Und gefragt sind Vermittler und „Türöffner“ – interkulturelle Moderatoren, die beide Sprachen sprechen und Missverständnisse beseitigen können.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Ein **Gutachten zur beruflichen Bildung in Deutschland** stellte dessen Autor Prof. Dr. Martin Baethge im Rahmen einer Podiumsveranstaltung des Netzwerks Bildung der FES Mitte Oktober in Berlin vor. Zentrale Fragen der Plenumsdiskussionen behandelten die Rolle des dualen Ausbildungssystems und des in den vergangenen Jahren massiv angewachsenen Übergangssystems. Diskutiert wurde u.a. die Einführung dualer Fachhochschulausbildungen als neues Element öffentlicher Abschlüsse. Die Schaffung eines Europäischen Qualifikationsrahmens wird von der Mehrheit der Netzwerk-Mitglieder als Herausforderung für eine teilweise Neuorganisation des deutschen Berufsbildungssystems gesehen. + + +

+ + + Wie es gelingen kann, die **Kommunen im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft zu stärken**, diskutierten Mitte November im traditionsreichen Berliner Grips-Theater Dr. Ulrich Maly, OB von Nürnberg, Dr. Gerhard Langemeyer, OB von Dortmund und Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, und Dr. Engelbert Lütke-Daldrup, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Maly betonte die Stärke der europäischen Städte in den Bereichen Kultur, Bildung und Erziehung. Es gelte, die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt zu erhöhen. + + +

+ + + Ziel einer **Tagung mit Hauptschullehrer/innen und Sozialarbeiter/innen**, die der Arbeitsbereich BerlinPolitik zusammen mit der Berliner Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Sport in der Neuköllner Kepler-Schule organisiert hat, waren Erfahrungsaustausch und die Etablierung von Netzwerkstrukturen. In Workshops wurden Konzepte zur Elternarbeit, zur Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und zur Umsetzung von Präventionsprogrammen erarbeitet. + + +

+ + + Im vierten und letzten Projektjahr des Modellvorhabens **Eigenverantwortliche Schule (MES)** hat sich das Projektteam auf einer Tagung des FES-Arbeitsbereiches BerlinPolitik u.a. mit der Frage beschäftigt, welche **Rahmenbedingungen das eigenverantwortliche Handeln der Schulen** unterstützen und fördern. Der scheidende Berliner Schulsenator Klaus Böger betonte noch einmal die Bedeutung von Eigenverantwortlichkeit im Verhältnis zwischen Schüler/innen und Lehrer/innen sowie zwischen Schulen und Verwaltung. + + +

Zwischen Realität und Wahrnehmung

Die Kriminalität in Deutschland sei nachweisbar in den letzten Jahren deutlich gesunken, doch die Öffentlichkeit nehme dies nicht zur Kenntnis, betonte Prof. Dr. Christian Pfeiffer anlässlich einer Podiumsveranstaltung der FES in Leipzig zur „Inneren Sicherheit und Kriminalität in Deutschland zwischen Realität und Wahrnehmung“ am 16. Oktober.

Der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen präsentierte die Ergebnisse einer bundesweiten Studie. Während z.B.

die Bevölkerung in Sachsen glaube, der Kfz-Diebstahl nehme zu, sei dieser aber tatsächlich in den letzten zehn Jahren um bis zu 90 % zurückgegangen.



Beklagte die Vermarktung der Kriminalität durch die Medien: Prof. Dr. Christian Pfeiffer (Foto: Waldek).

Zugenommen habe stattdessen die Aufklärungsquote und damit einhergehend ein Anstieg bei der Dauer

und Häufigkeit von Freiheitsstrafen, der Zahl der Strafgefangenen und den damit verbundenen Kosten. Auch die demographische Entwicklung ha-

be Anteil an der eigentlich positiven Entwicklung, die „Verbreitung der Gesellschaft“ fördere eben

die innere Sicherheit, so Pfeiffer. Woher aber kommt die Diskrepanz? Pfeiffer machte dafür die Medien mitverantwortlich: Kriminalität sei als Ware entdeckt worden, als Garant für Quote. Pfeiffers Ansicht nach ist das entscheidende Moment die Wahl der Informationsquelle. Denn generell habe sich die Sendezeit für die Berichterstattung eines Sexualmordes im Fernsehen erhöht - bei ARD und ZDF verdoppelt, im Privatfernsehen innerhalb der letzten zehn Jahre gar versechsfacht.

TAG DER EHRENAMTLICHEN RICHTERINNEN UND RICHTER

Jugendstraftaten gehen zurück

Auch am „Tag der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter“ am 25. November in Hamburg werden keine Gegenstimmen laut, als Prof. Dr. Heribert Ostendorf, Leiter der Forschungsstelle für Jugendstrafrecht an der Universität Kiel, behauptete: „Hier ist niemand im Saal, der noch keine Straftat begangen hat.“ Dieser Tatsache solle man

sich stets bewusst sein, wenn über Jugendstrafrecht gesprochen wird. Sind doch gegenwärtig aus Politik und Öffentlichkeit Forderungen zu hören, die härtere Strafen für Jugendliche verlangen. Tatsächlich ist seit 2001 ein deutlicher Rückgang der Jugendkriminalität hinsichtlich der Menge der Straftaten sowie der Schwere der Delikte zu

verzeichnen, stellte Ostendorf fest. Studien belegen, dass repressive Maßnahmen nicht der Abschreckung dienen, sondern die Rückfallquote straffälliger Jugendlicher ansteigen lässt. Sozial-

pädagogische Maßnahmen dagegen erweisen sich als effektiver. „Das deutsche Jugendstrafrecht ist fortschrittlich. Wir sollten nicht zurückgehen“, forderte Ostendorf.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + „Überall dort, wo du stehst, kann kein Nazi stehen!“: Nach diesem Motto fordert Jörg Fischer, Journalist und Buchautor immer wieder die Menschen auf, bei rechten Aufmärschen als Gegendemonstranten Position zu beziehen. Diese Strategie empfahl er auch dem Publikum einer vom FES-Landesbüro Stuttgart und dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ in Crailsheim veranstalteten **Podiumsdiskussion über die rechte Szene in Baden-Württemberg.** + + +

FES legt Studie zu
rechtsextremen
Einstellungen vor

Vom Rand zur Mitte

— RECHTSEXTREMES GEDANKENGUT findet sich nicht nur am Rand der Gesellschaft, sondern auch in deren Mitte, quer durch alle Bevölkerungsschichten, Bundesländer, Generationen und bei den Wählern aller Parteien.

Dies ist das Ergebnis einer bundesweiten Studie, die im Auftrag der FES an der Universität Leipzig von Prof. Dr. Elmar Brähler und Dr. Oliver Decker erarbeitet wurde. Am 8. November präsentierten die Autoren in Berlin die Ergebnisse der Studie mit dem Titel „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“ und diskutierten sie u.a. mit SPD-Generalsekretär Hubertus Heil. Die Ergebnisse zeigen sich verfestigende rechtsextreme Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung. Ausländerfeindlichkeit ist dabei am weitesten verbreitet, 26,7 % der Deutschen stimmten

ausländerfeindlichen Aussagen zu. Zugenommen hat der nationale Chauvinismus, entsprechenden Aussagen stimmen 19,3% zu. Bei 8,6% der Bevölkerung kann man von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild sprechen. Generell sind die Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nicht besonders groß, allerdings zeigten sich bei der Ausländerfeindlichkeit (im Osten höher) und bei Antisemitismus sowie Chauvinismus (im Westen höher) signifikante Unterschiede. Interessant ist die Studie nicht zuletzt durch ihre Erkenntnisse zu den Ursachen rechtsextremer Einstellung:

Erstens begünstigt das Gefühl politischer Einflusslosigkeit rechtsex-

land gibt. Empirisch nachweisbar erwies sich auch dort, dass



treme Einstellungen stärker als das Gefühl wirtschaftlicher Benachteiligung. Und zweitens zeigte sich, dass gerade ältere Menschen rechtsextrem eingestellt sind. Da sich die bisherigen Programme gegen Rechtsextremismus allerdings weitgehend ausschließlich an Jugendliche richten, sind hier neue Strategien nötig. Auch eine weitere Konferenz in Berlin widmete sich am 18. Oktober der Frage, ob es Unterschiede beim Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutsch-

land gibt. Empirisch nachweisbar erwies sich auch dort, dass rechtsextreme Einstellungen in Ost und West ungefähr gleich stark ausgeprägt sind, während hingegen rechtsextreme Handlungen stärker in Ostdeutschland auftreten. Wichtiger als die Unterscheidung Ost und West sei bei der Bearbeitung des Rechtsextremismus die Unterscheidung in ländliche und städtische sowie in strukturstarke und strukturschwache Regionen.

An der Präsentation der Studie über rechtsextreme Einstellungen in Deutschland nahm auch SPD-Generalsekretär Hubertus Heil teil. (Foto: Liebe)

FES + + + TELEGRAMM

+ + + **Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit** sind auch unter Schülerinnen und Schülern weit verbreitet. Der FES-Arbeitsbereich BerlinPolitik hatte Engagierte aus Schulen, Projekten und Ehrenamt und politische Entscheidungsträger eingeladen, um die Möglichkeiten und Grenzen von Prävention und Vorurteilsabbau zu diskutieren. Es herrschte Einigkeit, dass Vernetzung mit außerschulischen Trägern und innovative Projektarbeit sowie gegenseitige Motivation der Schlüssel zum Erfolg gegen Rechtsextremismus seien. Auch die Einbindung der Eltern durch Sprach- und Mütterkurse müsse noch stärker vorangetrieben werden. + + +

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/rechtsextremismus/inhalt/mat.htm

Aufbruchsignal für Rheinsberg

Die Erfahrung zeigt, dass rechtsextreme Organisationen es überall dort sehr schwer haben, wo engagierte Demokrat/innen die Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen. Aus diesem Grund veranstaltete die FES im Rahmen des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ eine Zukunftskonferenz im brandenburgischen Rheinsberg, das im Frühjahr 2006 von einer Serie

rechtsextremer Gewalttaten erschüttert worden war. Eine Zukunftskonferenz ist eine dreitägige Dialog- und Planungs-tagung mit Vertretern möglichst aller Bereiche des öffentlichen Lebens. In wechselnden Gesprächsrunden wird die bestehende Situation analysiert, werden Zukunftsbilder entworfen, gemeinsame Ziele erarbeitet und schließlich Projekte vereinbart, um diese Ziele zu erreichen.

Unter dem Titel „Wir in Rheinsberg – für ein buntes, offenes und menschliches Miteinander“ trafen sich vom 17. bis 19. November rund 60 Rheinsberger Bürger/innen, die am Ende zehn Projekte vereinbarten, mit denen die Bürger/innen den Rechtsextremismus bekämpfen, das Zusammengehörigkeitsgefühl, die gesellschaftliche Integration und die politische Kultur verbessern sowie den Tourismus-

standort Rheinsberg weiterentwickeln wollen. „Die Arbeit an der Zukunft Rheinsbergs ist natürlich nicht abgeschlossen“, betont Bürgermeister Manfred Richter, „aber die Kreativität, die vielen guten Ideen und das Potenzial unserer Bürgerinnen und Bürger machen mir Mut, dass wir gemeinsam die Herausforderungen durch den Strukturwandel und den Rechtsextremismus bewältigen werden.“

PLANSPIEL KOMMUNALPOLITIK JETZT AUCH BUNDESWEIT

„...außerdem hat es Spaß gemacht!“

Der Platz reicht gerade aus für die 27 jungen Abgeordneten der etwas anderen Stadtratssitzung. Mit am großen Oval sitzt der Bürgermeister Peter Wirtz und alle vier Beigeordneten der Stadtverwaltung Königswinter. Kurz zuvor wurden in den fiktiven Fraktionen noch die Köpfe zusammensteckt und das letzte Mal das Abstimmungsverhalten zu den Anträgen diskutiert. Nun werden die Schülerinnen und Schüler vom Veranstalter, dem Fo-

rum Jugend und Politik der FES, und dann vom Bürgermeister begrüßt.

der Klasse 10d lesen ihre Anfragen vor: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr

gen sind solche nach dem schulnahen Sportplatz oder der Parkgestaltung. Anschließend werden die Anträge debattiert. Die Schülerinnen und Schüler haben sich an zwei Projekttagen auf diese Sitzung vorbereitet. Zum Programm gehörte auch der Besuch einer „echten“ Stadtratssitzung. Dort lernten sie die Fraktionsvorsitzenden kennen, mit denen sie am nächsten Tag die Anträge und Anfragen erarbeitet haben. Die Themen allerdings



Ganz wie im wirklichen Leben: Die Schülerinnen und Schüler betreiben das Planspiel Kommunalpolitik mit großem Ernst.

Die Tagesordnung sieht zunächst eine Fragestunde vor. Die jungen Abgeordneten

geehrte Damen und Herren, die Fraktion möchte wissen, ob...“ Unter den zehn Anfra-

suchten sich die Schülerinnen und Schüler allein und deshalb sind auch alle hochmotiviert dabei. „Ich persönlich habe viel gelernt und außerdem hat es Spaß gemacht.

Es war toll, soviel über Kommunalpolitik zu erfahren“, resümiert die fünfzehnjährige Dominika Jankowski. Das Format des Planspiels Kommunalpolitik wurde im FES-Lan-

desbüro in Dresden entwickelt. In diesem Jahr wurde es erstmals durch das Forum Jugend und Politik in Nordrhein-Westfalen und das Fritz-Erler-Forum in Stuttgart in Ba-

den-Württemberg erfolgreich durchgeführt. Dort sowie in anderen Bundesländern wird das Planspiel Kommunalpolitik 2007 fester Bestandteil der Politischen Akademie.

DIE KOMMUNALAKADEMIE BAYERN

„Wie kann ich als Stadtrat besser mitgestalten?“

Angehenden Kommunalpolitiker/innen das Handwerk zu vermitteln, ist Ziel der KommunalAkademie Bayern. Eine Seminarreihe, bestehend aus drei Modulen, wird an drei Wochenenden in der Würzburger Akademie Frankenwarte absolviert. Dazu gehört jeweils ein Kamingespräch mit einem Polit-Prof. Dies war am ersten Wochenende Florian Pronold, Vorsitzender der bayri-

schen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und stellvertretender Vorsitzender der Bayern-SPD. An den weiteren Tagen werden dann kommunalpolitische Inhalte und methodische Tipps vermittelt. 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen vom 17. bis 19. November an dem ersten Seminar teil. Sylvia Rhau aus Nürnberg weiß schon ziemlich genau, wie Kommu-

nalpolitik „funktioniert“. Nun möchte sie lernen, was in keinem Buch nachgelesen werden kann: Wie begegne ich den Fachreferenten in meiner Stadt? Wie gelingt es mir, als Stadträtin Mehrheiten für meine Ideen zu gewinnen? Spannend für die 31-Jährige, die für den Nürnberger Stadtrat kandidieren möchte, war vor allem die Diskussion mit dem Sozialreferenten der Stadt

Augsburg, Dr. Konrad Hummel. Die von ihm realisierte Idee eines bürgerschaftlich organisierten Sorgentelefon für Migrant/innen, durch das diese Hilfe in ihrer Muttersprache erhalten, würde sie gerne in Nürnberg umsetzen. Das erste Seminar der KommunalAkademie Bayern hat ihr bereits viele praktische Tipps gegeben.

KOMMUNALAKADEMIE BAYERN DER FES ÜBER DIE ZUKUNFT DER SCHULE

Die Schule muss im Dorf bleiben

„Die Einführung der Regionalschule wäre eine Alternative zur Schließung vieler Schulstandorte“, betonte Hans-Ulrich Pfaffmann, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag auf einer Forumsveranstaltung der KommunalAkademie Bayern am 13. November

in Ensldorf. Die FES hatte eingeladen, um über die Auswirkungen des Rückgangs der Schülerzahlen zu diskutieren. Seit Einführung der sechsstufigen Realschule in Bayern wurden bisher über 350 Hauptschulen geschlossen. Nach Angaben des bayerischen Kultusministeriums werden bis zum Som-

mer 2007 rund weitere 300 Teilhauptschulen aufgelöst. Hans-Ulrich Pfaffmann und Reinhold Strobl, MdL, sprachen sich dafür aus, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Damit die Attraktivität von Gemeinden für junge Familien nicht sinke, müsse die wohnortnahe Schule erhalten bleiben und

mit sinnvollen pädagogischen Konzepten verknüpft werden. In der Regionalschule sollten die Schüler von der Grundschule bis zur Mittleren Reife zusammenbleiben. Klaus Wenzel vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband forderte: „Das dreigliedrige System muss weg.“

Konkurrenz belebt das Geschäft?

Bessere Berufschancen für künftige Generationen, sagte der sächsische Wissenschaftsstaatssekretär Knut Nevermann voraus. (Foto: Waldeck)



Deutsche Universitäten und Hochschulen konkurrieren längst nicht mehr nur untereinander, sondern mit Bil-

dungsstätten in aller Welt. Die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse soll dabei noch mehr Transparenz schaffen. Über den Hochschulstandort Sachsen im nationalen und internationalen Vergleich fand daher am 17. Oktober eine Podiumsdiskussion der FES in Leipzig statt. Der sächsische Wissenschaftsstaatssekretär Dr. Knut Nevermann

erläuterte die demographische Entwicklung. So werde es 2010 in Deutschland dreißig Prozent weniger Studienanfänger geben. Die Berufschancen für zukünftige Studentengenerationen dürften daher positiver aussehen, prophezeite Nevermann. Zur Umstellung der Studiengänge sagte die Prorektorin für Lehre und Studium an der Universität Leipzig, Prof. Dr. Charlotte

Schubert, dass bisher der Wechsel zu einer anderen Hochschule innerhalb Deutschlands eher erschwert wurde. Dies werde nun leichter, da nach drei Jahren die Möglichkeit des Wechsels bestehe. Unerfreulich seien Diskrepanzen zwischen den einzelnen Bundesländern. Bayern biete z.B. weniger Studienplätze an und könne demnach mehr in die Forschung investieren.

Mehr Geld für Stipendien

Die gute Nachricht: Es gibt mehr Geld für die Studienförderung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) erhöht den Etat für die Begabtenförderung in den nächsten Jahren erheblich. Bildungsministerin Annette Schavan hat ein klares Ziel ausgegeben: Ein Prozent aller Studenten/innen soll künftig mit einem Stipendium studieren – zur Zeit sind es nur 0,7 Prozent. Das bedeutet für die FES, dass sie künftig mehrere hundert Stipendiaten/innen zusätzlich pro Jahr aufnehmen kann.

Die gute Nachricht bedeutet gleichzeitig eine große Herausforderung. Denn geeignete Stipendiaten/innen müssen nicht nur betreut, sondern zunächst einmal gefunden werden. Die FES fördert Studierende, die sich nicht nur durch gute Leistungen auszeichnen, sondern auch durch gesellschaftspolitisches und soziales Engagement. Ganz besonders möchte sie junge Menschen aus bildungsfernen Schichten, aus Familien mit niedrigem Einkommen und mit Migrationshintergrund ansprechen und ermutigen, ein Studium zu beginnen. Die Rekrutierung geeigneter Stipendiaten/innen ist deshalb zentrales Handlungsfeld der FES-Abteilung Studienförderung. Ausgangspunkt einer verstärkten Außendarstellung ist die Frage: Was hindert Studienanfänger an einer Bewerbung bei der FES? Das Studentenmagazin der ZEIT listete

kürzlich die gängigen Vorurteile auf: zum Beispiel, dass man ein Parteibuch haben müsse, oder dass nur ein Spitzenabi ein Stipendium ermögliche. Mit solchen Vorurteilen soll nun aufgeräumt werden – und politisch oder sozial engagierten Studierenden Mut gemacht werden, eine Bewerbung zu wagen.

www.fes.de/Studienförderung

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Was wollen junge Leute heute erreichen? Wo liegen ihre Ziele, Wünsche, Erwartungen? All dies konnte der „Stargast“ Frank Otto beim Auftakt der **Hamburger Nachwuchsgespräche der FES** erfahren. Im Gegenzug erzählte der Sohn des „Otto-Verband“-Gründers, was er selber von jungen Leuten in den Bereichen Politik, Gewerkschaften und Medien erwartet. Dabei griff er auf seine eigenen persönlichen Erfahrungen in Familie, Politik und Wirtschaft zurück. Der Medienunternehmer (OK Radio, HH 1) diskutierte Fragen des Verhältnisses von Medien und Politik und insbesondere darüber, wie die junge Generation in einer unpolitischen privaten Radio- und Fernsehlandschaft mit dem Thema Politik umgeht. + + +

Wer bildet mir meine Meinung?

Freie Meinungsbildung ist grundlegend für die Bürger einer Demokratie. Der Gesetzgeber ist verfassungsrechtlich verpflichtet, eine vorherrschende Meinungsmacht zu verhindern. Geregelt wird dies im Rundfunkstaatsvertrag durch die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich und die Konferenz der Direktoren der Landesmedienanstalten.

In ihrem von der FES in Auftrag gegebenen Gutachten „Zukunft der Kontrolle von Meinungsmacht“ haben

Dr. Wolfgang Schulz und Dr. Thorsten Held vom Hans-Bredow-Institut in Hamburg Vorschläge für eine klare

Regelung von Meinungsmacht vorgestellt, die von Medienpolitikern, Regulierern und Vertretern der Medienwirtschaft im Rahmen einer FES-Fachkonferenz diskutiert wurden.

Das bisherige System

orientiert sich sehr stark am Rundfunk, da dieser ein Medium mit besonderem Wirkungspotential ist. Es

erscheint aber sinnvoll, ein Gesamtmedienmodell zu erarbeiten, in welches alle Aktivitäten eines Medienunternehmens (Zeitungen, Zeitschriften, TV und Internet) gleichberechtigt einbezogen werden. Dabei

müsse die Berechnungsgrundlage der jeweiligen vermuteten Meinungsmacht von vornherein klar sein.

Wie stark wird der Einfluss des Internets im Vergleich zum Rundfunk auf die Meinungsbildung gewertet? Um nachvollziehbarere Regeln zu schaffen, schlagen die Juristen Schulz und Held vor, in Richtlinien oder Satzungen Medienmärkte und Nutzungsanteile anhand eines ausgearbeiteten Punktesystems zu gewichten. Neben den Medien sind auch andere Dienste wie etwa das Angebot von Übertragungswegen einzu beziehen, soweit sie Einfluss auf den Kommunikationsprozess haben. Außerdem sollte eine engere Verzahnung des Medienrechts mit dem Kartellrecht vorgesehen werden.

Nachwuchsjournalismus in Europa

Dreißig Nachwuchsjournalist/innen aus ganz Europa kamen Ende Oktober zum Europäischen Jugendmedienkongress in Berlin zusammen. Seit 2004 richtet das FES-Forum Politik und Gesellschaft jährlich ein solches Treffen aus, um den jungen Profis die Möglichkeit zu bieten, aktuelle politische Fra-

gen zu diskutieren. So unterscheiden sich die Bedingungen, unter denen Journalisten in Russland, Moldawien oder Armenien arbeiten, grundlegend von der Situation ihrer Kollegen in Deutschland, Frankreich oder Schweden. Input erhielten die Nachwuchsjournalist/innen von zahlreichen Medi-

enexperten. Michael Klehm, der internationale Sekretär des Deutschen Journalisten-Verbandes, beschrieb die Konsequenzen, die neue Medien wie Blogs, aber auch die wachsende Bedeutung des Laienjournalismus auf den Beruf des Journalisten hätten. Eine Podiumsdiskussion, an der un-

ter anderem Melinda Crane von der Deutschen Welle, Steffen Grimborn von der taz und Dr. Klaus C. Zehrer vom Satiremagazin Titanic teilnahmen, widmete sich der Frage, ob das Grundrecht der Pressefreiheit gegen das der religiösen und kulturellen Freiheit abgewogen werden müsse.

FES BEIM 11. MAINZER MEDIENDISPUT

Mehr Chancen für journalistischen Nachwuchs

Über ihre JournalistenAkademie war die Friedrich-Ebert-Stiftung auch 2006 wieder fördernder Mitveranstalter des Mainzer MedienDisputs, der am

Demokratie. Sie erklärte, man müsse besorgt sein, wenn journalistische Produkte durch PR-Texte ersetzt würden, wenn weniger Recherche stattfindet

mehr Chancen zu geben, und begrüßte in diesem Zusammenhang besonders die jungen Gäste der FES. Denn zum zweiten Mal hatte die Stiftung eine Gruppe junger Nachwuchsjournalisten, für die auch ein kurzes Vor-Seminar zum Thema Recherche und politisches Hintergrundgespräch stattfand, zu der Großveranstaltung mit über 600 Teilnehmern eingeladen. Thematisch widmete sich der 11. Mainzer MedienDisput wieder sehr aktuell der nationalen und internationalen Debatte über die Medienentwicklung: „Kommerz auf allen Kanälen - Vor der digitalen Revolution“. Weitere Schwerpunkte waren die sich ändernden Übertragungswege für das Fernsehen, die Macht oder Ohnmacht der Medienpolitik, Persönlichkeitsrechte und

Pressefreiheit, die sich wandelnde Qualität der Angebote von Hörfunk und Fernsehen, die Zukunft des Radios, neue Kriterien der Nachrichtenauswahl sowie die Geschäfte zwischen Medien und Sport. Um die angesprochenen Themen nachhaltig weiterzuverfolgen, hat die FES einen Medienwissenschaftler beauftragt, die Veranstaltung zu analysieren und Schlussfolgerungen daraus mit Handlungshinweisen für die Medienpolitik, den Bildungsbereich und evtl. die Forschung zu Papier zu bringen. Die Veranstaltung ist auch immer wieder Impulsgeber für die Inhalte der Bildungsarbeit der FES und die Arbeit mit und für Journalisten sowie die Förderung medienpolitischer Debatten auf Bundes- und Regionalebene.



Foto-Termin mit Ministerpräsident Kurt Beck und der Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anke Fuchs: 19 Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteure sowie Ehemalige, die sich auf dem Weg in den journalistischen Beruf befinden, hatte die Stiftung nach Mainz eingeladen, wo sie an den Veranstaltungen des Mainzer MedienDisputs beim SWR und im ZDF teilnahmen.

8. und 9. November zum 11. Mal stattfand. In ihrer Eröffnungsrede sprach die FES-Vorsitzende Anke Fuchs über das Verhältnis von Journalismus und

und wenn die Bürger durch die bevorstehende „digitale Revolution“ möglicherweise immer weniger von fundierten journalistischen Angeboten in den Medien Gebrauch machten. Anke Fuchs forderte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf, dem journalistischen Nachwuchs

FES + + + TELEGRAMM

+++ Den 25. Jahrestag des Auftretens von AIDS nahm das FES-Landesbüro Thüringen zum Anlass, um am 23. November über den bisherigen Verlauf der Krankheit zu informieren. „Wir stehen gut da, könnten jedoch noch erfolgreicher sein“, lautete das Resümee des Abteilungsleiters der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung,

Eckhard Schroll, über die deutsche Präventionsarbeit der vergangenen Jahrzehnte. Der Erfurter Arzt Dr. Rainer Lundershausen gehörte zu den Ersten in Thüringen, die Patienten mit dem HI-Virus behandelten. Er beschrieb die medizinischen Fortschritte, wies aber auch auf die erheblichen Informationsdefizite der Mediziner in Thüringen hin. + + +

Blick hinter die Kulissen

Zum nunmehr fünften Mal hat die JournalistenAkademie der FES im September 2006 das vierwöchige Hospitanz- und Informationsprogramm in der SPD-Bundestagsfraktion, „Blick hinter die Kulissen der Politik“, veranstaltet. Die 13 Journalistinnen und Journalisten erhielten neben der Hospitanz in Abgeordneten-Büros sowie der Teilnahme an Plenar- und

Fraktionssitzungen ein reiches Rahmenprogramm mit Besuchen im Willy-Brandt-Haus, im Bundespresseamt, der Bundespressekonferenz sowie ARD und ZDF geboten. So gab es u.a. Informationsgespräche und Diskussionen mit Bundesminister Franz Müntefering, dem Stellvertretenden Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, dem Fraktionsvorsitzenden Peter

Struck, dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Olaf Scholz, dem Leiter der Pressestelle der Fraktion, Norbert Bischer sowie dem stellvertretenden Leiter der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz in Berlin, Hans-Ulrich Bieler. Hintergründe über das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern vermittelten die Leiter der

Hauptstadt-Studios von ARD und ZDF, Thomas Roth und Dr. Peter Frey. Die Teilnehmer erklärten im Abschlussgespräch übereinstimmend, man wisse nun, wie hart „hinter den Kulissen“ gearbeitet werde. Die Offenheit des Umgangs in den Abgeordnetenbüros und die Härte der Diskussionen in den Fraktionsitzungen waren für einige überraschend.

Ein Verlag zeigt sein Gesicht.

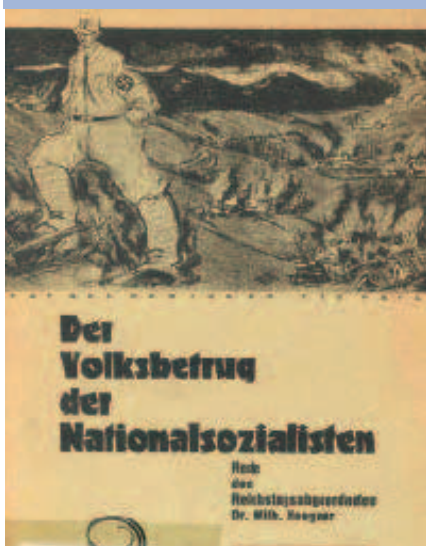
Ausstellung über 125 Jahre Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Eine Leistungsbilanz des traditionsreichen Verlags J.H.W. Dietz Nachf. präsentiert die Bibliothek der FES in Form einer Ausstellung. 1881 während des Sozialistengesetzes begründet, entwickelte sich das Unternehmen rasch zum bedeutendsten Verlag der internationalen Sozialdemokratie. Unter der Leitung des Schriftsetzers und Reichstagsabgeordneten Johann Heinrich Wilhelm Dietz erschienen wirkungsmächtige Reihen und Zeitschriften wie die „Neue Zeit“ und die „Internationale Bibliothek“. In der Weimarer Republik stach der Verlag mit seinen Publikationen zur Arbeiterkultur hervor. Im Kampf gegen die Nationalsozialisten stand er in vorderster Front. Die Wiedergründung nach Faschismus und Krieg gestaltete sich aus ökonomischen und juristischen Gründen schwierig. 1973 wurde der Verlag vom Verlag Neue Gesell-

schaft, der sich im Besitz der Friedrich-Ebert-Stiftung befand, käuflich erworben. Mit seinem anspruchsvollen Programm hat sich der Verlag J.H.W. Dietz Nachf. seitdem eine geachtete Stellung unter

den Verlagen des „politischen Buches“ erworben. Nach 125 Jahren blickt er auf eine Produktion von mehr als 2.000 Titeln zurück. 13 „Banner“ und 14 Vitrinen dokumentieren die wechselvolle und spannende Entwicklung des Verlages und seiner Autorinnen und Autoren. Die Ausstellung wird bis Ende Februar 2007 im Berliner Haus und bis Ende März 2007 im Bonner Haus der FES zu sehen sein.

Am 10. Oktober eröffnete Anke Fuchs (hier mit Hans-Jochen Vogel) im Münchener Maximilianeum die vom Historischen Forschungszentrum der FES erarbeitete Ausstellung „Den Menschen durch Bildung mündig machen. Der bayerische Sozialdemokrat Waldemar von Knoeringen 1906-1971“ anlässlich des 100. Geburtstags Waldemar von Knoeringens. In Schrift und Bild werden sein Kampf gegen den Nationalsozialismus, sein Engagement für die soziale und demokratische Erneuerung Bayerns und sein Eintreten für die gesellschaftliche Öffnung der SPD dokumentiert.



Antifaschistische Agitationsschrift des Verlages J.H.W. Dietz Nachf. aus dem Jahr 1932.

Bildchronik der Münstereifeler Literaturgespräche

Sechzig Münstereifeler Literaturgespräche seit 1987 – Anlass zu einem Rückblick in Bildern. Während die Gespräche nur in den Erinnerungen der an ihnen Beteiligten lebendig bleiben, hat der Münstereifeler Fotograf Herbert Hering-Heidt die Begegnungen in eindrucksvollen Schwarz-Weiß-Fotos festgehalten. Manche derer, die im Jahr 2006 mit Neuerscheinungen Aufsehen erregten – Jürgen Becker, Friedrich Christian Delius, Liane Dirks, Thomas Hettche, Edgar Hil-

senrath, Felicitas Hoppe, Judith Kuckart, Robert Menasse, Klaus Modick, Florian Felix Weyh – sind schon seit Jahren dabei. Im Textteil kommen u.a. Dichter (Klaus Modick, Liane Dirks), Verleger (Wolfgang Ferchl), Kritiker (Hubert Winkels) und ein Tagungsteilnehmer (Winand Herzog) zu Wort.

Helmut Mörchen (Hg.): Die Münstereifeler Literaturgespräche. Eine Chronik mit Bildern von Herbert Hering-Heidt. Bonn: FES 2006, 125 Seiten, 10 Euro

Neue Bestandsübersicht des Archivs erschienen

Seit dem Erscheinen der letzten Bestandsübersicht des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung sind noch nicht einmal zehn Jahre vergangen; aber Umfang und Struktur der Archivbestände haben sich in diesem Zeitraum so stark verändert, dass eine völlige Neubearbeitung geboten war.

Mit einleitenden Beiträgen wird zunächst über Geschichte und Sammelschwerpunkte des AdsD informiert. Dann folgt eine ausführliche Aufstellung der Nachlässe und Deposita, mit Angaben sowohl über die zentralen Stationen des beruflichen und politischen Lebenswegs der aufgeführten Personen als auch über den Inhalt, die Laufzeit und den Umfang des jeweiligen Bestandes. Zusätzlich wird auf vorhandene Findmittel, besondere Benutzungsbedingungen

oder Herkunftsarchive hingewiesen. Zudem wird in dieser Neuauflage ein umfassender Überblick über die Organisationen und Institutionen, deren Schriftgutbestände im AdsD verwahrt werden, und über die Sammlungsbestände – von der Foto-, der Plakat- und der Flugblattsammlung über die Film-, Video- und Tonsammlung bis hin zu den Anstecknadeln, Büsten und Fahnen gegeben. Informationen über die digitale Archivierung und technische Ausstattung, über die Bibliothek der FES sowie die aktualisierte Benutzungsordnung des AdsD runden diese Übersicht ab.

Bestellungen bitte an:

Johanna Meinhart, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn oder an: archiv.auskunft@fes.de.

Archive und Internet - Internationale Tagung im Archiv der sozialen Demokratie

Dass das Internet ein zentrales Medium auch des politischen Prozesses ist, ist inzwischen allgemein anerkannt. Dass es auch die Beachtung der Archive verdient, ist indessen eine Erkenntnis, die sich erst seit kurzer Zeit durchzusetzen beginnt. Die diesjährige Jahresversammlung der Sektion der Parlaments- und Parteiarchive im Internationalen Archivrat widmete sich diesem aktuellen Problem: „the www as a challenge and as a chance for parliamentary and party archives“. Zu Beratungen über dieses Thema trafen sich

Archivarinnen und Archivare aus aller Welt vom 2. bis 4. November im Archiv der sozialen Demokratie. Die Konferenz verabschiedete Richtlinien zu der Frage, wie die Archive die Internet-Auftritte der Parlamente und politischen Parteien auf Dauer für die Forschung sichern und recherchierbar machen können. Dazu wurde erörtert, wie sich die Archive selbst im Internet präsentieren und welche Serviceangebote sie zur Verfügung stellen.

Weitere Informationen: www.fes.de/archive

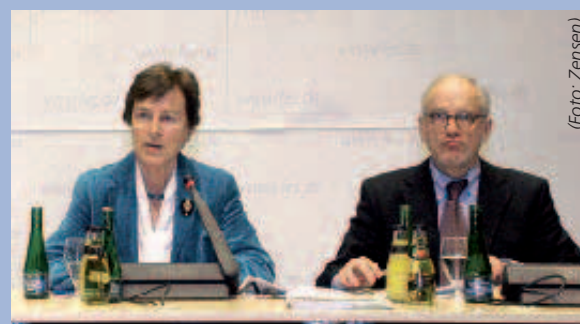
Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung im Amt bestätigt

Im Zuge der jährlichen Mitgliederversammlung der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde am Montag, dem 11. Dezember 2006 die Vorsitzende der Stiftung, Anke Fuchs, ebenso im Amt bestätigt, wie alle anderen Vorstandsmitglieder auch.

Stellvertretende Vorsitzende bleiben Sigmar Gabriel und Dieter Schulte. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied ist weiterhin Dr. Roland Schmidt.

Weitere Mitglieder des Vorstands sind Dr. Christine Bergmann, Prof. Dr. Peter Brandt, Dr. Jürgen Burckhardt, Sabine Kaspereit, Hans-Ulrich Klose, Dr. Werner Müller und Matthias Platzeck.

Bestätigt wurde auch die Vorsitzende des Kuratoriums, Ingrid Matthäus-Maier.



(Foto: Zensen)

FES + + + TELEGRAMM

+ + + „Ein Leben ohne Arbeit und ohne Steuern?“ lautete die Leitfrage einer Veranstaltung des Fritz-Erler-Forums in Stuttgart, bei der der Gründer und geschäftsführende Gesellschafter der dm drogerie markt GmbH Prof. Götz Werner vor den über 300 Besuchern seine Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens vertrat. Die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Ute Vogt blieb dem Vorschlag gegenüber skeptisch: „Dieses Modell fördert auch jene, die passiv sein wollen.“ Auch der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Rainer Kambeck vom RWI Essen äußerte Kritik an Werners Vorschlägen: ein bedingungsloses Grundeinkommen sei nicht ohne weiteres finanzierbar und auch die Abschaffung sämtlicher Steuern, mit Ausnahme einer rund 50%igen Mehrwertsteuer, sei nicht durchdacht. + + +

+ + + Vor Betriebsräten, Gewerkschaftern und Politikern sprach sich Dr. Hans-Joachim Schabedoth, Leiter der DGB-Grundsatzabteilung, in einer Podiumsdiskussion des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg für das **Primat der Politik vor der Ökonomie** und die Regulierung der internationalen Finanzmärkte aus. Karin Roth, Staatssekretärin beim Bundesverkehrsminister, verwies auf das erst kürzlich abgeschlossene Internationale Seeabkommen als Beispiel für internationale soziale Mindeststandards. + + +

+ + + Gast der **Leipziger Gesprächsreihe „Zukunft mit Ostdeutschland“** am 14. November war der sächsische Ministerpräsident Prof. Georg Milbradt. Unter der Gesprächsleitung von Leipzigs Altbürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube hob Milbradt die Herausforderung durch den demographischen Wandel hervor. Neben Geburtenrückgang und Abwanderung gebe es in Sachsen zudem eine massive Binnenwanderung aus dem ländlichen Raum in die großen Städte. Zur Fortentwicklung und Stärkung der Wachstumszentren müsse bei der Infrastruktur des Freistaates ein bestimmtes Maß an Ungleichheit akzeptiert werden. + + +



(Foto: Waldeck)

+ + + Ihr Konzept „**Der vorsorgende Sozialstaat**“ stellten der brandenburgische Ministerpräsident



(Foto: Liebe)

Matthias Platzeck und Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn am 6. November in Potsdam vor. + + +

+ + + „Die Energiefrage wird sich zur **Schicksalsfrage der Menschheit** entwickeln.“: Davon ist Dr. Michael Sladek, Sprecher der Schönauer Energie-Initiative, überzeugt. Auf Einladung des Fritz-Erler-Forums schilderte der Arzt den langen Weg, bis die einstigen Schönauer Stromrebelln selbst Stromproduzenten mit eigenem Netz wurden. Sie verwirklichten mit neuen dezentralen Strukturen und vielen innovativen Technologien eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung. Erfolgreich sind die Schwarzwälder: Sie schreiben schwarze Zahlen, haben bereits 38.000 Kunden und gewinnen täglich 40 bis 50 neu dazu. + + +

+ + + In diesem Jahr wurden Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und Bundeskanzlerin Angela Merkel von der Deutschen Gesellschaft mit dem **„Preis für Verdienste um die deutsche und europäische Verständigung“** ausgezeichnet. Beide Politiker behielten den Preis nicht für sich, sondern reichten ihn weiter – an begabte Nachwuchswissenschaftler. Der Preis von Wolfgang Thierse ging an den FES-Stipendiaten Adrian Schaffranietz. Der in Polen geborene Kommunikationswissenschaftler promovierte über die „internationale politische Öffentlichkeitsarbeit und auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Goethe-Instituts und des Auswärtigen Amtes“. In seiner Arbeit beschäftigt er sich mit der Wirkung von Kommunikations- und Imagemaßnahmen auf die Deutschlandwahrnehmung in Polen. + + +

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Informationen aus erster Hand zur europäischen Medienpolitik erhielten im November 16 Journalistinnen und Journalisten im Rahmen eines ersten gemeinsamen Programms der **JournalistenAkademie der FES** mit dem Fachbereich Medien und Publizistik der Gewerkschaft ver.di. Das dreitägige Programm in Brüssel enthielt auch eine Fülle von Hintergrundinformationen zur EU. Vertreter der Politik und vor Ort tätige journalistische Kollegen erläuterten die Auswirkungen Brüsseler Entscheidungen auf die journalistische Praxis in Deutschland. Es ging um die europäische Fernsehrichtlinie, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie internationale Konkurrenz auf dem Medienmarkt. + + +

+ + + **Der Fernseh-Journalist Dirk Sager**, ZDF-Korrespondent in Moskau in den Jahren des Niedergangs der Sowjetunion, war mit der Journalistin Anna Politkowskaja befreundet, deren gewaltsamer Tod viele Menschen in aller Welt bewegt hat. Auf Einladung des Chemnitzer FES-Büros berichtete Sager einen Abend lang über Leben und Wirken der aufrechten und furchtlosen Journalistin. In seinen Ausführungen spannte Dirk Sager den Bogen vom Demokratisierungsprozess in Russland über individuelle Freiheiten bis hin zur ungehinderten und zensurlosen Berichterstattung der Printmedien. + + +

+ + + Liebesroman, Gesellschaftspanorama und Geschichte der Medien: Die Wergeland-Trilogie des norwegischen Autors Jan Kjærstad fesselte die Zuhörer in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münst-

(Foto: Hering-Heidt)



tereifel. Die Lesung des Erfolgsschriftstellers bildete den Höhepunkt des **61. Münstereifeler Literaturgesprächs**. Seine drei Romane „Der Verführer“, „Der Eroberer“ und „Der Entdecker“ bilden einen die gan-

FES + + + TELEGRAMM

ze Welt einbeziehenden Gesellschafts- und Zeitroman, der seinesgleichen sucht. Die Lesung aus diesem epochalen Epos bot auch die Gelegenheit, Kjærstads Übersetzer Hinrich Schmidt-Henkel kennen zu lernen. Der Paul-Celan-Preisträger gehört mit seinen Übertragungen aus dem Italienischen, Französischen und Norwegischen zu den wichtigsten deutschen Übersetzern. + + +

+ + + Sicher war es nicht nur das Thema – „**Die Entwicklung der Emanzipation in der deutschen Außenpolitik nach der Wende 1990**“ –, sondern auch

(Foto: Hennig)



der Referent der FES-Veranstaltung in Chemnitz: Dr. Peter Struck, deutscher Verteidigungsminister a.D. und jetziger Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hatte 200 Besucher angelockt. Locker und sachkundig, gewürzt mit einer Prise Humor, verstand es Struck, seine Zuhörer zu fesseln: „Für die Bundesrepublik Deutschland sind die ruhigen Zeiten vorbei, wir müssen uns den neuen Herausforderungen stellen und Verantwortung übernehmen, in einem Europa, das mit einer Stimme spricht!“ + + +

+ + + Den Publikumspreis des vom Katholischen Bildungswerk Euskirchen und der Kurt-Schumacher-Akademie veranstalteten **Kurzfilmfestivals Guck-MalKurz** erhielt der Jungfilmer Fabian Giessler. Den meisten Zuspruch unter den 15 Filmen fand Giesslers an der Tampere School of Art and Media in Finnland entstandene Kurzspielfilm „Tytönen (The Young Girl)“. Giessler, 1980 in Flensburg geboren, studiert Mediengestaltung an der Bauhaus-Universität in Weimar. Sein Film ist vom Schicksal seiner Großmutter inspiriert, die an der Alzheimerkrankheit litt. Er zeigt, wie unterschiedlich man alte Menschen wahrnehmen kann. + + +

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Mit der symbolischen Übergabe der Fahne der Staatsarbeiter Mannheim aus dem Jahre 1904 bekräftigte Isolde Kunkel-Weber, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes, die **Abgabe der Sammlung historischer Fahnen** an das Archiv der sozialen Demokratie. Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FES, nahm die Fahne am 27. November entgegen, die wie die komplette Sammlung in



(Foto: Schicke)

einem eigens für diesen Zweck konstruierten Raum unter optimalen Sicherungsbedingungen aufbewahrt wird. Die Fahnenübergabe symbolisiert zudem die Übernahme des historischen Schriftgutarchivs der ÖTV durch das Archiv der sozialen Demokratie. Die Akten werden systematisch erschlossen und der Öffentlichkeit und Forschung zugänglich gemacht. + + +

+ + + Aus Anlass des **100. Geburtstages von Alfred Nau** versammelten sich am 21. November neben Weggenossinnen und Weggenossen auch zahlreiche heute aktive Politikerinnen und Politiker an dessen Grab. Anke Fuchs erinnerte an Naus Verdienste um die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie und auch der Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Vorsitzender er bis zu seinem Tode im Jahre 1983 war. Bei der anschließenden Veranstaltung im Erich-Ollenhauer-Haus hob Inge Wettig-Danielmeier den Beitrag ihres Vorgängers im Amt des SPD-Schatzmeisters (1946 bis 1975) hervor. + + +

+ + + Was bedeutet China für den weltweiten Arbeitsmarkt? Spielt China in Bezug auf internationale Abkommen zu Handel und Arbeit nach den Regeln? Antworten suchten am 15. September Niels Annen, MdB, Heino Bade, IG Metall, Liu Zhengrong, Lanxess AG, und Dr. Margot Schüller, Institut für Asienkunde, während der FES-Veranstaltung „China –

FES + + + TELEGRAMM

Werkbank der Welt“, die im Rahmen der Hamburger CHINA TIME 2006 stattfand. Es herrschte weitgehende Einigkeit: eine Antwort auf die Herausforderung müsse lauten, dem Innovationspotential der chinesischen Wirtschaft mit eigenen Innovationen zu kontern. + + +

+ + + Zur Vermittlung der Komplexität politischer Entscheidungsprozesse hat der FES-Arbeitsbereich BerlinPolitik Lehrer/innen aus der Stadt mit dem computerbasierten **Strategiespiel „Ecopolicy“** vertraut gemacht. Wie regiert man ein Land, wie schafft man Arbeit und Wohlstand? Mit „Ecopolicy“ sollen Schüler/innen lernen volkswirtschaftliche, ökologische und gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu erfassen. + + +

+ + + Die deutsch-polnischen Beziehungen könnten zu einem Motor des europäischen Integrationsprozesses werden, aber nach wie vor existieren auf beiden Seiten Ängste und Vorurteile. Der Gesprächskreis Migration und Integration beschäftigte sich deshalb Ende September mit der Frage: „**Was bringt Europa den Jugendlichen in Deutschland und Polen?**“ Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina und Koordinatorin für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, und Krzysztof Kosela vom Institut für Soziologie in Warschau diskutierten mit Jugendlichen aus Chelmno und Hannoversch Münden über deren Erfahrungen während eines Schüleraustausches. Beide Seiten betonten die Herz-



lichkeit, mit denen die Partnerfamilien sie aufgenommen haben. Vorurteile wurden abgebaut und das Interesse an den Lebensbedingungen und Einstellungen der anderen wurde geweckt. + + +

FES- Menschenrechtspreis
2006 für ehemaligen thailän-
dischen Gewerkschaftsführer

Gradlinig und vorbildlich

— UM DIE RECHTE DER ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER in Südostasien zu schützen, gibt es eine Reihe von Konventionen, Abkommen und Verhaltenskodizes. Die Realität der südostasiatischen Arbeitswelt sieht jedoch häufig anders aus. In den Fabriken herrschen zu oft menschenunwürdige Arbeitsbedingungen. Gewerkschaften sind vielfach entweder gesetzlich verboten oder Gewerkschafter werden systematisch verfolgt und sogar ermordet.



Der Preisträger Somsak Kosaisook mit Anke Fuchs und Michael Sommer (Foto: Zensen).

Arbeitnehmer/innen, die Gewerkschaften beitreten, droht die Entlassung. Das Lebenswerk von Somsak Kosaisook, dem Preisträger des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung 2006, trotz diesen oft katastrophalen Bedingungen. Sein Lebensziel ist es, politische und soziale Verbesserungen für die Menschen in seinem Land zu erreichen. In seinem ersten Beruf war Somsak Kosaisook Lokomotivführer, von 1987 bis 2005 Vorsitzender der Gewerkschaft der

staatlichen Eisenbahn. Schon während der Massenproteste in den Jahren 1973 und 1992 gegen die damaligen Militärdiktaturen setzte er sich aktiv für die Einhaltung von Menschenrechten und für die Demokratie ein. Bei der Preisverleihung charakterisierte die FES-Vorsitzende, Anke Fuchs, Somsak Kosaisooks Einstellung als Gewerkschafter und Menschenrechtskämpfer als gradlinig und vorbildlich. Scheinkompromisse lehnte er kategorisch ab, ebenso Angebote, die ihm selber Vorteile

– wirtschaftlicher oder politischer Art – brächten. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hob in seiner Laudatio hervor, dass es Somsak Kosaisook wesentlich zu verdanken sei, dass aus einer traditionell schwachen und zersplitterten Gewerkschaftsbewegung in Thailand in wenig mehr als einem Jahrzehnt eine schnell wachsende und immer stärker auftretende Bewegung geworden sei. Auch die Paradoxon Thai Labour Museum Band, die für den musikalischen Rahmen sorgte, unterstrich diese Dynamik. Mit ihren kritischen Texten zur Situation von Arbeitnehmer/innen spielt die Band seit 13 Jahren eine zentrale Rolle in der thailändischen Arbeiterbewegung. Den Auftakt zur Preisverleihung bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Arbeitnehmerrechte in Südostasien“. Somsak Kosaisook unterstrich,

dass es als Gewerkschaftsführer einfacher sei, gegen Militärs zu kämpfen als gegen den Kapitalismus: „Der Kapitalismus funktioniert viel subtiler als eine Militärdiktatur. Die Militärs benutzen Gewehre, um die Politik zu beeinflussen, während Kapitalisten Geld verwenden, um damit zum Beispiel Kontrolle über die Medien zu erwerben. Aber egal gegen wen, der Kampf geht weiter.“ Welch Relevanz diese Worte im Lichte des am 19. September zeitgleich zur Verleihung stattfindenden Militär-Putsches in Thailand hatten, wurde erst nach dem Festakt deutlich. Der Preisträger betonte in den folgenden Tagen in seinen Gesprächen mit deutschen Politikern, Gewerkschaftern und Menschenrechtlern immer wieder die Notwendigkeit einer schnellen Rückkehr zur zivilen und demokratischen

Herrschaft des Landes. Der seit 1994 jährlich vergebene Menschenrechtspreis der FES wurde angeregt und ermöglicht durch das

Vermächtnis des Hamburger Ehepaars Karl und Ida Feist und wird vergeben an Einzelpersonen oder Organisationen, „die sich her-

vorgetan haben bei der Vermeidung von internationalen Konflikten oder von Missbrauch von Gewalt an Menschen. Dabei soll

aber mehr die mühsame und beharrliche Grundlagenarbeit als ein spektakulärer Erfolg ausgezeichnet werden.“

FES INITIIERT EXPERTENGESPRÄCHE VON ILO UND UN IN GENÈVE

Arbeitsrechte als Menschenrechte

Im System der Vereinten Nationen befassen sich zwei Organisationen mit Fragen der internationalen Sozialordnung, beide mit Sitz in Genf: die 1919 gegründete Internationale Arbeitsorganisation (ILO), und im UN-Menschenrechtssystem der „Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“, der 1976 in Kraft trat. Bereits 1926 wurde bei der ILO ein Expertenausschuss für die Überwachung der Arbeits- und Sozialstandards etabliert, der dieser Aufgabe seitdem nachkommt und jährlich Tausende von Berichten für die weitere Behandlung in Verwaltungsrat und der Internationalen Arbeitskonferenz kommentierend bearbeitet. Für die Überwachung des so genannten „Sozialpaktes“ der UN wurde 1985 ein Expertenkomitee berufen, das die Staatenberichte be-

handelt und mit „abschließenden Beobachtungen“ Empfehlungen abgibt. Während die jeweiligen Sekretariate routinemäßige Beziehungen unterhalten, kamen die beiden Überwachungskomitees auf Einladung des FES-Büros Genf erstmals 2003 zu einem direkten Gespräch zusammen. Diese Expertengespräche werden seitdem jährlich fortgesetzt und haben zu direkter Kooperation geführt. So haben ILO und ILO-Expertenkomitee die Arbeiten an „Allgemeinen Erläuterungen“ zu „Recht auf Arbeit“ und „Recht auf soziale Sicherung“ unterstützt und andererseits UN-Experten wesentliche Beiträge im Rahmen eines internationalen Kolloquiums über Arbeitsrechte als Menschenrechte geleistet. Die FES brachte beide Expertenausschüsse am 24. November zu ihrem vierten Gespräch zusam-

men, bei dem die frühere sozialdemokratische Bundespräsidentin der Schweiz und Sozialministerin Ruth

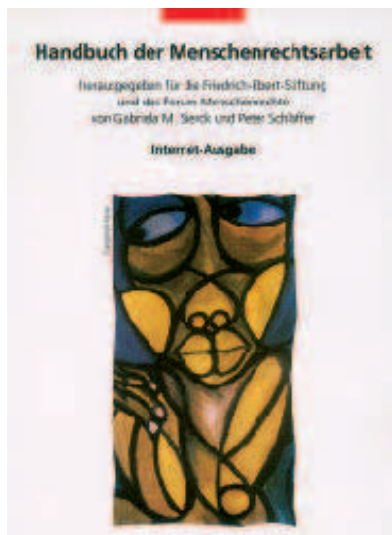
und kulturelle Rechte ihren Berichterstattungspflichten nicht oder nur ungenügend nach. Beide beklagen,

Dreifuss die Einführungsrede hielt. Mit ihrer Erfahrung als ehemalige Arbeitnehmervertreterin der Schweiz im ILO-Verwaltungsrat betonte sie, wie wichtig es sei, sich beim Menschenrechtsschutz nicht entmutigen zu lassen. Während das ILO-Komitee über 2500 Berichte zu bewältigen hat, kommen viele Vertragsstaaten des UN-Paktes für wirtschaftliche, soziale

dass das „follow up“, nicht ausreichend gesichert sei und stellten fest, dass der wirtschaftliche Wettbewerb in Zeiten der Globalisierung die Beachtung von sozialen und Arbeitsrechten weiter schwächt. Insbesondere vor diesem Hintergrund sei eine engere Abstimmung und Zusammenarbeit, wie sie von der FES gefördert wird, von großer Bedeutung.

Gebündeltes Wissen

Zehn Jahre nach dem Erscheinen der ersten Auflage im Frühjahr 1996 liegt nun das



Handbuch der Menschenrechtsarbeit in der dritten, völlig überarbeiteten Auflage vor.

Die Bedeutung und die Bedingungen der Menschenrechtsarbeit haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Der Menschenrechtsschutz steht vor großen und vielfältigen Herausforderungen, die mit den Stichworten Terror und Terrorismusbekämpfung, Staatszerfall und Gewaltökonomien, Globalisierung und Armut sowie der vielfach eingeforderten menschenrechtlichen Verantwortung der Wirtschaft nur unzureichend benannt werden. Das Handbuch der Menschenrechtsarbeit, das in

enger Zusammenarbeit mit dem FORUM MENSCHENRECHTE entstand, führt in die Menschenrechte und die Menschenrechtsarbeit von NRO, staatlichen Institutionen und internationalen Organisationen ein. Neben Autorenbeiträgen enthält es Selbstdarstellungen des FORUM MENSCHENRECHTE, des Deutschen Instituts für Menschenrechte sowie von staatlichen Stellen und vermittelt so all jenen, die ehren- oder hauptamtlich Menschenrechtsarbeit leisten, notwendiges Wissen für politische Interessenvertre-

tung. Wer ist in Deutschland für die Gestaltung der Menschenrechtspolitik zuständig? Was machen der Europarat und die OSZE? Wie arbeitet der Internationale Strafgerichtshof? Und was bringt der neue Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen? Dies alles sind Fragen, die das Handbuch beantwortet.

MEHR ZUM THEMA
Handbuch der Menschenrechtsarbeit; Gabriela Sierck, Michael Krennerich, Peter Häußler (ed.), Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung und das FORUM MENSCHENRECHTE Online Edition 2006/2007

MULTI-STAKEHOLDER DIALOGUE III IN LAUSANNE

Welthandel, Beschäftigung und soziale Rechte

Zum dritten Mal brachten das FES-Büro Genf und die „Evian Group“ am renommierten Institute for Management Development (IMD) in Lausanne vom 10. bis 12. November über 70 Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftlern und WTO-Botschaftern aus allen Kontinenten zum

Dialog zusammen – in diesem Jahr über „Globalen Handel, Wirtschaftswachstum und die Globalisierung der Beschäftigung“. Ausgehend von der Krise der WTO-Verhandlungen in der „Doha-Runde“ wurden Themen wie „Multilateralismus oder Präferentialismus“, ein „Neuansatz in der Verbindung von Entwicklung und WTO-Poli-

tik“, „Handel, Migration und Entwicklung“ sowie „Zukünftige Szenarien für Handel, Entwicklung und die WTO“ diskutiert. Vor allem für Gewerkschaftsvertreter aus Entwicklungsländern, aber auch des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des DGB und des OECD-Gewerkschaftsausschusses, bietet dieser Dialog ein wichtiges

Forum, zu dem gezielt auch Vertreter der ILO eingeladen werden. Für die Suspendierung der Welthandelsrunde sind vordergründig unzureichende Angebote in den Agrarverhandlungen verantwortlich, bei denen die USA sich im Subventionsabbau nicht bewegen, die EU die Marköffnung nicht erweitert und auch fortgeschrittene Entwicklungslän-

der nur begrenzte Gegenangebote in der Marktöffnung vorlegen. Tatsächlich aber stehen die weitere Liberalisierung des Welthandels und die Chancen der schwächeren Länder, davon positiv für ihre Entwicklung zu profitieren, im Zentrum. Zwar wird in der WTO ein spezielles Paket der Unterstützung durch „Aid for Trade“ geschnürt, aber insgesamt wird für die

Mehrheit der Länder aus Nord und Süd deutlich, dass der Zusammenhang zwischen Handelsliberalisierung und Wirtschaftswachstum unsicher und in den meisten Fällen nicht mit dem notwendigen Wachstum an Arbeitsplätzen verbunden ist. Stärker als in den Vorjahren standen daher die Beschäftigungsproblematik und die damit verbundene soziale Dimension im

Zentrum. Zwar müsste die internationale Handelspolitik erneut in den größeren Kontext der globalen Wirt-

schafts- und Sozialpolitik eingeordnet werden, die Chancen stehen aber nicht gut.

DAS KONZEPT VON „CORPORATE COMPLICITY“

Hintergrundarbeit im Menschenrechtsschutz

Die menschenrechtliche Verantwortung internationaler Unternehmen beschäftigt internationale Politik und zivilgesellschaftliche Organisationen schon seit längerem. Wie spezifisch diese Problematik in einzelnen Punkten sein kann, zeigte sich in einer Veranstaltung, die die FES-Genf gemeinsam mit der „International Commission of Jurists“ (ICJ) am 5. Oktober durchführte. Dabei ging es darum, eine präzise juristische Interpretation zu finden, welche Tatbestände eine Mittäterschaft an Menschenrechtsverletzungen seitens Unternehmen darstellten. Diese spe-

zifische Fragestellung ist ein kleiner Baustein in der umfassenden Arbeit des UN-Sonderberichterstatters zu Menschenrechten und Transnationalen Unternehmen, Harvard-Professor John Ruggie. Anlässlich der Vorstellung seines Zwischenberichtes vor dem Menschenrechtsrat in Genf am 26. September wurde in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Forum Menschenrechte eine Podiumsdiskussion veranstaltet, bei der schnell klar wurde, dass sich alle in der Terminologie der „Corporate Responsibility“, der generellen moralischen und sozialen Verantwortung von

Unternehmen wesentlich wohler fühlten, als im unbekannten Feld der „Corporate Complicity“. Dieses Konzept scheint vielen doch schon wie eine vorauseilende Verurteilung des Handelns von Wirtschaftsunternehmen. Daher konnte auch viel leichter im Bereich der Sorgfaltpflicht von Unternehmen Konsens gefunden werden als eine gemeinsame Definition von Komplizenschaft. Die konstruktive und offene Haltung der anwesenden Unternehmensvertreter war eine positive Überraschung für einige, die sich schon lange in diesem Problemfeld engagieren. Manche

Teile der Diskussion wurden hauptsächlich von der Unternehmenseite getragen, die auch verdeutlichte, dass der Generalverdacht, der der Wirtschaft entgegengebracht wird, in vielen konkreten Fällen ungerechtfertigt ist. Die Ergebnisse des Juristen-Gremiums werden rechtzeitig in den Bericht von Professor Ruggie einfließen, was wiederum für die Arbeit der FES den Kreis schließt: die Unterstützung seines Mandates ist die Chance, zu einer Richtlinie zur menschenrechtlichen Verantwortung von transnationalen Unternehmen zu kommen.

FES bemüht sich um
Brückenschläge zwischen
Nord und Süd

Zwanzig Jahre „Recht auf Entwicklung“

— „DER RESPEKT FÜR MENSCHENRECHTE kann nicht aufrechterhalten werden, wenn die Menschen nicht ein Minimum an Entwicklung genießen“, mit diesen Sätzen eröffnete Boutros Boutros-Ghali, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen und Präsident des Nationalen Ägyptischen Menschenrechtsrates, in Kairo eine Veranstaltung anlässlich des 20-jährigen Bestehens der „Erklärung zum Recht auf Entwicklung“.

Diese wurde 1986 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und 1993 durch das

Abschlussdokument der Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien verstärkt, die das Recht auf Entwicklung explizit in den Kanon der untrennbaren, sich gegenseitig verstärkenden Menschenrechte aufnahm. Einerseits beinhaltet dieses Recht einen nationalen Aspekt, indem es die vorrangige Pflicht des Natio-

nalstaates hervorhebt, das Recht auf Entwicklung für seine Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Andererseits beinhaltet es den internationalen Aspekt, der die internationale Gemeinschaft verpflichtet, Staaten in der Erfüllung dieses Rechtes zu unterstützen. Damit wird es zu einem Kollektivrecht – und somit zu einer Kategorie von Menschenrechten, die von vielen westlichen Staaten nicht anerkannt werden, da diese als Inhaber eines Menschenrechtes ausschließlich den einzelnen Menschen sehen. Eine einvernehmliche Umsetzung des Rechtes auf Entwicklung ist daher bisher nicht verwirklicht worden. Die Haltung einiger westlicher Länder, die auch von der deutschen Bundesregierung geteilt wird, trägt dazu bei: im Menschenrechtsbereich sei „weniger manchmal

mehr“. Die Erhebung zu vieler Rechte in den Status eines Menschenrechtes könne sogar zu einer Schwächung beitragen, wenn das Recht auf Leben, Nahrung oder Gesundheit nicht mehr bevorzugt behandelt würde. Die Programmarbeit der FES bezieht all diese Aspekte in ihre Unterstützung des Rechtes auf Entwicklung mit ein und versucht, bei der Eini-gung auf eine allseits akzeptierte Auslegung und Umsetzung des Rechtes mitzuwirken. Es ist vor allem der soziale Aspekt, der in der FES-Arbeit in den Vordergrund gerückt wird. Konkrete Beiträge leisten z.B. Informationen (vgl. Occasional Paper Nr. 23), die eine Basis für den Dialog schaffen. Das FES-Büro Genf veranstaltete zudem in der letzten Novemberwoche eine Podiumsdiskussion zur dritten Sitzung des UN-Men-

schenrechtsrates und ein Expertentreffen, zu dem Vertreter nationaler und internationaler Entwicklungsorganisationen wie GTZ, NORAD, CIDA, DEZA, UNDP und Weltbank eingeladen wurden, ihre Erfahrungen und Meinungen zum Recht auf Entwicklung den Mitgliedern der UN-Arbeitsgruppe zum Recht auf Entwicklung darzulegen. Bei der anschließenden, vom ägyptischen Menschenrechtsrat in Kairo veranstalteten Konsultation wurde die Position der FES dargestellt und über die bei der Expertenrunde in Genf gewonnenen Erkenntnisse berichtet. Somit konnte einmal mehr eine Brücke geschlagen werden – in einem Versuch, die oft verhärteten Standpunkte des Nordens und des Südens einander näher zu bringen.

Neuanfang im UN-Menschenrechtssystem?

Gegen Ende 2005 hatten sich die Stimmen gehäuft, die nach einem Neuanfang im UN-Menschenrechtssystem verlangten. Die 1946 gegründete Menschenrechtskommission hatte zwar in der Schaffung von internationalen Menschenrechtsstandards herausragende Arbeit geleistet, konnte die Überwachung der Konventionen aber nicht konsequent durchsetzen. Schließlich wurde ihr Ende durch einen Bericht des UN-Generalsekre-

tärs besiegelt, der ihr „Glaubwürdigkeitsdefizit“ als Bedrohung für den Ruf des gesamten UN-Systems bezeichnete. 177 UN-Mitgliedsstaaten beschloss daraufhin am 15. März 2006 in der Generalversammlung die Neuschaffung eines Menschenrechtsrates (MRR) mit vier Gegenstimmen (USA, Israel, Marshall-Inseln und Palau) und drei Enthaltungen (Iran, Venezuela, Belarus). Am 19. Juni 2006 wurde der UN-Menschenrechtsrat gegründet,

um dem Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen neuen Schwung und Glaubwürdigkeit zu geben. Die zwei regulären und drei außerordentlichen Sitzungen, die seitdem stattgefunden haben, lassen schon eine erste kritische Bestandsaufnahme zu. Wohl die wichtigste neue Errungenschaft des Rates ist die so genannte „Universal Periodic Review“, die universelle periodische Überprüfung der Menschenrechtssituation jedes UN-Mitgliedstaates.

MEHR ZUM THEMA
www.fes-globalization.org, u.a. „Fact Sheets“ der FES-Genf zu regulären und außerordentlichen Sitzungen des Menschenrechtsrates

Welthandel und Menschenrechte

Bereits seit zehn Jahren beschäftigt sich das UN-Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte mit der Frage, welche Auswirkungen internationale Handelsverträge und bilaterale oder regionale Abkommen auf die Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (WSK-) Rechte haben. In einer gemeinsam vom Hochkommissariat für Menschenrechte und der Friedrich-Ebert-

Stiftung in Genf organisierten „informellen Konsultation“ Ende November wurden WTO-Vertreter, Fachwissenschaftler sowie Gewerkschafts- und NGO-Vertreter in ein intensives Vortrags- und Diskussionsprogramm einbezogen. Es wurden Themen behandelt wie die mögliche Auswirkung internationaler Handelsregeln auf die Verwirklichung der WSK-Rechte und die Auswirkung von

Patentrechten (TRIPS) auf den Zugang zu bezahlbaren Medikamenten oder die der Dienstleistungsverhandlungen (GATS) auf die Sicherung öffentlicher Grundversorgung. In einer abschließenden Sitzung wurde die mögliche Rolle des UN-Komitees für WSK-Rechte erörtert. Vor allem die aktive Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Schnittmenge von Handelspolitik

und Menschenrechten beschäftigen, gab dem Komitee wertvollen Input zu Möglichkeiten, sich im Handelsbereich mehr Gehör zu verschaffen. Die Erfahrungen, die mit dem Anliegen einer stärkeren Berücksichtigung von Umweltverträgen in den WTO-Verhandlungen gemacht wurden, bieten nach Einschätzung mancher Beteiligten aber wenig Anlass zu allzu großen Hoffnungen.

VIII. Deutsch-chinesischer
Menschenrechtsdialog
der FES

Offener Dialog trotz unterschiedlicher Sichtweisen

— DAS THEMA „MENSCHENRECHTE UND JUSTIZ“ stand auf der Tagesordnung des VIII. Deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialogs, an dem von deutscher Seite u.a. die Bundestagsabgeordneten Ute Kumpf, Christoph Strässer und Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin mitwirkten.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 8. Deutsch-Chinesischen Menschenrechtsdialogs in Berlin.

Neben den Parlamentariern diskutierten Mitte Oktober in Berlin Vertreter der Chinesischen Stiftung für die Entwicklung der Menschenrechte und der Chinesischen Gesellschaft für internationale Verständigung (CAFIU) sowie der chinesischen Justiz mit hochrangigen Vertretern der deutschen Justiz und Menschenrechtspolitik. Dazu zählten Richter Sheng Liang vom Obersten Gerichtshof in Peking, Dr. Reinhard Gaier, Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, Karin Schubert, Stv. Bürger-

meisterin und Justizsenatorin von Berlin und Hannelore Kohl, Präsidentin des Obergerichts Mecklenburg-Vorpommern. Fragen der interkulturellen Zusammenarbeit, der Rolle der Justiz, der gesetzlichen Grundlagen und der Ausbildung im Bereich der Menschenrechte wurden von deutscher und chinesischer Seite mit zum Teil divergierenden Ansichten diskutiert. Wichtig ist nach Einschätzung von Christoph Strässer insbesondere die Durchsetzung des Rechts auf Meinungsfreiheit in

China, denn immer wieder gebe es Verhaftungen und Misshandlungen von Gewerkschaftlern oder anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die gegen Korruption und bürokratische Willkür protestierten. Zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen sei insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz eine unabdingbare Grundlage. Betont wurde von deutscher Seite die Unabhängigkeit der Richter. Dr. Heiner Bielefeldt, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, stellte die Universalität der Menschenrechte heraus, die nicht einem deutschen, europäischen oder chinesischen Verständnis unterliegen, sondern durch die internationale Staatengemeinschaft definiert sind. Sie seien nicht geprägt durch die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes oder kulturelle Besonderheiten, son-

dern haben eine universelle Gültigkeit. Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, dass es weder eine kulturelle Relativierung noch eine Hierarchie einzelner Menschenrechte geben könne, die eine Auf- oder Abwertung einzelner Rechte bedeuten würde. Die Diskussion zeigte, dass das chinesische und das westliche Verständnis des Konzepts der Menschenrechte immer noch deutlich differierte. Trotz aller Fortschritte bleibt noch viel Gesprächsstoff für weitere Deutsch-Chinesische Menschenrechtsdialoge.

Zur Entstehung des Menschenrechtsdialogs befragte die zukünftige Projektassistentin in Shanghai Katharina Hofmann, Bernd Reddies, der von 1997 bis 2004 FES-Projektkoordinator in China war:

Spurensuche beim Vorgänger

HOFMANN: Wie kam der erste Menschenrechtsdialog der FES im Jahr 1999 in China zustande?

REDDIES: Mit der zunehmenden Öffnung Chinas und dem wirtschaftlichen Erfolg ging ein breiter wirtschaftlicher und sozialer Wandel im Land einher. Unter Mao war das Rechtssystem zusammengebrochen und ruiniert worden. Nunmehr kam von den westlichen Regierungen, von ausländischen Investoren aber auch aus der neuen chinesischen Mittelschicht die Aufforderung an die chinesische Regierung, die Entwicklung des Rechtssystems verstärkt in die Reformprozesse mit einzubeziehen.

HOFMANN: Wie ging die chinesische Regierung damit um?

REDDIES: Die Menschenrechtsdebatte war der chinesischen Regierung offensichtlich unangenehm. Sie verhielt sich ablehnend gegenüber jeder pauschalen Kritik, erst Recht gegenüber Kritik von außen und sah darin einen Eingriff in die chinesische Souveränität. China betonte die sichtbaren Fortschritte beim Ausbau der sozialen Menschenrechte, in erster Linie der Armutsminderung in den rückständigen Regionen. Aus chinesischer Perspektive galt es zunächst, vorrangig die sozialen Menschenrechte umzusetzen. Die chinesische Seite hierarchisiert die Menschenrechte. Da liegt der Kern des großen Gesprächsbedarfs aus westlicher Sicht.

HOFMANN: Welche Rolle spielte dabei die FES?

REDDIES: Die FES begleitet den Reform- und Öffnungsprozess in China seit Mitte der 80er Jahre. Die FES hatte sich im breit angelegten chinesischen Partnerspektrum eine hohe Glaubwürdigkeit erarbeitet. Anfang 1999 nahm dann die „Chinesische Stiftung für die Entwicklung der Menschenrechte“ Kontakt mit dem Peking-FES-Büro auf. Man erkundigte sich, ob von deutscher Seite Interesse an einem Dialog zum Thema Menschenrechte bestehe.

HOFMANN: Wie gingen Sie mit dieser Anfrage um?

REDDIES: Hier bot sich die Perspektive, einen längerfristig angelegten Dialog zum komplexen Feld der Menschenrechte zu etablieren. Fast ein Jahr zogen sich die Vorgespräche hin. Aus Sicht der FES durfte der Dialog nicht auf den Bereich der sozialen Menschenrechte begrenzt bleiben. Andererseits durfte diese

Chance nicht bereits im Ansatz durch Prinzipienfragen belastet werden. Teilnehmen sollten Regierungsstellen, Forschungsinstitute, Rechtswissenschaftler sowie NRO. Die erste Veranstaltung sollte zur Darstellung der Situation der Menschenrechte in Deutschland und China dienen und dabei interkulturelle und sozio-ökonomische Aspekte beleuchten. Im November 1999 fand die erste Konferenz in Beijing statt, übrigens nur wenige Wochen, nachdem der deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog von den Regierungschefs unterzeichnet worden war. Zunächst arbeiteten Wissenschaftler und NRO-Berichtersteller den Charakter des gesuchten interkulturellen Dialogs heraus. Als die Politiker am zweiten Tag zu Wort kamen, trafen sie mit ihren Darstellungen bereits auf ein entspanntes Konferenzklima. Der Einstieg in einen bis heute mit jährlichen Veranstaltungen geführten deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialog war gelungen.

HOFMANN: Was waren die wichtigsten Prinzipien für die Ausübung dieses politisch sensiblen Dialogs?

REDDIES: Geduld und gegenseitiges Zuhören. Bereits in der ersten Veranstaltung wurde deutlich, dass das offene Gespräch zwischen den Teilnehmern möglich war – so lange es auf gleicher Augenhöhe und ohne Druck auf den Gegenüber geschah. Unterschiedliche Positionen wurden in ihren Begründungen zur Kenntnis genommen.

HOFMANN: Die Menschenrechtslage in China ist nach wie vor problematisch – wo sehen Sie Ansatzpunkte für die zukünftige Arbeit?

REDDIES: Der deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog, an dem sich die FES beteiligt, ist thematisch weiter ausdifferenziert worden. Die Entwicklung der bürgerlichen Menschenrechte ist sicherlich eine Herausforderung angesichts des gesellschaftlichen Wandels in China. Das Prinzip des gegenseitigen Respekts vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen ist die Grundlage des FES-Menschenrechtsdialogs. Daher besteht die Rolle der FES in der eines Mittlers, um für Politik, Wissenschaft und Praktiker beider Länder den Zugang zur Menschenrechtsdiskussion zu befördern. Und, das wurde während der nunmehr acht Veranstaltungen sichtbar, der interdisziplinäre Ansatz unterstützt auch den innerchinesischen Menschenrechtsdialog.

Konferenz über
Fundamentalismus
und Feminismus

Hoffnung auf neues Zeitalter der Aufklärung

— „EIN EINDEUTIGES JA für einen neuen globalisierten Feminismus: denn Menschenrechte haben kein Geschlecht und sie haben keine Religion“, mit diesem Plädoyer für eine interkulturelle und interreligiöse Allianz zur Durchsetzung von Frauenrechten schloss MdB Dr. Lale Akgün ihren Beitrag auf der Konferenz „Zwischen Fundamentalismus und Feminismus – wohin geht die Frauenbewegung?“ am 13. November im Bonner Haus der Stiftung.

Nach ihrer, auch von anderen Referentinnen der Tagung geteilten, Einschätzung dient Religion „oft nur als Instrument, um patriarchalische Gesellschaftsstrukturen zu erhalten“.

Religiöser Fundamentalismus ist aber keineswegs nur ein islamisches Problem, sondern lässt sich auch in anderen Weltreligionen beobachten. Fundamentalisten sind sich in Bezug auf Frauenrechte oft einig. „Erinnern wir uns an die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking: dort kämpften islamisch orientierte Länder wie der Iran Seite an Seite mit dem Vatikan, beispielsweise in Fragen der sexuellen Selbstbestimmung der Frau“, so die Journalistin Johanna Holzhauser in ihrem Vortrag über christlichen Fundamentalismus und Frauenrechte: „Schienen sie damals

noch isoliert, hat der religiöse Fundamentalismus seitdem weltweit zugenommen. In den USA sind die fundamentalistischen Megakirchen innerhalb der letzten 20 Jahre von einem Randphä-

nomen zur bestimmenden Kraft im religiösen Leben geworden - und zu einem politischen Machtfaktor. Die untergeordnete Rolle der Frau wird in allen Fundamentalismen als gottgewollt begründet. Die Fundamentalisten versuchen, die Trennung von Kirche und Staat aufzulösen. Der Staat soll die religiösen und

moralischen Vorstellungen umsetzen. Das heißt in der Konsequenz, dass die rechtliche Gleichstellung der Frau und alle Gesetze, die dies sichern sollen, abgeschafft werden.“ Auch in

Deutschland gibt es inzwischen christlich-fundamentalistische Parallelgesellschaften. Die Strategien der vor allem christlich-religiösen Fundamentalisten beschrieb die Sprecherin der jungen Frauen bei der UN-Frauenrechtskommission, Franziska Brantner. Auf europäischer Ebene habe sich das Kräfteverhältnis seit

dem Beitritt der zehn neuen, hauptsächlich konservativen Mitgliedsstaaten eindeutig nach rechts verschoben und die Frauenrechtsarbeit verlangsamt oder streckenweise gestoppt. Die abschließende Diskussion stand unter der Fragestellung „Muss es ein neues Zeitalter der Aufklärung geben, in dem eine Frauenbewegung eine besondere Rolle spielen könnte?“ Diese Frage wurde von den Podiumsteilnehmerinnen prinzipiell mit Ja beantwortet, denn „religiösen Fundamentalisten geht es um ein Weltbild, das sich von der Aufklärung völlig entfernt hat. Zunächst betrifft es uns Frauen und unsere Rechte, aber wenn die aufgeklärten Männer sich nicht auf unsere Seite stellen, sind sie die nächsten, die betroffen sind“, so Franziska Brantner.

Menschenrechte als journalistisches Thema

Die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, war Gast im Seminar „Menschenrechte – Hintergründe für die journalistische Praxis“, das die JournalistenAkademie der FES am 6. September in Berlin veranstaltete. Die zwölf Journalistinnen und Journalisten erhielten während der rund siebenstündigen Veranstaltung sehr konzentriert eine Fülle von Informationen als Hintergrundwissen für die tägliche Arbeit. Besonders in Fragen der internationalen Gerichtsbarkeiten zu Menschenrechten bestand

Nachholbedarf. Die Erfahrungen, die die FES in ihrer internationalen Arbeit gesammelt hat, waren wichtiger Bestandteil des Seminars. Vertreter von „amnesty international“ hatten Gelegenheit, über aktuelle Kampagnen zu berichten. Zum Seminar-Team gehörte auch der Afrika-Korrespondent der ZEIT, Bartholomäus Grill, der aus seiner Arbeit berichtete und in einer praktischen Übung den Teilnehmern verdeutlichen konnte, wie viel Wissen und Erfahrung nötig ist, um Menschenrechtsthemen erklären und kommentieren zu können.

HARMONISIERUNG DER RECHTLICHEN REGELUNGEN ZU EINWANDERUNG UND ASYL

Lebensperspektiven eröffnen

„Die europäische Dimension deutscher Flüchtlingspolitik“ war Thema einer Fachkonferenz des Gesprächskreises Migration und Integration am 22. November in Berlin. Rüdiger Veit, MdB und migrationspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, wies auf die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit bei den Themen Flucht und Einwanderung hin. Eine Harmonisierung der rechtlichen Regelungen zu Einwanderung und Asyl seien zwingend geboten. Zur Zeit stehe die Umsetzung von elf EU-Richtlinien in nationales Recht an. Prof. Dr. Mehdi Lahlou vom Nationalinstitut für Statistik und angewandte Ökonomie aus Rabat, Marokko,

sprach über Gründe, weshalb Menschen ihre Heimat verlassen. Die demografische Entwicklung, die Verarmung breiter Bevölkerungskreise, politische Unsicherheiten und auch Kriege und Bürgerkriege seien Faktoren, die Fluchtbewegungen auslösen, die in der Mehrzahl allerdings nicht nach Europa, sondern in afrikanische Länder führten. Erich Stather, Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), wies darauf hin, dass Migrations- und Entwicklungspolitik in Zukunft verstärkt zusammenarbeiten sollten. Ziel der Entwicklungspolitik sei es dabei, den Menschen eine Lebensperspektive in ih-

ren jeweiligen Heimatländern zu eröffnen. Das BMZ habe u.a. eine strategische Partnerschaft mit dem UNHCR beschlossen und führt Programme in Westafrika, der Region der Großen Seen, Afghanistan und Ostafrika durch. In Gemeindeentwicklungsmaßnahmen werden Schulen aufgebaut und der Zugang zu sozialen Dienstleistungen

und Ausbildungsangeboten verbessert. Insgesamt fehle es der Europäischen Union aber an einer einheitlichen Strategie. Zu häufig wird Zuwanderung und Migration ausschließlich unter sicherheitspolitischen Aspekten betrachtet.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/aspol
(Veranstaltungen)

AUSSTELLUNG AUS DREI KONTINENTEN IN BONN

Kunst für Menschenrechte

Menschenrechte sind überstaatlich und gelten für alle. Dieses Grundprinzip der Allgemeinen Menschenrechtserklärung war die Klammer der Ausstellung Kunst und Menschenrechte in der FES-Bonn, die in 200 Arbeiten aus Asien, Afrika und Europa, sechs sehr unterschiedliche Projekte zu Menschenrechten vom 16. Oktober bis 6. November zeigte. Aus Indien kamen die geradezu karikaturhaften Dalit-Arbeiten, aus Südafrika eine von den Vereinten Nationen preisgekrönte Sammlung verschiedener Werke aus aller Welt, die jeweils ein Prinzip der Allgemeinen Menschenrechte abbildeten. Aus Ghana war die Foto-Ausstellung „Goldgesichter“ zu sehen, die die tristen Lebensumstände der

Menschen im Goldbergbau zeigte. Das Ergebnis 50-jähriger Sammlung in aller Welt war die Ausstellung „Kinder zeichnen den Krieg“. Wie ein Gegensatz dazu wirk-



Künstler der indischen Dalit-Kaste zeigten in szenischen Darstellungen Formen der alltäglichen Menschenrechtsverletzungen unter denen sie in ihrer Heimat zu leiden haben

ten die „Himmelsleitern“, die von Kindern deutscher Schulklassen gebastelt und gezeichnet wurden. Die Gemälde zu „Wasser – ein Menschenrecht“ schlossen den Kreis der künstlerischen Verarbeitung von Menschenrechten und

Menschenrechtsverletzungen.

Eingerahmt wurde die Ausstellung durch zwei Gesprächsveranstaltungen: Die Eröffnungsveranstaltung diskutierte das Thema

Diskriminierung am Beispiel einer „Minderheit“ in Indien, den Dalits. Zu dieser Kaste der „Gebrochenen“, wie sie sich selber nennen, gehören ca. 150 Millionen Menschen. Tanztheater und Lesungen von Dalit-Künstlern zeigten

sehr anschaulich die Auswirkungen der strukturellen Menschenrechtsverletzungen, unter denen sie in ihrem alltäglichen Leben leiden müssen. Die Abschlussveranstaltung der Ausstellung setzte sich mit dem Phänomen der „Gewaltökonomie“ auseinander und erörterte die internationale Kriminalität mit Beispielen aus Europa und Afrika: Kindersoldaten, Prostituierte, Waffenhandel. Als eine neue, wichtige Einrichtung wurde der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag gelobt. Doch eine „ausreichende und hoffnungsvolle Waffe“ gegen das Verbrechen sei auch das „Weltgericht“ noch nicht, betonte Prof. Albrecht, Direktor des Max-Planck-Instituts in Freiburg.

Globalisierung: Gerechtigkeit und Menschenrechte

Sind die Ideen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Menschenrechte im globalen Zusammenhang zu realisieren? Diese Frage stand im Mittelpunkt mehrerer Veranstaltungen des Fritz-Erler-Forums in Baden-Württemberg. Bundestagsmitglied Walter Riestler, ehemaliger Minister für Arbeit und Sozialordnung, betonte in Göppingen, dass der Kampf um den Sozialstaat im Rahmen des Nationalstaates lange gedauert habe und weltweite Gerechtigkeit und Solida-

rität Ziele seien, für die man ausdauernd kämpfen müsse. Dass die Politik auf diesem Weg allein nichts ausrichten kann, bekräftigte die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Karin Kortmann in Stuttgart. „Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam sind gefordert“, so Kortmann.

Mindeststandards im Strafverfahren

„Unter den Staaten, deren Strafgesetzgebung auf übereinstimmender Grundlage beruhen und die ein wechselseitiges Vertrauen in ihre Gerichtsentscheidungen setzen dürfen, wäre die Auslieferung eigener Staatsangehöriger ein Mittel, um eine gute Justizverwaltung zu sichern“, mit diesem über hundert Jahre alten Zitat des Strafrechtsprofessors Franz von Liszt eröffnete die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries das Internationale Symposium „Verfahrensrecht in Strafsachen in der EU“ der FES am 14. November in Berlin. Die Kodifikation gemeinsamer Mindeststandards der Be-

schuldigtenrechte im Strafverfahren ist eines der Ziele der Bundesregierung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, wie die Ministerin hervorhob.



Justizministerin Brigitte Zypries eröffnete das Internationale Symposium am 14. November in Berlin. (Foto: Liebe)

In Vorbereitung auf das Symposium richtete die FES Workshops in Berlin, London und Prag aus. Experten aus Politik, Praxis und Wissenschaft diskutierten

über die Entwicklung von Beschuldigtenrechten im europäischen Rechtsraum und die Umsetzbarkeit von europäischen Mindeststandards im Strafverfahren. Eckpfeiler für

Mindeststandards sind das Recht auf Information, das Recht auf Rechtsbeistand, das Recht auf einen Dolmetscher und die Übersetzung von Ver-

fahrendokumenten. Die Debatten machten deutlich, dass die Umsetzung des Vorhabens nicht einfach sein wird. Seit dem ersten Vorschlag der EU-Kommission für einen Rahmenbeschluss im Jahr 2004 sei der Vertragstext durch die zahlreichen Verhandlungen schwächer geworden, argumentieren die Kritiker. Dagegen sehen die Befürworter in einer „übereinstimmenden Grundlage“ den Schlüssel für die kommende Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten. Es sei an der Zeit, eine Balance zwischen präventiv und repressiv wirkenden Maßnahmen und den Bürgerrechten herzustellen.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die Arbeitsstelle Menschenrechte an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ist ein bis dato einmaliges Projekt. Die Kooperation zwischen dem UNESCO-Lehrstuhl und dem Lehrstuhl für praktische Philosophie soll die interdisziplinäre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechtsforschung stärken und eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit garantieren. Das FES-Landesbüro Sachsen-Anhalt ist der erste Partner der Arbeitsstelle und führte die **Auftaktveranstaltung des Projektes „Menschenrechte in Europa“** durch. Vor den 120 Teilnehmern verdeutlichte Prof. Stephan Gosepath von der Justus-Liebig-Universität in Gießen die unterschiedliche Gewichtung von Menschenrechten. + + +

+ + + Basierend auf einer von ihr mitorganisierten Vorlesungsreihe an der FU Berlin hat die FES-Stipendiatin Nicole Janz das Buch **„Menschenrechte - Glo-**

bale Dimensionen eines universellen Anspruchs“ mitherausgegeben. In den interdisziplinären Beiträgen beleuchten die Autoren, was der „Faktor Kultur“ erklären kann – und wo seine Grenzen liegen. Der Blick auf den Islam im Nahen Osten, Hinduismus in Indien, China und Konfuzianismus, Afrika, die EU, Osteuropa und Lateinamerika beschreibt die globalen Dimensionen des universellen Anspruchs der Menschenrechte.

Menschenrechte – Globale Dimensionen eines universellen Anspruchs; Nicole Janz/Thomas Risse (Hrsg.), Nomos Verlag, Baden-Baden, 2007, 188 Seiten, Leseproben: www.nicolejanz.de/Menschenrechte

Kein Rechtsstaat ohne unabhängige Richter

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 von



Leitete Fortbildungsseminare für Richter in Tadschikistan und Usbekistan: die ehemalige Justizministerin Herta Däubler-Gmelin.

der Uno-Generalversammlung angenommen und verkündet. 48 Staaten stimmten damals dafür, kein Staat dagegen. Es enthielten sich jedoch acht, unter ihnen die Sowjetunion, zu der auch die zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan zählten. Seit 1991 sind diese unabhängig und haben unterschiedliche Wege der

Entwicklung eingeschlagen. Eines ist den Staaten freilich gemein: Politische Stabilität steht vor den Menschenrechten. Seit 2004 führt die FES deshalb in der Region Maßnahmen durch, um der Bevölkerung und staatlichen Organen die herausragende Bedeutung der Menschenrechte und deren Achtung nahe zu bringen. Dabei konzentriert sich die FES auf die juristischen Aspekte der Menschenrechtserklärung und da besonders auf die Artikel 7: Gleichheit vor dem Gesetz, Artikel 8: Anspruch auf Rechtsschutz, Artikel 9: Schutz vor Verhaftung und Ausweisung, Artikel 10: Anspruch auf rechtliches Gehör und Artikel 11: Unschuldsumutung und keine Strafe ohne Gesetz. Ein Schwerpunkt bei der Bearbeitung dieser

Themen ist die Unabhängigkeit der Richter. Sie hatten im sowjetischen Rechtssystem kaum Einfluss gegenüber der allmächtigen Generalstaatsanwaltschaft. Und daran hat sich bisher wenig geändert. Umso mehr stellte die Reformierung des Richterwesens einen wichtigen Schritt bei der Durchsetzung der Menschenrechte dar. Mit deutschen Experten und Politikern veranstaltete die FES in Tadschikistan (gemeinsam mit der GTZ) und in Usbekistan Seminare zur Richterfortbildung. So reiste die ehemalige Justizministerin Prof. Herta Däubler-Gmelin in die usbekischen Regionen Chorezm und Karakalpakstan. An den sehr gut besuchten Seminaren nahmen nicht nur Richter, sondern auch Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft

und Anwälte teil. Parallel zu diesen Seminaren führte die FES ebenfalls seit 2004 Gesprächsrunden zur Abschaffung der Todesstrafe durch. Während zu Beginn noch die Meinung vorherrschte, dass eine Abschaffung nicht dem Interesse des usbekischen Volkes entspreche, nahm der zweite Gesprächskreis 2006 eine ganz andere Wendung. Denn da hatte die Regierung bereits verfügt, die Todesstrafe zum 1. Januar 2008 abzuschaffen. zu dieser Entscheidung, so die Teilnehmer des Gesprächskreises, hätten auch Treffen mit ausländischen Experten beigetragen. Der von der FES mit gestaltete Menschenrechtsdialog mit Zentralasien soll während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 intensiviert werden.

MONITORING-PILOTPROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Minderheitenrechte auf dem Westlichen Balkan

In dem 1966 verabschiedeten „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ wurde in Arti-

kel 27 ausdrücklich festgeschrieben, dass Minderheiten in multiethnischen Staaten ihre kulturellen Rechte

zuerkannt werden müssen. Dieser Anspruch wird jedoch gerade in jungen, multiethnischen Demokra-

tien selten eingelöst. Dennoch gibt es eine Debatte um die Frage, ob ein verfassungsmäßig garantiertes Dis-

kriminierungsverbot zum Schutz von Minderheiten nicht ausreicht oder ob es der spezifischen Anerkennung und Förderung der Minderheiten bedarf – also bspw. der schulischen Unterrichtung in der Muttersprache, der Präsenz in den Medien, dem Gebrauch der Sprache in staatlichen Institutionen etc.

Der bisher ehrgeizigste Versuch zum internationalen Schutz von Minderheitenrechten ist die Rahmenkonvention des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten. Der Europarat veröffentlicht regelmäßig Monitoring-Berichte zur Lage der Minderheitenrechte in den Mitgliedsstaaten. Die Berichte beruhen auf Feldstudien und Analysen, der Auswertung von Peti-

tionen der Bürger, der Beobachtung und Faktensammlung, Befragungen und der Analyse vorhandener Unter-

suchungen. Basierend auf diesen Berichten werden Empfehlungen ausgesprochen, die den Staaten zugeleitet werden.

Die FES bemüht sich in ihrem Pilotprojekt zum Minderheiten-Monitoring in Südosteuropa um einen Ansatz, der nicht auf die Umsetzung von oben setzt, sondern durch

den Veränderungsanspruch der Bürger einerseits und die Kooperationsbereitschaft der lokalen Verwal-

tung andererseits die Verwirklichung von Minderheitenrechten von „unten“ vorantreibt. Dabei ist die Erarbeitung von Politikempfehlungen nur ein Teil des Projektes. Noch wichtiger ist das Zustandekommen der Empfehlungen durch alle relevanten Akteure auf lokaler Ebene, der Verwaltung, der

Zivilgesellschaft und der Bewohner der Gemeinde. Damit sollen gemeinsame Interessen und Möglichkeiten zur Integration der Bürger und besonders der Minderheiten in das politische Geschehen ausgelotet werden.

Als Grundlage für das neue Monitoring-Modell dienten westeuropäische Erfahrungen mit der Erhebung einer „lokalen Demokratiebilanz“. Die Pilotphase erfolgte im Jahr 2006 in Albanien, Bulgarien, Makedonien, Rumänien und Serbien.

MEHR ZUM THEMA

Die Abschlussberichte von Gemeinden und Menschenrechtsorganisationen sind, wie auch weiterführende Informationen zum Projekt, über die Web-Site der FES in Mazedonien abrufbar: www.fes.org.mk

BELARUS: JOURNALISTEN FÜR FREIHEIT UND BÜRGERRECHTE

Solidarität gegen verstärkten Druck

Nach den belarussischen Parlamentswahlen vom März 2006 und den Verhaftungen oppositioneller Politiker mehrten sich Hinweise, dass auch die verbliebenen unabhängigen belarussischen Journalisten verstärktem Druck ausgesetzt sind. Die

FES steht in Kontakt mit der Belarussischen Assoziation der Journalisten (BAJ), deren Präsidentin Zhanna Litwina dem Regionalvertreter der FES nach den Wahlereignissen über Journalisten berichtete, die vor Gericht gestellt werden. Zhanna Litwina hat

1976 die journalistische Fakultät der Belarussischen Staatlichen Universität absolviert. Danach war sie von 1976 bis 1994 als Redakteurin für Jugend im belarussischen Fernsehen tätig. Seit der Gründung des unabhängigen Journalistenverbandes 1995

steht ihm Litwina als Präsidentin vor.

Die mehr als tausend Mitglieder starke BAJ ist seit 1997 Mitglied der „Internationalen Föderation der Journalisten“ und sie ist seit 2003 mit „Reporter ohne Grenzen“ assoziiert. 2003 erhielt die BAJ den „Golden

Pen of Freedom Prize“ und 2004 verlieh ihr das Europäische Parlament den „Sacharow-Preis“. Gegenüber der Friedrich-Ebert-Stiftung hob Frau Litwina hervor, wie wichtig es gerade jetzt in Belarus ist, die professionellen Standards des unabhängigen Journalismus zu wahren, die journalistische Ethik zu festigen und die fachliche Qualifikation der Journalisten stets neu anzuheben. Ständige Qualifizierung in Verbindung mit Vernetzung schafft einen Schutzmechanismus im schwierigen Umfeld ständiger Einengun-

gen und strafrechtlicher Bedrohung. Die Durchführung von beruflichen Fortbildungsveranstaltungen für unabhängige Jour-



Die Präsidentin der Belarussischen Assoziation der Journalisten, Zhanna Litwina.

nalisten im Lande wird allerdings immer schwieriger und riskanter. Einen Ausweg bieten internationale Fortbildungsangebote;

ein Bereich, in dem auch die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen der Möglichkeiten langjährig Hilfe leistet. Seit 1998 führt die BAJ ein Monitoring über Verstöße gegen die Freiheit der Meinungsäußerung und die Rechte von Massenmedien durch. Dazu wurde ein Netz von Korrespondenten in ganz Belarus aufgebaut. Auch während der belarussischen Wahlen von 2004 und 2006 führte die BAJ ein Monitoring über die Rolle der Medien im Wahlkampf durch. Im Zuge der Präsidentschaftswahlen von 2006 gerieten auch

immer wieder Journalisten in eine rechtlich schwierige Lage, wenn sie über Aktionen oppositioneller berichtet hatten. Dabei kam es auch zu etwa 50 Verhaftungen, darunter auch Vertreter internationaler Medien. Die BAJ setzt sich mit öffentlichen Appellen für die Freilassung verhafteter Kollegen ein. Die FES wird die mutige und engagierte Arbeit von Zhanna Litwina und ihren Kolleginnen und Kollegen in der Belarussischen Assoziation der Journalisten auch weiterhin mit großer Aufmerksamkeit und Solidarität verfolgen.

LIBANON

Schüler entdecken die Menschenrechte

Im Libanon sind Demokratie und Menschenrechte zwar in Grundzügen in der Verfassung verankert, vollständige Gleichheit ist jedoch nicht garantiert und politische Konflikte, Zensur und der Einfluss der Konfessionsgemeinschaften gefährden immer wieder die Rechte des Einzelnen. Mit Unterstützung der FES führt die Organisation „Nouveaux Droits de l'Homme – International“ (NDH) in Zu-

sammenarbeit mit der „Association Libanaise pour l'Education et la Formation“ (ALEF) ein Projekt namens 3D (Droits, Devoirs, Démocratie – Rechte, Pflichten und Demokratie) durch, das Schüler im Großraum Beirut mit dem Thema Menschenrechte vertraut macht. An sechs Schulen nehmen insgesamt rund 160 Schüler an dem Projekt teil. Zu den Themen gehören die Allgemeine Erklärung der Menschen-

rechte, Staatsbürgerschaft und Zivilgesellschaft, Demokratie, Todesstrafe, Strategien der Konfliktlösung usw. Rollenspiele, audiovisuelles Material und Diskussionen helfen den Schülern, diese komplexen Themen zu erfassen. Die Ergebnisse sind überzeugend. Die 17-jährige Nour schrieb an die Projektleiter: „Ich bin mir sicher, dass Sie durch Ihre Bemühungen eine Wiege des Friedens und der Gerechtigkeit

aus dieser Welt machen werden. Sie haben mein Zugehörigkeitsgefühl zur Menschheit gestärkt, Sie haben mein Verantwortungsgefühl und meinen Sinn für Solidarität entwickelt. Sie haben mir beigebracht, in Würde zu leben, indem ich die Würde des anderen respektiere. Sie haben mir geholfen, verschiedene Probleme zu bewältigen, bei denen ich an meine Grenzen gestoßen war.“

Bestandsaufnahme mit Mängeln

Obwohl der Jemen oft als „die einzige Demokratie der arabischen Halbinsel“ bezeichnet wird, beklagen Vertreter der Zivilgesellschaft und internationaler Menschenrechtsorganisationen immer wieder gravierende Mängel bei der Achtung der Menschenrechte. Mit Unterstützung des FES-Büros in Sana'a hat das Yemeni Observatory for Human Rights (YOHR) nun den „Annual Report 2005 – Human Rights and Democracy in Yemen“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Es handelt sich dabei um den ersten unabhängigen Be-

richt über die Situation der Menschenrechte im Jemen, der von einer einheimischen nicht-staatlichen Organisation erstellt wurde. In dem Bericht wurde unter anderem festgestellt, dass das in der Verfassung garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung von Regierungsseite nicht umfassend respektiert wird. So ist die oppositionsnahe Presse von erheblichen Zensurmaßnahmen, körperlicher Gewalt gegen Redakteure sowie juristischen Verfolgungen betroffen. Neben Mängeln im staatlichen Bereich

wird auch auf Menschenrechtsverletzungen durch Stammesfehden und bewaffnete islamistische Organisationen hingewiesen. Darüber hinaus zieht der Bericht eine direkte Verbindung zwischen dem Schutz der Menschenrechte und der demokratischen Entwicklung. So empfiehlt er politische Reformen, um einen nachhaltigen Menschenrechtsschutz zu ermöglichen, etwa die Dezentralisierung der Regierungsbehörden und verstärkte Gewaltenteilung. Während Menschenrechtsaktivisten bisher nur auf

Grundlage staatlicher Daten arbeiten konnten, können sie sich durch Unterstützung der FES jetzt auf unabhängig und wissenschaftlich erstellte Fakten stützen.

Blick hinter die Kulissen: Das FES-Büro in Jemens Hauptstadt Sana'a fördert Bericht über Situation der Menschenrechte im Lande.



Kaum Mädchen in Schulen

Die Bilder sind widersprüchlich. Überfüllte Zelte mit Schichtunterricht für Mädchen und Jungen entlang der Straße von Kabul in Richtung Norden. Verlassene oder abgebrannte Schulgebäude im Süden des Landes, wo der mit den Taliban zurückkehrende Krieg in diesem Jahr 200.000 Schüler aus dem Unterricht vertrieben hat – vor allem

Mädchen. Obwohl die Zahl der Schüler in Afghanistan binnen fünf Jahren von einer auf über fünf Millionen gestiegen ist, besucht nur eines von fünf Mädchen die Grundschule und eines von 20 Mädchen eine weiterführende Schule. Die, gemessen an der Vergangenheit, den noch erheblichen Bildungsfortschritte für afghanische Mädchen

stoßen gerade in jüngster Zeit an wirtschaftliche und politisch-kulturelle Grenzen. Zum einen ist der afghanische Staat auch fünf Jahre nach Beginn der westlichen Intervention kaum dazu in der Lage, weitere Schulen zu bauen, (weibliche) Lehrer auszubilden oder diese besser zu bezahlen. Zum anderen sind es vor allem die Mädchen,

die als schwächste Mitglieder der Gesellschaft die sich verschärfende konservative Gegenbewegung zu spüren bekommen. Vor diesem Hintergrund unterstützt die FES-Kabul die Lobbyarbeit von Frauengruppen, vor Parlamentsausschüssen und in den Medien auf eine fortschrittliche Gesetzgebung für Frauen und Mädchen hinzuwirken.

FES BEIM FILMFESTIVAL FÜR MENSCHENRECHTE

Nach dem Tsunami

Dokumentarfilme zum Thema Menschenrechte standen vom 16. bis zum 22. November erneut im Mittelpunkt des One World Berlin – Filmfestival für Menschenrechte und Medien. Das FES-Referat Entwicklungspolitik begleitete die Filme „Anywhere but Fear“ und „My Neighbour the Giant Boat“ am 17. November mit einer Diskussion im Kino Arsenal. Die Filme zeichnen die dramatischen Entwicklungen in der indonesischen Provinz Aceh nach, vom gewaltsamen Konflikt zwischen dem indonesischen Militär und der Rebellengruppe GAM bis zu den Folgen des Tsunami. In der anschließenden Diskussion wurde der Zusammenhang zwischen dem Tsunami von 2004 und dem

Friedensabkommen vom August 2005 diskutiert. Achim Esderts, langjähriger Vertreter der FES in Indonesien, betonte, dass der Tsunami – und die damit verbundene internationale Aufmerksamkeit

gensatz zu Aceh die Hoffnungen in Sri Lanka auf einen Friedensprozess nach dem Tsunami nicht erfüllt haben. Sie betonte, dass eine sich dem „Do no harm“-Ansatz verpflichtete Entwick-

dards und Qualitätskontrollen erforderlich. So bestehe für internationale Akteure die Herausforderung beim Wiederaufbau darin, Opfer nicht verschiedenen Kategorien zuzuordnen, so Christiane Steinert von Malteser International. Bislang hätten sich Hilfsorganisationen auf Grund ihres Mandats und zweckgebundener Spenden nicht ausreichend um die Bürgerkriegsflüchtlinge gekümmert.



Plakat des von der FES beim One World Berlin-Filmfestival für Menschenrechte präsentierten Films.

keit – Auslöser für einen ins Stocken geratenen Friedensprozess gewesen sei. Annette Kaiser vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wies darauf hin, dass sich im Ge-

lungszusammenarbeit an alle Opfer richten müsse und z.B. auch ehemalige Kombattanten reintegrieren sollte. Um der Spaltung von Gemeinden entgegenzuwirken, sei ein System mit international vereinbarten Stan-

MEHR ZUM THEMA

Die indonesische Provinz Aceh nach dem Tsunami ist auch das Thema einer neuen Konfliktanalyse der FES im Rahmen des PCIA-Prozesses („Peace and Conflict Impact Assessment“): <http://fesportal.fes.de/>

SCHWERE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN GEGENÜBER ILLEGALEN ARBEITSMIGRANTEN

Angola: Rechtlose Flüchtlinge

Es sind Völkerwanderer zumeist aus der D.R. Kongo, die zwar davon gehört haben, dass man in Angola Gold und Diamanten finden kann, aber eigentlich nur einen Ort

suchen, an dem sie in Frieden leben und arbeiten können. Dabei wurden viele Angolaner in den letzten Jahrzehnten selber zu Flüchtlingen. Der Bürgerkrieg forderte rund

1,5 Mio. Tote; vier Millionen der zwölf Millionen Einwohner flohen in den letzten vier Jahren vor dem Krieg. Hilfsprogramme gibt es lediglich für die angolanischen Rückkeh-

rer. Die illegalen Arbeitsmigranten, die zusätzlich ins Land strömen, sind sich selber überlassen. Sie sind fast vollkommen rechtlos und werden ausgebeutet. Ein Groß-

teil der Migranten versucht sein Glück auf eigene Faust als Diamantensucher in den Flussbetten. Da diese Art der Diamantensuche illegal ist, werden die Ertappten von den Angehörigen der Sicherheitsfirmen der Schürfunternehmen oftmals ausgeplündert und misshandelt. Die staatlichen Sicherheitskräfte führen immer wieder Deportationen durch. So wurden im Juli 2006 mehr als 80.000 Flüchtlinge ausgewiesen. Die Menschen sind oftmals mehr als zwei Wochen in Sicherheitsgewahrsam, ohne während dieser Zeit regelmäßig versorgt zu werden. Lebensmittel werden nur unzureichend ausgegeben; Wasser in Trinkwasserqualität oder sanitäre Einrichtungen fehlen völlig. Misshandlungen und

der Diebstahl von Geld bzw. von Wertgegenständen durch die angolischen Sicherheitskräfte sind keine Einzelfälle. Immer wieder wird auch von extremsten Menschenrechtsverletzungen berichtet, die von Vergewaltigungen über Misshandlungen bis zu Mord reichen.

Um das Bewusstsein für den menschenwürdigen Umgang mit den Flüchtlingen zu schärfen, wurden von der FES in der Vergangenheit in allen Provinzen des Landes polizeiliche Ausbilder für den Bereich „Menschenrechte und Zivilerziehung“ qualifiziert. Zudem versucht die Stiftung die Menschenrechtsfrage bereits in die Polizeiausbildung Angolas zu integrieren. Unlängst ist es zudem gelungen, erstmals Ausbildungsmaßnah-

men im Bereich Menschenrechte unmittelbar für die angolische Grenzpolizei durchzuführen. So wurden in der Provinz Cabinda im militärischen Sperrbezirk der Grenze zum Kongo mehr als 50 Instrukteure ausgebildet. Erste Erfolge dieser Be-

lassen auf eine signifikante Abnahme von Übergriffen der Polizei auf die Zivilbevölkerung schließen. Damit auch die privaten Sicherheitsfirmen nicht weiterhin im rechtsfreien Raum agieren können, bietet die FES in Zukunft auch Trainingsmaßnahmen für



mühungen sind bereits sichtbar. Nicht nur Berichte kritischer angolischer Medien, sondern auch internationaler Organisationen

diese Zielgruppen unter Einbindung des Generalkommandos der Angolanischen Polizei an.

Thema Menschenrechte auf der Tagesordnung: FES fördert die Ausbildung der angolischen Polizei.

Engagement für Menschenrechte

Seminarangebote der Akademie Frankenwarte in Würzburg

Seit den 80er Jahren bietet die Akademie Frankenwarte in Würzburg in Kooperation mit amnesty international e.V. Wochenend-Seminare zu den unterschiedlichsten Aspekten des Themenbereichs „Menschenrechte“ an. Während anfangs ausschließlich die politischen Menschenrechte im Fokus standen, gilt seit 2001 die Erweiterung auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. „Wirtschaft und Menschenrechte: Perspektiven für menschenrechtlich verantwortliches Verhalten von Unternehmen“ lautete beispielsweise das Thema eines Seminars im September 2006. Ihr Motiv zur Teilnahme beschrieb die Marketing-Managerin eines internationalen Konzerns so: Sie wolle die Politik des Unternehmens nicht mehr mittragen und suche nach Wegen, im Konzern

etwas zu verändern. Menschenrechtsziele, Einflussmöglichkeiten auf Unternehmen und Maßnahmen verschiedener Akteure waren die Themen, die theoretisch und spielerisch erarbeitet wurden.

Ein Schwerpunkt der Seminarreihe liegt nach wie vor im Bereich Asylrecht, doch seit 2001 rückt eine weitere Frage in den Mittelpunkt: Führt der „Kampf gegen den Terror“ zu einer allmählichen Erosion der Menschenrechte? Wie steht es um das Spannungsverhältnis „Freiheit contra Sicherheit“? Ein weiteres Seminar befasste sich mit der Frage: „Folter – Grausames Mittelalter oder grausame Realität?“

MAROKKO

Frauen auf dem Weg in die Moderne

Die „größte Revolution in Marokko seit der Unabhängigkeit“: Mit diesen Worten kennzeichnet Latifa Jbabdi, eine führende Aktivistin der marokkanischen Menschenrechtsbewegung, die Reform des Familienrechts in ihrem Land. Fast genau drei Jahre nachdem König Mohammed VI. die Richtlinien für die Novellierung des Personenstandsrechts verkündet hatte, zog die FES gemeinsam mit der Deutsch-Maghrebini-schen Gesellschaft eine erste Zwischenbilanz.

Das Gesetz bringt die Frauen in ihrer Rechtsstellung einen deutlichen Schritt weiter in Richtung gesellschaftlicher Gleichberechtigung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehören das einheitliche Heiratsalter von 18 Jahren für Männer und Frauen

und die eigenständige Heirat der Frau ohne Vormund. Polygamie ist nunmehr unter Richtervorbehalt und Zustimmung der Frau gestellt, die Gehorsamspflicht der Ehefrau gegenüber ihrem Mann ist abgeschafft. Ehescheidungen un-



Präsentierte FES-Studie zum neuen Familienrecht Marokkos: Prof. Mohammed Mouaqit von der Universität Casablanca.

terliegen nicht mehr dem Gewohnheitsrecht, sondern fallen in die Zuständigkeit eines Gerichts. Gütertrennung erfolgt aufgrund eines schriftlichen Ehevertrages und die Vergabe des Sorgerechts unter Berücksichtigung des

Kindeswohls. Das Gesetzeswerk stelle die bedeutendste Reform in der Geschichte Marokkos dar, sagt auch Prof. Mohammed Mouaqit von der Universität Casablanca, zugleich Mitautor einer vom FES-Büro Rabat in Auftrag gegebenen

Studie zum neuen Familienrecht (Moudawana), deren Ergebnisse auf der Veranstaltung in Bonn im November erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Bestimmte Trends ließen sich bereits erkennen. So gebe es zum Bei-

spiel deutlich mehr Scheidungsanträge von Frauen und die gesellschaftliche Akzeptanz sei inzwischen insgesamt sehr groß. Nach zunächst massiven Protesten von Islamisten konnte die Reform erst durch eine vom König eingesetzte Expertenkommission erfolgreich auf den Weg gebracht werden. Bettina Dennerlein vom Zentrum Moderner Orient hob die Bedeutung der Moudawana für den Prozess der Pluralisierung in Marokko hervor, bei dem Grenzen getestet und verschoben würden, ohne dass der institutionelle Rahmen in Frage gestellt werde. Die Reform sei Bestandteil der Öffnungsdynamik und zugleich ein Steuerungselement dieser Öffnung, mit dem der König den gesellschaftlichen Reformprozess neu ausgerichtet habe.

MAROKKANISCHER AUTOR LIEST IN BERLIN

Den Flüchtlingen ein Gesicht geben

Verzweifelte Flüchtlinge und Auswanderer, die versuchen, Europa zu erreichen: Fernsehaufnahmen dieser Tra-

gödie reihen sich ein in unsere alltägliche Informations- und Bilderflut. Mehr als 19.000 Menschen sind

allein zwischen Januar und Oktober 2006 an den Küsten der Kanarischen Inseln gestrandet. Wer sind diese

Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um die „Festung Europa“ zu erreichen? Woher kommen sie? Wo-

von träumen sie?
Tahar Ben Jelloun, der wohl bedeutendste Vertreter zeitgenössischer französischsprachiger Literatur des Maghreb, widmet sich in seinem im September 2006 in deutscher Sprache erschienenen Roman „Verlassen“ diesem Exodus unserer Zeit. Den Migranten aus Schwarzafrika oder dem Maghreb, die auf der nördlichen Seite des Mittelmeers meist nur als anonyme, illegale Einwanderer wahrgenommen werden, gibt er Gesicht, Namen und

Stimmen. Tahar Ben Jelloun verarbeitet gesellschaftliche Erstar-

Fixierung auf ein Europa, das wiederum allzu oft die Augen



An dem Podiumsgespräch nahm auch der Kameruner Flaubert Djateng teil, der Tahar Ben Jelloun zu einer seiner Romanfiguren inspiriert hat. (Foto: Liebe)

zung und Korruption, bedrückende Lebensverhältnisse und die Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation in Marokko mit ihrer

verschließt und sich abschottet.

Auch die Warnung vor Ideologie und Methoden der Islamisten, die aus all dem ihren Nut-

zen zu ziehen wissen, bildet im Buch einen zentralen Handlungsstrang. Islamismus bedrohe alle Gesellschaften, die in die Moderne wollten, so Tahar Ben Jelloun am 27. Oktober bei der FES in Berlin. Über 300 Gäste waren der Einladung zur Autorenlesung gefolgt, in deren Anschluss über die gesellschaftliche und politische Dimension der Migration diskutiert wurde.

AUDIOBEITRAG

www.fes.de/aktuell/documents/061027_Jelloun.pdf

SLOWAKEI

Menschenrechtsolympiade an Mittelschulen

In der Slowakei besteht eine langjährige Tradition von Wettbewerben für Mittelschüler in Schulfächern wie Mathematik, Chemie oder Fremdsprachen, die sich „Olympiaden“ nennen. Vor acht Jahren kam zu den bisherigen Fachrichtungen

aufgrund der Initiative von Prof. Miroslav Kussy, dem Begründer der modernen slowakischen Politologie, auch die „Olympiade der Menschenrechte“ hinzu. Sie soll das Verständnis für die Menschenrechte bei der jungen Generation verbessern. Die FES-

Bratislava unterstützte diese Menschenrechtsolympiade organisatorisch und finanziell sowie mit eigenen themenbezogenen Texten.

Im ersten Schritt besteht diese Olympiade aus einem landesweiten Test für Mittelschulen, an dem in diesem Jahr insgesamt über 2000 Schüler und Schülerinnen des 8. Jahrgangs teilgenommen haben. In den folgenden Bezirksrunden werden die jeweils acht Besten ihres Jahrgangs ausgewählt. In der End-

runde werden dann durch Essays und die Lösung von Fallbeispielen die Sieger ermittelt. Als Preise warten Studienaufenthalte und ein Sommercamp. Zentrales Thema waren Chancengleichheit und die Stellung der Frau in der Gesellschaft. Auch die Lehrer der Mittelschulen sind einbezogen, „denn“ – wie einer der Organisatoren der Olympiade meinte – „die Lehrer wissen teilweise weniger über die Menschenrechtsproblematik als die Schüler selber“.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Knapp 600 elegant gekleidete Jugendliche füllten am 15. November nicht nur das Konferenzzentrum der FES in Berlin, sondern auch noch die südafrikanische Botschaft und die Landesvertretung Bremen. Schüler/innen aus 18 Ländern und 72 Schulen trafen sich auf der Generalversammlung des Planspiels „**Berlin Model United Nations**“ (**BERMUN**). Unter dem Motto „Förderung des Friedens: Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und ethnischer Rivalität“ hatte die Berliner John-F.-Kennedy-Schule das Planspiel organisiert. Die Auftaktveranstaltung richtete das FES-Forum Politik und Gesellschaft aus. + + +

8. Treffen des deutsch-französischen Forums in Berlin

Energieabhängigkeit verhindern

— DIE KRISE DES EUROPÄISCHEN VERFASSUNGSPROZESSES und Wege, aus dieser Krise herauszukommen, standen im Mittelpunkt der Debatten beim 8. deutsch-französischen Forum am 20. und 21. Oktober in Berlin.

Übereinstimmend betonten die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Angelica Schwall-Düren und die französische Europa-Abgeordnete Catherine Guy-Quint den Mangel an Demokratie im europäischen Kontext, der im Gefolge des französischen und holländischen Nein im Verfassungsreferendum dazu geführt habe, dass „jeder sich in den nationalen Egoismus zurückflüchtet“. In diesem Kontext forderte FES-Vorstandsmitglied und Bundesministerin a.D. Christine Bergmann eine „interessierte und engagierte Beteiligung

der Zivilgesellschaft am europäischen Verfassungsprozess“ unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Dennoch gaben sich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion nicht mit dem traurigen Befund zufrieden: Das französische Nein sei nicht das Ende des Verfassungsprozesses, konstatierte Angelica Schwall-Düren; mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens am 1. Januar 2007 werden über zwei Drittel der EU-Mitgliedstaaten die Verfassung ratifiziert haben. Im zweiten Teil des Forums wurden die Per-

spektiven einer europäischen Energiepolitik diskutiert. Schnell war man sich über die anstehenden Schritte einig, um die drohende Energieknappheit und -abhängigkeit zu verhindern. Die Abgeordneten Reinhard Schultz und Jean-Yves Le Déaut plädierten nicht nur für intensives Energiesparen, sondern auch für die Förderung erneuerbarer Energien. Schultz sah auch vielversprechende Ansätze in einem „comeback“ der Kohle, die durchaus wieder konkurrenzfähig sei und die bei Einsatz entsprechender Technologien auch dem Klimaschutz Rechnung tragen würde. Unerwarteten Beistand für ihr Beharren auf der Atomenergie erhielt die französische Seite von Ulrich Freese, stellvertretender Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie. „Die Welt kommt um die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht herum“, sagte Freese.

Gleichzeitig plädierte er jedoch gegen eine einseitige Konzentration auf die Nuklearenergie; der deutsche Ansatz eines „ausgeprägten Energiemix“ sei die beste Lösung. Der öffentliche Teil des Forums wurde ergänzt durch zwei Arbeitsgruppen. Die erste Gruppe beriet unter Leitung des früheren Staatssekretärs Uwe Thomas über die europäische Forschungspolitik, wobei wenig Fortschritte in Richtung Verwirklichung der Lissabon-Strategie konstatiert wurden. Allgemeine Ernüchterung war auch in der zweiten Arbeitsgruppe über das wiedervereinigte Europa zu spüren. Während sich im Westen eine „Beitrittsmüdigkeit“ breit mache, entfalte sich im Osten eine „Transitonsmüdigkeit“. Dennoch wurde die Erweiterung als langfristig positiv bewertet, auch wenn sie kurzfristig destabilisierend wirken könne.

Was verbindet Europa?

Werte, Vertrauen und Solidarität standen im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz, die am 22. September in Brüssel stattfand. Das Europa-büro der FES hatte Teilnehmer aus den alten und neuen Mitgliedstaaten der EU sowie aus den Beitrittskandidatenländern in die „Bibliothèque Solvay“ eingeladen, um über die gemeinsame normative Basis in Europa zu diskutieren. Dabei wurde deutlich, dass eine Definition eines europäischen Wertekanons oder gar einer

europäischen Identität nicht möglich und auch nicht gewollt ist. Die prinzipielle Offen-

spreche einer solchen exklusiven Festlegung. Dem mangelnden Vertrauen der Bürgerin-



Eine engere Abstimmung über die Sozialpolitik in Europa, forderte die ehemalige französische Ministerin Elisabeth Guigou in Brüssel (re. der Leiter des Brüsseler FES-Büros, Ernst Stetter)

heit der zentralen politischen Werte in Europa – Menschenrechte, Demokratie und Solidarität – wider-

nen und Bürger in die Union, das zunehmend zu beobachten sei, müsse mit einer verstärkten Betonung

der europäischen Erfolgsbegegnung werden. Das schwindende Vertrauen sei auch darauf zurückzuführen, dass die Union die Liberalisierung der Märkte einseitig vorantreibe, ohne die soziale Ausgestaltung dieser Prozesse zu beeinflussen, so die ehemalige französische Ministerin Elisabeth Guigou. Die Antwort darauf könne zwar nicht in einer einheitlichen europäischen Sozialpolitik liegen, gefordert sei aber eine engere Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten.

Krisenprävention als Ziel der Sicherheitspolitik

Die Stärkung des strategischen Dialogs zur Zukunft der EU-Sicherheitspolitik ist eines der Ziele der neuen sicherheitspolitischen Gesprächsreihe der FES, des European Strategic Forum, dessen Auftaktveranstaltung am 14. September in Warschau stattfand.

Am Forum, das gemeinsam mit dem Polish Institute for International Affairs veran-

staltet wurde, nahmen Parlamentarier, Regierungsvertreter und Experten aus acht Mit-

gliedstaaten der Union sowie auch Vertreter der EU-Institutionen teil. Unter den Teilneh-



Wie kann eine „aktive Sicherheitspolitik“ der EU aussehen? Walter Kolbow, Helga Schmid und andere diskutierten diese Frage in Warschau. (Foto: M. Kolodziejczyk)

mern befanden sich u.a. Walter Kolbow, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Helga Schmid, Direktorin des Politischen Stabs von Javier Solana, Alain Richard, französischer Verteidigungsminister a.D., und Adam Rotfeld, polnischer Außenminister a.D.

Im Mittelpunkt der Debatte stand die Frage, wann, wo und wie sich

die EU sicherheitspolitisch engagieren sollte und wie das erklärte Ziel einer „aktiven Sicherheitspolitik“ der EU zu realisieren sei. Dabei wurde gleich zu Beginn deutlich, dass in den Mitgliedstaaten derzeit wenig politischer Wille für eine weitere Ausdehnung des sicherheitspolitischen Engagements

der EU vorhanden zu sein scheint. Manche Teilnehmer sahen die EU durch die derzeitigen Missionen bereits am Rand ihrer Kapazitäten, andere betonten eher den Mangel an klaren politischen Zielen und Prioritäten. Ein weiterer zentraler Punkt der Debatte war die Frage, wie präventive Strategien in der

europäischen Sicherheitspolitik realisiert werden können. Die EU agiere in der Sicherheitspolitik nach wie vor sehr „reaktiv“, denn es falle ihr schwer, ohne den akuten Druck einer Krise die Ressourcen der Mitgliedstaaten zu mobilisieren. Trotzdem waren sich alle Teilnehmer einig,

dass Prävention zentrales Ziel europäischer Sicherheitspolitik sein sollte. Die Europäische Sicherheitsstrategie stellt zweifelsohne einen Meilenstein dar, doch sie etabliert eher gemeinsame Werte als tatsächlich eine Strategie für das praktische Handeln vorzugeben.

Zwischen Skepsis und Optimismus

Die Europapolitik Gordon Browns

Wenige Monate vor der wahrscheinlichen Amtsübernahme des zukünftigen britischen Premierministers Gordon Brown beginnt allenthalben die Spekulation über seinen zukünftigen politischen Kurs. Man wisse alles über die Person Brown, so ein Beobachter, aber sehr wenig über seine Politik. Dies gilt zumal für die außenpolitischen Vorstellungen Browns, die selbst für enge Mitarbeiter ein „schwarzes Loch“ seien.

Bisher ist Gordon Brown eher durch europaskeptische Positionen und Entscheidungen aufgefallen und gleichzeitig bekannt für seine politische Orientierung Richtung USA. Was kann also Europa von einem Premier Gordon Brown erwarten?

Auf einer von der FES zusammen mit Chatham House Mitte Oktober in London organisierten Konferenz mit Teilnehmern aus Deutschland, Frankreich, Portugal, Ungarn und verschiedenen europäischen Botschaften in London konnte man auf diese Frage ein breites Spektrum von Antworten hören: von tiefer Skepsis bis hin zu vorsichtigem Optimismus. Es wird erwartet, dass auch unter Gordon Brown Großbritannien ein unumgänglicher und aktiver Gestalter der Zukunft Europas sein wird; die Frage ist nur, ob dieser Gestaltungswille mit dem anderer großer Länder in Übereinstimmung gebracht werden kann.

FES-VERANSTALTUNG ZUR INTEGRATIONSPOLITIK IN WESTEUROPA

Gesprächsverweigerung aufgeben

Alle westeuropäischen Gesellschaften haben mehr oder weniger große Probleme mit der Integration von Zuwanderern vor allem aus dem islamischen Kulturraum. Jahrelang wurden diese Probleme bagatellisiert, negiert oder ihre Benennung tabuisiert. Dies gilt auch und be-

sonders für die politische Linke, die aus

Angst vor wachsender Fremdenfeindlichkeit

die sachliche Diskussion offenkundiger Probleme jahrelang nicht wirklich vorangetrieben hat. Eine Veranstaltung in London, durchgeführt von der FES in Zusammenarbeit mit dem britischen Policy Network, versuchte nun Anfang Oktober die fällige Diskussion über

die integrationspolitischen Konzepte der europäischen Linken in Gang zu setzen. Man könne, so der innenpolitische Sprecher der SPD, Dieter Wiefelspütz, noch nicht einmal von einem Scheitern linker Konzepte zur Integrationspolitik sprechen; die Wahrheit sei, dass die Linke über lange Zeit gar keine Konzepte entwickelt habe. Erwartungsgemäß zeigten die Vorträge und Debatten ein breites Spektrum von Meinungen und Positionen, nicht nur zwischen den Teilnehmern aus

Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Schweden und den Niederlanden, sondern auch innerhalb der beteiligten Länder. Weitgehende Übereinstimmung war nur in der Frage nach der Schlüsselrolle von Schule und Erziehung zu erzielen; wie allerdings andere Probleme von Marginalisierung und Chancenungleichheit, von religiöser und kultureller Dissidenz, von Akzeptanz und Ablehnung der Normen der Gastgesellschaften gelöst werden können, war ebenso

umstritten wie die Frage nach den Hebeln und Anreizen für eine erfolgreiche Integrationspolitik. Insgesamt aber wurde klar, dass Segregations- und Radikalisierungstendenzen in den Randbereichen der Zuwanderergemeinschaften wachsenden politischen Bedenken in Teilen der Aufnahmegesellschaften gegenüberstehen, die sich langfristig gerade gegen die Parteien der linken Mitte richten könnten. In Großbritannien etwa, so ein Vertreter des Innenministeriums, zeigen alle

Umfragen eine wachsende Sorge der Bevölkerung um das Thema Zuwanderung; gleichzeitig werde die Lösungskompetenz in erster Linie der Konservativen Partei zugeschrieben. Um so dringlicher sei es deshalb, so René Cuperus von der holländischen Wiardi Beckman Stiftung, dass die linke Mitte in Europa endlich ihre „Gesprächsverweigerung“ zu diesem Thema aufbeuge und dem Thema die Relevanz zuweist, die es im wirklichen Leben schon lange hat.

WORKSHOP IN BUDAPEST

Zentraleuropa in der Beitrittskrise?

Die Septemberunruhen in Ungarn haben ein Schlaglicht auch auf die anderen zentraleuropäischen Neumitglieder der EU geworfen. In den vier Visegrad-Staaten sind zwei Phänomene sichtbar geworden: eine Zunahme der Instabilität, das heißt zunehmende Schwierigkeiten bei der Bildung haltbarer Regierungen, und ein höheres Gewicht extremer, illiberaler Stimmen an der Regierung (wie in Polen und der Slowakei), in der Opposition oder auf der Straße

(wie in Ungarn). Gleichzeitig unterliegen diesen Phänomenen dauerhafte Trends, die die Visegrad-Staaten deutlich von den westeuropäischen Staaten unterscheiden: Die Wahlbeteiligung ist niedrig und sinkt kontinuierlich, das Vertrauen in die Demokratie ist schwach und der Grad wirtschaftlicher Ausgrenzung, messbar eher an niedrigen Beschäftigungs- als an hohen Arbeitslosenquoten, ist hoch. In einem dreitägigen Workshop, den die FES vom 27. bis 29.

Oktober gemeinsam mit der Mihály-Tancsics-Stiftung in Budapest organisierte, präsentierte zentral- und westeuropäische Experten ihre Sicht der gegenwärtigen kritischen Entwicklungen, die auch als Symptome einer Beitrittskrise bewertet werden können – dies besonders vor dem Hintergrund des Beitritts dieser Länder zur Eurozone, wodurch zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien harte soziale Einschnitte verbunden sein werden. Wie lässt

sich die politische Stabilität bewahren oder wiederherstellen, wie lassen sich die erwähnten Trends umkehren, wenn sich die ohnehin eher mageren Sozialsysteme der Visegrad-Staaten nicht mehr finanzieren lassen? Zentraler Gegenstand der Diskussion war die Gefahr, dass Sozialpolitik durch nationale Identitätspolitik ersetzt werden könnte – womit sich die inneren wie äußeren Konflikte der neuen Mitgliedsstaaten verschärfen dürften.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FACHTAGUNG DER FES

Polen auf dem Weg zum Euro

Der geeignete Zeitpunkt für die Einführung des Euro in Polen ist im Lande selbst, aber auch in den alten



Wieviel Zeit braucht Polen, um sich vom Zloty zu verabschieden? (Foto: M. Robak/Fotolia)

Mitgliedsstaaten sehr umstritten. Hauptargument der Gegner einer schnellen Euro-Einführung ist die Be-

fürchtung, die erforderliche Eindämmung der Staatsschulden würde das Wirtschaftswachstum gefährden. „Realistisch ist jedoch der Zeitraum zwischen 2012 und 2015“, meint Marek Zuber, Wirtschaftsberater des ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten Marcinkiewicz. Zuber referierte auf einer Fachtagung der FES am 23. November in Köln.

Auf polnischer Seite wurde aus Wissenschaft und Politik die strikte Auslegung der

Konvergenzkriterien kritisiert. Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt waren sich aber einig, dass die Inflation das entscheidende Kriterium für die Euroreife Polens sei. Prof. Dr. Wolfgang Filc von der Universität Trier sieht drei wichtige Sofortmaßnahmen, um Polen schnellstmöglich in die Euro-Zone zu bringen: „Der Zloty muss um 25 Prozent abgewertet werden und Polen sofort dem EWS beitreten. Es darf keine erheblichen Kurschwankungen mehr

geben.“ Auch auf polnischer Seite werden die Vorteile des Euro gesehen. „Die Wirtschaft und Gesellschaft braucht jedoch ausreichend Zeit, um auf diesen Schritt vorbereitet zu werden“, betonte Dariusz Rosati, Mitglied des Europäischen Parlaments und früherer polnischer Außenminister. Dr. Wolfgang Merz aus dem Bundesfinanzministerium bewertet die Euroeinführung in Polen als durchweg positiv. Der Euro stärke die europäische Identität.

FES-EXPERTENRUNDE ANALYSIERT WAHLEN IN TSschechien, UNGARN UND DER SLOWAKEI

Die Schwierigkeiten der EU-Mitgliedschaft

„Quo vadis, neues Europa?“. Diese Frage diskutierten tschechische, slowakische und ungarische Experten in einem von den FES-Büros Prag und Budapest gemeinsam in Prag organisierten Seminar. Die höchst widersprüchlichen Wahlergebnisse in Ungarn, Tschechien und der Slowakei warfen die Frage nach den zukünftigen Machtverhältnissen auf. Zunächst wurde den

Staaten eine Art „Nach-Beitritts-Krise“ attestiert; der zufolge nach dem Beitritt zur EU neue politische Ziele fehlten. Die emphatische Rückkehr nach Europa wich einem neuen Realismus, der vor allem die finanziellen Vorteile der Mitgliedschaft in der EU betont. Eine europäische Idee sei hier nur noch schemenhaft erkennbar. Zwar würde dem nächsten Integrationsschritt – die Mit-

gliedschaft in der Eurozone – ein hoher symbolischer Wert beigemessen, die damit verbundenen erforderlichen wirtschaftlichen und sozialen Einschnitte verhinderten aber eine Thematisierung während der Wahlen. Kontrovers wurde auch das Verhältnis der drei Länder zueinander diskutiert. Die frühere Kooperation – wie etwa im Rahmen der Visegrad-Gruppe – ist auf wirt-

schaftlicher Ebene mittlerweile eher einem Konkurrenzverhalten gewichen. Heute buhlen diese Länder vor allem um ausländische Direktinvestitionen. Die Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn sind darüber hinaus von einer unerwarteten Dramatisierung von Minderheitenkonflikten überschattet, die von den Regierungen beider Länder populistisch instrumentalisiert wird.

Ungarn: Macht das Gesundheitssystem krank?

Mitte der siebziger Jahre war die durchschnittliche Lebenserwartung in Ungarn, Österreich, Japan und der damaligen Tschechoslowakei dieselbe. Seitdem ist sie in Japan um acht Jahre und in Österreich um ein Jahr gestiegen. In Tschechien und der Slowakei ist sie um ein und in Ungarn um sechs Jahre gesunken. In der Tat ist Ungarn heute das wohl einzige EU-Land mit sinkender Lebenserwartung.

Auf einer eintägigen Konferenz der FES in Budapest debattierten Ärzte, Sozialwissenschaftler und Beamte am 8. November über die Ursachen der niedrigen Lebenserwartung im Land. Sind soziale Faktoren verantwortlich, der Verlust sozialer Sicherheiten, die zu-

nehmende Ungleichheit und relative Deklassierung vieler Menschen? Sind die Ursachen beim hohen Alkohol- und Tabakkonsum, bei Fehlernährung und Tablettenmissbrauch zu suchen? Oder sind die Defizite eines ineffizienten und teuren Gesundheitssystems schuld, das den höchsten Medikamentenverbrauch in ganz Europa aufweist? Die Teilnehmer, zu denen auch zwei frühere Gesundheitsminister zählten, kamen zu dem Ergebnis, dass keine einzelne Determinante isoliert und als allein verantwortlich erklärt werden kann. Vielmehr müsste das komplexe System unterschiedlicher Variablen entwirrt werden.

Jugendarbeitslosigkeit – auch in Mittel- und Osteuropa ein Problem

Auch wenn in den neuen EU-Mitgliedsstaaten Mittel- und Osteuropas vor allem junge Arbeitskräfte gefragt sind, ist die Arbeitslosenquote unter jungen Menschen auch dort tendenziell hoch. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa stand Ende Oktober deshalb im Mittelpunkt einer Konferenz des Prager FES-Büros. Gewerkschaftsvertreter und Fachexperten aus acht Staaten verglichen Erfahrungen und politische Lösungsansätze. Die Veranstaltung ist Teil einer Konferenzserie, in der es darum geht,

nach Perspektiven des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells für Mittel- und Osteuropa zu suchen. Der Vorsitzende des Dachverbandes der tschechischen Gewerkschaften, Milan Štěch, erinnerte daran, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur aus finanzieller Perspektive betrachtet werden dürfe. Durch Senkung des Arbeitslosengeldes Druck auf die Arbeitssuchenden auszuüben, könne keine Lösung sein: „Die Peitsche allein reicht nicht“, so Štěch.

PARLAMENTARIER DISKUTIEREN EU-BEITRITTS-PERSPEKTIVEN SÜDOSTEUROPAS

Sichtbare Bemühungen erforderlich

Die Beitrittsperspektiven der Staaten Südosteuropas zur EU und der Beitrag der Parlamente zur Intensivierung regionaler Kooperation standen im Mittelpunkt der 8. Internationalen Parlamentarierkonferenz vom 2. bis zum 5. November in Kroatien. Mehr als 40 Parlamentarier aus acht Staaten Südosteuropas und Moldawien, dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen

Parlament sowie maßgebliche Experten waren im November 2006 der Einladung der FES nach Cavtat/Dubrovnik gefolgt. Zum Auftakt gab die kroatische Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration, Kolinda Grabar-Kitarovic, einen Überblick über den aktuellen Stand der Beitrittsverhandlungen Kroatiens zur EU. Kroatien ist derzeit das einzige Land

auf dem westlichen Balkan mit einer mittelfristig realistischen Beitrittsperspektive und könnte auf längere Sicht das vorläufig letzte neue Mitgliedsland sein. Die Europapolitikerin Angelica Schwall-Düren, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und der Vorsitzende der SPD-Gruppe in der SPE-Fraktion im Europaparlament, Bernhard Rapkay, wie-

sen aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf Chancen und Risiken eines dynamisierten Erweiterungsprozesses hin. Dabei betonten beide Politiker unisono die Notwendigkeit, die „Verfassungsdenkpause“ innerhalb der EU schnell zu überwinden. Parallel dazu müssten die Staaten in Südosteuropa sichtbare Bemühungen unternehmen, die von der EU gesetzten Standards zu erfüllen.

EuroVisions 2006

Viele Menschen in Europa haben den Eindruck, die Europäische Union sei ein riesiger Verwaltungsapparat, der den Menschen das Leben schwer macht. Insbesondere die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen zeichnet sich durch Unkenntnis europäischer Strukturen, Inhalte und Zielsetzungen aus.

Hier setzen die in Zusammenarbeit mit der FES veranstalteten „EuroVisions“-Seminare der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein in Werneuchen/Werftpfuhl an. Seit 2003 nehmen an diesen Seminaren Jugendliche und junge Erwachsene aus EU-Mitgliedstaaten und -Nachbarländern teil. EuroVisions 2006 befasste sich Ende September schwerpunktmäßig mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell (EWSM). Ziel des Seminars war die Qualifizierung und die Vernetzung von 17- bis 30-jährigen Multipli-

kator/-innen aus den neuen Mitgliedstaaten der EU sowie aus Bulgarien und Kroatien.

Die Jugendlichen näherten sich dem Thema in drei aufeinander aufbauenden Schritten:

Nach einer intensiven Vermittlung von Grundlagenwissen beschäftigten sich die jungen Multiplikator/-innen in einem Simulationsspiel aus unterschiedlichen Perspektiven mit Wünschen und Forderungen an ein EWSM. Schließlich wurden Instrumente vorgestellt, mit denen das EWSM in der Realität gestaltet wird. Am Schluss des Seminars stand eine Einführung in das praktische Handwerkszeug für die Konzeption und Durchführung von Kampagnen und es wurden bereits drei konkrete Kampagnen zu Bildung, Jugendarbeitslosigkeit und Geschlechtergerechtigkeit entwickelt.

DIE EU UND IHRE NEUEN NACHBARN

Dilemma des Erfolgs

Gegenüber den neuen östlichen und südöstlichen Nachbarn verfolgt die EU drei unterschiedliche Strategien: Allen Staaten Südosteuropas ist die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. Gegenüber den östlichen Nachbarn hat die EU eine spezielle Nachbarschaftspolitik entwi-

ckelt, ohne eine künftige Mitgliedschaft zu versprechen. Die Russische Föderation schließlich wurde zum Gegenstand einer „strategischen Partnerschaft“. Ein zweitägiger Workshop der FES am 12. und 13. Oktober mit ungarischen und deutschen Experten zeigte unter

anderem, wie sehr sich das Paradigma der EU-Außenbeziehungen nach der Osterweiterung veränderte: Anstelle der Schaffung einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitszone steht nun die Aufnahmefähigkeit der Union im Zentrum. Zugleich wurde deutlich, dass

eine Nachbarschaftspolitik ohne Mitgliedschaftsperspektive in ein „Erfolgsdilemma“ münden kann: Wie will die EU die Nichtaufnahme eines Landes begründen, wenn dieses „Erfolg“ hat, also nicht zuletzt dank der Nachbarschaftspolitik alle Aufnahmebedingungen erfüllt?

SERBIEN

Außenpolitik unter der Lupe

Serbien bleibt eine entscheidende Macht im westlichen Balkan. Anhand von Daten aus öffentlichen Informationsquellen (zwei Tageszeitungen und zwei Wochenzeitschriften) sowie aus staatlichen und parteiischen Websites wertet ein FES-

Projekt außenpolitische Aktionen aus. Das Projekt konzentrierte sich im Jahr 2006 auf die Politik gegenüber Kroatien, die eine Reihe positiver Entwicklungen verzeichnen konnte. Die Analyse wurde Anfang Oktober im Rahmen des Pro-

jektes „VREME Forum“ der FES und der gleichnamigen Wochenzeitschrift mit Abgeordneten des serbischen und kroatischen Parlaments, dem kroatischen Botschafter in Serbien und dem ehemaligen serbischen Botschafter in Kroati-

en diskutiert. Partner der Veranstaltung war auch die Europäische Bewegung in Serbien. Die Debatten bestätigten die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

www.fes.org.yu

Spagat zwischen Interessen und Werten

— DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND stehen im Zeichen vieler ungelöster Probleme und des Aufeinanderprallens verschiedener Interessen. Obwohl die EU Russlands wichtigster Außenhandelspartner und in ihrem Energieverbrauch sehr abhängig von Russland ist, wird die Beziehung von Disharmonie geprägt.

Aufgrund der Unterschiede in den Wertevorstellungen hat sich Kritik aus der EU in Richtung Russland verschärft. Im Mittelpunkt der Konferenz „EU-Russia Relations“, die von der FES-Warschau in Zusammenarbeit mit den beiden polnischen Instituten, The Polish Institute of International Affairs und Center for International Relations, sowie dem Brüsseler Centre for European Policy Studies mit Experten und Parlamentariern aus der EU, aus Russland und der Ukraine veranstaltet wurde, stand deshalb die Frage wie die gegenseitige Abhängigkeit in wirtschaftlichen Belangen und das Aufeinanderprallen ver-

schiedener Interessen und Wertevorstellungen in Einklang zu bringen sind.

Einigkeit herrschte darüber, dass aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeit die strategische Partnerschaft eine Notwendigkeit sei. Unbeantwortet sei jedoch bislang, inwieweit Wirtschafts- und Menschenrechtsfragen voneinander getrennt werden dürften. Können gemeinsame Interessen auch eine Entwicklung gemeinsamer Werte nach sich ziehen? Irina Kobrinskaya (IMEMO, Moskau) sprach von Russland als einem riesigen europäischen Land, dass zu Recht gleichberechtigte und partnerschaftliche Be-

ziehungen zur EU beanspruche. Das neue Selbstbewusstsein Russlands basiert vor allem auf seinem wirtschaftlichen Aufschwung. Gegensätzlich dazu verläuft der demokratische Transformationsprozess. Der ehemalige polnische Außenminister Adam D. Rotfeld ver-

merkte, dass sich die formale Demokratie im heutigen Russland zu einem Regime mit autoritären Zügen einer starken Zentralmacht entwickelt. Nach Meinung der Teilnehmer bilde sich erst langsam eine neue soziale Struktur einer bürgerlichen Gesellschaft heraus.

DIE ARBEIT DER FES IN RUSSLAND

Annäherung durch Dialog

Neue gesetzliche Regelungen für die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Russland ha-

ben in den letzten Monaten erneut Zweifel am Kurs des Landes in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Demokra-

tie aufkommen lassen. Dahinter steckt offenbar eine zunehmende Abwehrhaltung gegenüber westlichen Demo-

kratisierungsbestrebungen. Die im Gesetz vorgesehenen umfangreichen Informations- und Be-

richtspflichten und hohen bürokratischen Hürden erschweren die Arbeit von NRO erheblich und schränken so die Vereinigungsfreiheit ein. Das Gesetz stattet die Behörden mit weit reichenden Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der Zivilgesellschaft aus. Begründet wurde das neue Gesetz mit der Notwendigkeit, die Wehrhaftigkeit gegen die Feinde Russlands und somit die nationale Stabilität und Sicherheit durch mehr staatliche Kontrolle zu gewährleisten. Die Befürworter des Gesetzes wiesen dabei explizit auf die angeblich schädliche Einflussnahme bei den „farbigen Revolutionen“ in Georgien und der Ukraine durch ausländische NRO hin.

Eine jüngst von der FES in Auftrag gegebene Studie ergab, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil die größte Bedrohung für ihr Land im Bestreben westlicher Länder sieht, Russland zu schwächen.



Das FES-Büro Moskau unterstützt vertrauensbildende Dialoge zwischen westeuropäischen und russischen Entscheidungsträgern.

Vor diesem Hintergrund erscheint der vom Moskauer FES-Büro seit Jahren unterstützte vertrauensbildende Dialog zwischen europäischen und russischen Entscheidungsträgern

wichtiger denn je. So veranstaltet das Büro beispielsweise seit längerem gemeinsam mit der präsidentennahen Stiftung „Einheit für Russland“ den Gesprächskreis „Partnerschaft mit Russland in Europa“. Hochrangige

Politiker und Experten aus Russland und der Europäischen Union diskutieren darin unter anderem die Bedeutung der im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und

Russland festgelegten „gemeinsamen Werte“ – die Wahrung der demokratischen Grundsätze und die Achtung der grundlegenden Menschenrechte. Sensible Themen, wie die Frage, ob diese Werte tatsächlich die Grundlage der Innen- und Außenpolitik beider Vertragsparteien darstellen, können im Rahmen des Gesprächskreises vertraulich behandelt werden. Damit soll Schritt für Schritt das Vertrauen der politischen Elite Russlands gestärkt werden, dass Stabilität und Sicherheit auch durchaus mit einer unabhängigen Zivilgesellschaft und der vollen Gewährung der Freiheitsrechte vereinbar sind.

www.fesmos.ru/publikat_d04.html

JUGENDLICHE DISKUTIEREN MIT EXPERTEN

Die Ukraine gespalten in Ost und West?

Wenn sechzig Studenten und Schüler einen Tag lang mit deutschen und ukrainischen Experten zusammensitzen und über die Ukraine nachdenken, dann ist das keine alltägliche Begebenheit. Mit ihrer Konferenz „Jugend denkt Europa: Die Ukraine zwischen

Ost und West – Gegenwart und Zukunft der Beziehungen zu EU und Russland“ am 30. November in Berlin wollte die FES die Frage klären, ob die Ukraine, wie oft behauptet wird, in einen (pro-europäischen) westlichen und einen (pro-russischen) östli-



An sechs „runden Tischen“ kamen die Jugendlichen mit ukrainischen Experten ins Gespräch.

chen Teil gespalten ist. Der FES-Stipendiat Mirco Günther gab eine Einführung ins Thema, zu welcher ihn vor allem sein Buch „Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa“ qualifizierte, das die FES im September

2006 herausgebracht hat. Im Mittelpunkt der Konferenz stand das „Ukraine-Café“ – sechs Rundtische, an denen aus der Ukraine angereiste Experten mit Jugendlichen über eine Vielzahl verschiedener Themen disku-

tierten. Referenten wie Teilnehmer berichteten begeistert von der lebendigen Arbeitsatmosphäre, dem hohen inhaltlichen Diskussionsniveau und davon, dass es gelungen war, viele Stereotype bezüglich Ost und West

in ukrainischer Innen- und Außenpolitik aufzulösen. Partner der Konferenz war die Heinz-Schwarzkopf-Stiftung, vertreten durch deren Vorstandsmitglied Theo Koll, Moderator des ZDF-Magazins Frontal 21.

AUF DEM WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN ZENTRALASIEN-STRATEGIE

Transparenz nach allen Seiten

Deutschland hat im ersten Halbjahr 2007 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union inne. Neben vielen anderen Themen soll in dieser Zeit auch eine europäische Zentralasien-Strategie verabschiedet werden, die im Auswärtigen Amt erarbeitet wird. Verantwortlich dafür ist Staatsminister Gernot Erler, der gemeinsam mit dem EU-Sonderbotschafter für Zentralasien, Pierre Morel, auf den 15. deutsch-französischen Strategiegesprächen in Berlin am 25. und 26. Oktober die Konturen einer solchen Strategie umriss.

Die strategische Bedeutung Zentralasiens für Europa, so Erler, liege in der Energieversorgung, der Terrorismusbekämpfung und der Bedeutung der Region als Durch-

gangsstation für den internationalen Drogenhandel. Eine Zentralasien-Strategie müsse fünf Elemente umschließen: Kooperation im Sicherheitsbereich; regionale Zusammenarbeit; eine auf „good governance“ beruhende innerstaatliche Entwicklung; Wirtschafts- und Energiefragen; eine Bildungsinitiative gegenüber einer Bevölkerung, in der 50 % unter 26 Jahre alt sind, und schließlich neue Formen des politischen Dialogs. Erler betonte in diesem Zusammenhang, dass Russland die Zentralasien-Strategie nicht als anti-russische Initiative missverstehen dürfe. Deshalb sei es notwendig, eine Verbindung zwischen dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland und der Zentralasien-Strategie zu schaffen;

„Transparenz nach allen Seiten“ sei das Gebot der Stunde.

Pierre Morel gab zu bedenken, dass die regionale Integration eine „europäische Lieblingsidee“ sei die zent-

schiede zwischen den einzelnen Ländern berücksichtigt werden.

Gernot Erler plädierte abschließend dafür, eine „win-win-Situation“ herbeizuführen, zum Beispiel durch eine ge-



ralasiatischen Staaten aber nach Jahrhunderte langer fremder Dominanz zunächst nach nationaler Identität strebten. Deshalb müssten bei der Erarbeitung einer europäischen Zentralasien-Strategie die Unter-

meinsame Sicherung der Grenzen gegenüber Afghanistan, die sowohl im Interesse der zentralasiatischen Staaten als auch der Europäer liege.

VERANSTALTUNG DER FES ZU DEN KONGRESSWAHLN 2006

USA vor politischem Wechsel?

Auch in Deutschland gab es ein reges Interesse an den diesjährigen amerikanischen Zwischenwahlen – den Kongresswahlen im November – waren sie doch nicht nur ein Votum für Kongressabgeordnete und Gouverneure, sondern viel mehr ein Stimmungsbild für die Bush-Administration und ihre umstrittene Irakpolitik. Welche innenpolitischen Themen darü-

ber hinaus den Wahlkampf bestimmten und mit welchen Positionen die konkurrierenden Parteien in den Wahlkampf zogen, darüber diskutierten am 31. Oktober in der FES-Berlin Experten aus den USA mit dem Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Karsten D. Voigt. Zudem sollte beleuchtet werden, welche alternativen Konzepte und

Ideen die Demokraten der Politik der Bush-Administration entgegenzusetzen haben. Die Podiumsteilnehmer warnten einhellig vor überzogenen Erwartungen an die Demokratische Partei. Der Glaube, dass demokratische Abgeordnete europäische Interessen vertreten, sei weit verbreitet, jedoch ein Trugschluss. Karsten D. Voigt sah jedoch die Möglichkeit, dass

das neue Kräfteverhältnis in den USA den Europäern die Möglichkeit zu einem intensiveren Dialog eröffnet.

MEHR ZUM THEMA

FES-Analysen zur innenpolitischen Lage in den USA:

- Ulrich Speck: Die USA vor den Kongresswahlen: Die Heimatfront bröckelt, FES Länderanalyse, 2006
- Michael Czogalla: Vor den Zwischenwahlen in Amerika, Focus America 03/2006

UMWELTPOLITISCHER BERATER DES US-PRÄSIDENTEN IN BERLIN

Der Kritik gestellt

Umweltthemen spielen in politischen und gesellschaftlichen Debatten der USA bisher ei-



Betonte die gemeinsamen Interessen von Europäern und Amerikanern: James L. Connaughton.

ne eher geringe Rolle. Aber durch steigende Kraftstoffpreise und Naturkatastrophen werden jedoch Themen wie Energiesicherheit und Klimaschutz zunehmend wichtiger. Eine wach-

sende Sensibilität in Bezug auf diese Themen in den USA konstatierte auch James L. Connaughton, umweltpolitischer Berater des amerikanischen Präsidenten, bei einer Veranstaltung am 27. Oktober in Berlin. Dabei setzte er sich mit der europäischen Kritik an amerikanischer Klimapolitik auseinander und legte anhand des nationalen Energieplans dar, inwieweit sich die USA der Bekämpfung des Klimawandels verschrieben haben. Connaughton betonte die gemeinsamen Interessen von Europäern und Ameri-

kanern im Umweltschutz, machte jedoch auch deutlich, dass es unterschiedliche Vorstellungen zur Lösung der Probleme gibt. Einige der dargestellten Entwicklungen in den USA wurden zwar vom Publikum kritisch hinterfragt, am Ende blieb jedoch das Bild eines Landes, das sich

vielfältiger als in Deutschland normalerweise wahrgenommen wird, im Bereich Umweltschutz und gegen Klimawandel engagiert.

DIE REDE

www.usembassy.de/germany/connaughton_remarks_berlin.html

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Einen gründlichen Einblick in alles, was Europa-Politik bedeutet, erhielten zehn deutsche Journalistinnen und Journalisten vom 9. bis 13. Oktober im Rahmen eines einwöchigen **Brüssel-Programms der FES-JournalistenAkademie**. Im Vordergrund des seit sechs Jahren von der FES in Zusammenarbeit mit der SPE-Fraktion angebotenen Programms standen die Arbeit der Abgeordneten im Europa-Parlament, deren Öffentlichkeitsarbeit sowie die journalistische Recherche im Umfeld von EU-Parlament und EU-Kommission. Der dpa-Vertreter in Brüssel und die Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung informierten über ihre tägliche Arbeit und die Erfahrungen mit der EU-Politik. + + +

California Dreamin'

Dass man in Kalifornien nicht nur surfen und Filmstars treffen kann, haben die „Globalen Atlantiker“ im September dieses Jahres erfahren können. Auf Einladung der demokratischen Kongressabgeordneten Loretta Sanchez – selbst eine „Globale Atlantikerin“ der ersten Stunde – waren die Mitglieder des Netzwerks dieses Mal ausnahmsweise nicht in Berlin oder Washington, D. C. zusammengekommen, sondern in Loretta Sanchez' Wahlkreis in Südkalifornien. Die Abgeordneten, wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen und Politikberater, die sich im Netzwerk der „Globalen Atlantiker“ auf Initiative der FES vor drei Jahren zusammengeschlossen haben, treffen sich mindestens einmal jährlich, um außen-, sicherheits- und ent-

wicklungspolitische Themen zu diskutieren. Aus der Gruppe heraus haben sich bereits Arbeitsgruppen



Die Abgeordneten Ursula Moog und Michael Roth sowie Ex-MdB Dietmar Nietan mit Wahlkampfwerbeträger ihrer Gastgeberin Loretta Sanchez.

gebildet und es wurden Strategiepapiere in die politische Diskussion auf höchster Ebene eingebracht. Ein wichtiger Teil des Programms des bereits 5. Treffens war ein Workshop in Zusammenarbeit mit dem Institute on Global Conflict and Cooperation (IGCC) an der Universität in San Diego. Auf der Agenda standen dabei die Erfahrungen der Sechser-Gespräche

mit Nord-Korea, die nuklearen Bestrebungen des Iran sowie Instrumente für den Umgang mit internationa-

len Konflikten. Neben dem Workshop konnten sich die Teilnehmer/innen bei einem Besuch an der mexikanischen Grenze ein Bild von den Grenzverschärfungen machen. Eine Diskussion und anschließende Bootstour mit der Küstenwache im Hafen von Long Beach/LA machte wiederum die Sicherheitsprobleme beim internationalen Güter- und Personentransport

plastisch erfahrbar. Darüber hinaus lernte die Gruppe eine lokale Initiative verschiedener religiöser Gemeinschaften kennen, die versucht, das Miteinander und den Austausch von Christen, Muslimen und Juden friedlich zu gestalten. Schließlich gewährte die Kongressabgeordnete Loretta Sanchez am mexikanischen Unabhängigkeitstag Einblick in die verschiedenen „communities“ ihres Wahlkreises, der vor allem von Latinos und Vietnamesen geprägt ist. Insgesamt war das Programm in Südkalifornien für die „Globalen Atlantiker“ ein großer Erfolg, nicht zuletzt Dank der Gastfreundschaft von Loretta Sanchez, die sich mitten in der heißen Phase vor den amerikanischen Kongresswahlen viel Zeit für die Gruppe nahm.

UN-begreiflich?

„Was macht die UN im Mittleren Osten? Wie kann sie Entwicklungsländern helfen? Was haben die Anstrengungen um UN-

Reformen tatsächlich erreicht?“. An Fragen und Erwartungen mangelte es den fünfzehn Nachwuchspolitikern und -journalisten

nicht, die sich auf Einladung des New Yorker Büros der FES vom 6. bis zum 10. November am Hauptsitz der Vereinten Natio-

nen eingefunden hatten. Machte die UN in den letzten Jahren vor allem durch Negativschlagzeilen über In-

effizienz und Korruption auf sich aufmerksam, so bot die neue FES-Herbstakademie den Gästen die Möglichkeit, vor Ort den „Maschinenraum“ der Weltorganisation kennen zu lernen und sich so ihre eigene Meinung über die UN zu bilden. Einerseits gab es Diskussionen mit Mitarbeitern des UN-Sekretariats und mit UN-Diplomaten einen direkten Einblick in das Funktionieren der Weltorganisation im Wechselspiel mit ihren Mitgliedsstaaten. Andererseits konnten sich die Teilnehmer aber auch mit den Einschätzungen von un-

abhängigen Beobachtern in Forschungseinrichtungen, der Presse und von Nichtregierungsorganisationen vertraut machen. Deutlich wurde, dass



Insgesamt fünfzehn Nachwuchspolitiker/innen und -journalist/innen nutzten das Angebot der neuen FES-Herbstakademie in New York.

für viele der Teilnehmer die UN ein wichtiger Bezugspunkt in ihrer Arbeit daheim war. Zwar stammten sie

aus so unterschiedlichen Ländern wie Brasilien, Libanon, Irak, Myanmar und Kasachstan, doch fühlten sie sich alle direkt von der Funktionsfähigkeit

der UN betroffen – sei es durch UN-Friedensmissionen, Entwicklungsprogramme oder humanitäre Hilfe.

Wurde von vielen anfangs noch mit Ernüchterung zur Kenntnis genommen, dass die UN „keine Macht“ habe, so kamen die Seminarteilnehmer am Ende zu einer differenzierteren Einschätzung. Die UN als Akteur und Podium globaler Politik kann nur so gut sein wie ihre Mitgliedsstaaten es zulassen. Um die Arbeit der UN zu verbessern und zu nutzen, so die einhellige Meinung aller Beteiligten zum Abschluss dieser ereignisreichen Woche, bedarf es politischer Initiativen in den nationalen Parlamenten und Regierungen.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER MITTELMEERDIALOG IN AIX-EN-PROVENCE

Basteln am euro-mediterranen Projekt

Die Diagnosen fielen unterschiedlich aus: der Patient, in diesem Falle der Barcelona-Prozess, sei dem Sterben nahe, so die einen; die anderen diagnostizierten zwar erhebliche Krisensymptome, sahen den Patienten aber auf dem Wege der Besserung. Und um diesen Weg ging es beim deutsch-französischen Mittelmeerdialog im südfranzösischen Aix-en-Provence, an dem auf Einladung des Pariser

FES-Büros etwa 30 Wissenschaftler, Politiker, Diplomaten und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen teilnahmen. Anwesend waren Deutsche und Franzosen, aber auch Marokkaner, Algerier und Tunesier, denn ein Dialog über die euromediterrane Zusammenarbeit ist ohne Partner vom südlichen Mittelmeerrufer nicht denkbar. Ziel dieser gemeinsam mit dem französischen Mittelmeer-For-

schungsinstitut IRE-MAM konzipierten Veranstaltung war es, Vorschläge für eine Wiederbelebung der in den letzten Jahren ins Stocken geratenen Zusammenarbeit über das Mittelmeer hinweg auszuarbeiten. Die Palette der Vorschläge reichte von einem euromediterranen Jugendwerk über ein ERASMUS-Programm für Studenten und gemeinsame Sozialforen bis hin zu einem euro-mediterranen ARTE.

Vieles davon gibt es zumindest schon in Ansätzen. So berichtete Jürgen Eckl vom Deutschen Gewerkschaftsbund über das euromediterrane Gewerkschaftsforum, das mittlerweile 16 Gewerkschaften aus dem südlichen Mittelmeerraum umfasst. Nicolas Moll vom Deutsch-französischen Jugendwerk stellte das trilaterale Programm seiner Institution mit den Maghreb-Ländern vor. Die FES-Landesvertre-

ter in Marokko und Tunesien, Hajo Lanz und Lothar Witte, berichteten von Frauen- und Menschenrechts-Netzwerken über das Mittelmeer hinweg. Es gibt Kooperationsnetze von Wissenschaftlern und Universitäten sowie Partnerschaften zwischen Städten und Regionen. Das alles bedarf der Systematisierung und der lenkenden Hand. So wurde auf der Veranstaltung die Idee vorgetragen, ein politisches Sekretariat einzurichten, das diese Initiativen bündeln und unterstützen sollte. Als größtes Problem einer verstärkten Zu-

sammenarbeit wurden von den meisten Teilnehmern die politischen Hindernisse eingeschätzt. Zwei zentrale Probleme wurden identifiziert: 1. die ge-

genwärtigen autoritären Regime werden eine Kooperation der Zivilgesellschaften nicht zulassen; 2. die Euro-

päer werden aus Furcht vor weiteren Migrationswellen ihre Grenzen nicht weiter öffnen. Ohne Lösung der Migrationsfrage, so der Mittelmeerbe-

auftragte im französischen Außenministerium, Francois Gouyette, seien die Voraussetzungen für eine

weitergehende Zusammenarbeit aber denkbar schlecht. Als Lösung brachte Gouyette das Modell einer Art Marshall-Plan für Afrika ins Spiel, der durch wirtschaftliche Entwicklung die Ursachen für die Fluchtbewegung beseitigen sollte. Das wäre bestenfalls eine langfristige Perspektive, die jedoch kein Hindernis sein sollte, jetzt schon an die Umsetzung konkreter Projekte der euromediterranen Zusammenarbeit zu gehen. „Basteln am euromediterranen Projekt“, nannte es einer der Teilnehmer.

DELEGATION RELIGIÖSER POLITIKER AUS ISRAEL IN DEUTSCHLAND

Das Unbekannte entdecken

Ein Merkmal des besonderen Verhältnisses zwischen Israel und Deutschland ist das dichte Geflecht an Begegnungen beider Seiten: vom Jugendaustausch über Städtepartnerschaften bis hin zu intensiven Kontakten auf höchster politischer Ebene gibt es kaum einen Lebensbereich, der davon ausgeschlossen bleibt. Die Teilnahme von religiösen Juden an solchen zivilgesellschaftlichen Begegnungen

sind jedoch bislang die Ausnahme. Der religiöse Sektor spielt jedoch eine bedeutende Rolle in Israels Gesellschaft, Wirtschaft und Politik: So gab es seit Staatsgründung mit einer Ausnahme noch nie eine Regierung ohne religiöse Partei als Koalitionspartner, und auch an der aktuellen Regierung ist die orthodoxe Schass-Partei beteiligt. Auf dem internationalen Parkett hat diese Partei jedoch

sehr wenig Erfahrung. Umso erfreuter zeigte sich das FES-Büro in Israel, dass führende Politiker von Schass und der Nationalreligiösen Partei (NRP) Interesse an Kontakten nach Deutschland und deutschen Politikern anmeldeten. Nach intensiver Vorbereitung wurde schließlich im Zeitraum vom 22. bis 26. Oktober ein umfangreiches politisches Informations- und Arbeitsprogramm in Berlin durchgeführt.

Für vier der sechs israelischen Politiker war dies ihr erster Besuch in Deutschland, einem Land, das sie sich ganz anders vorgestellt hatten. Sprachen alle Teilnehmer noch vor dem Besuch von gewissen Berührungsängsten, so kehrten sie, nach eigenen Aussagen, optimistisch und voller Anerkennung für die moderne Bundesrepublik nach Israel zurück.

Wege aus der Krise?

Gangbare Wege aus der Krise in der Region suchte eine Internationale Nahostkonferenz am 21. und 22. November, die das Europabüro der FES in Brüssel in Zusammenarbeit mit den FES-Vertretungen in Israel und den Palästinensischen Gebieten organisiert hatte.

Damit sollten zum einen der Dialog zwischen israelischen und palästinensischen Vertretern wieder belebt und zum anderen die Rolle und die Fähigkeiten der Europäischen Union im Nahostkonflikt analysiert werden. „The roadmap was lost on the road“, stellte ein israelischer Teilnehmer fest. Nach dem Libanonkrieg im Sommer dieses Jahres und

den anhaltenden beidseitigen Übergriffen im Gazastreifen macht sich im Nahen Osten zunehmend Ratlosigkeit breit, wie der Friedensprozess wieder in



Workshopteilnehmer waren sich einig: Ohne Stabilisierung des gesamten Nahen Ostens kein Frieden zwischen Israel und Palästina.

Gang gebracht werden kann.

Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. Nasser Al Kidwa, ehemaliger Außenminister der Paläs-

tinensischen Behörde, und Ron Prosor, ehemaliger Generaldirektor im israelischen Außenministerium, stellten vor allem die Stabilisierung des ge-

samen Nahen Ostens in den Mittelpunkt ihrer Argumentation als Voraussetzung für Frieden zwischen Israel und Palästina. Weitere Teilnehmer waren Abgeordnete aus Israel und den Palästin-

sischen Gebieten, Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter der EU-Kommission und des EU-Rats. Alle Seiten sehen in der so genannten „Zwei-Staaten-Lösung“ den gangbaren Weg aus der Krise. Voraussetzung dafür ist die wirtschaftliche Stabilisierung der Region. Deutlich wurden die hohen Erwartungen, die beide Seiten an die EU haben.

Keine Einigkeit konnte in der Frage erzielt werden, ob die von Präsident Bush verkündete Road Map noch aktuell sei oder ob eine neue Strategie, etwa von den USA und von der EU vorgetragen, dem Friedensprozess eine neue Dynamik verleihen würde.

SZENARIEN FÜR JERUSALEM

Die Zukunft einer besonderen Stadt

Jerusalem ist vieles zugleich: Eine Stadt, die wie keine andere die Geschichte Europas und des Mittelmeerraums geprägt hat und im Mittelpunkt des Denkens dreier Weltreligionen steht. Eine Stadt, in der bedeutende Kon-

fliktlinien des Nahostkonflikts zusammenlaufen.

Über fünf Jahre haben sich israelische, palästinensische und deutsche Experten unter dem Dach des Jerusalem-Berlin-Forums (JBF) und mit Unterstützung der FES da-

rangemacht aufzuzeigen, wie Wege zu einer offenen, lebenswerten Stadt geebnet werden können. Dabei stand eine Gruppe von Fachleuten aus dem Ost- und dem Westteil Berlins den Jerusalemern mit ihrer Expertise aus bundesdeut-

scher Integrationspolitik und Vergangenheitsbewältigung zur Seite. Obwohl die Konflikte Jerusalems einzigartiger Natur sind, können geteilte oder ehemals geteilte Städte wie Berlin wertvolle Erfahrungen beisteuern.

Wie die Erinnerung an die Vergangenheit gelebt werden kann, veranschaulichte beispielsweise die Gedenkstätte Mauerpark an der Bernauer Straße. Die Jerusalemer Delegation besuchte außerdem die „Quartiersmütter“ im problembehafteten Berliner Stadtteil Neukölln. Die „Quartiersmütter“ sind meist türkische und arabische Frauen, die mit Informationsmaterial gepackt ausländische Familien bis zu zehn Mal besuchen und über Themen wie Schulsystem, Ernährung, Mediengebrauch, Umwelterziehung, Freizeitplanung, sexuelle Entwicklung usw. sprechen. Die Frauen berichteten von ihrem veränderten Lebensgefühl in Berlin – die Stadt sei

zu ihrer Stadt geworden, in der sie ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten können. Die Israelis und Palästinenser sahen in dem Projekt ein ermutigendes Beispiel für Jerusalem. Ihrer Meinung nach zeige es, dass Win-win-Situationen möglich seien.

Um Jerusalems Zukunft ging es im Rahmen der im Verlauf des Projektes erstellten Szenarien, die am 9. September im Rahmen einer Konferenz der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Das „worst case“-Szenario der „verbrannten Erde“ beschreibt einen Zustand der Kriminalität und Anarchie. Das Szenario der „belagerten Stadt“ ähnelt dem momentanen Zustand, die „binationale“ und

„hybride Stadt“ entspricht einer Art kalter Frieden. Eine der Bedingungen für das „best case“-Szenario der „Stadt der Brücken“, in welcher ein palästinensischer Bürgermeister denkbar ist und eine starke Zivilgesellschaft die Stadt

Der israelische Projektleiter Prof. Shlomo Hasson bezeichnete das Projekt als „vielleicht die Chance meines Lebens, meine Augen für das Leid und die Mühsal des anderen zu öffnen“. Dass Israelis und Palästinenser über einen so lan-



lebendig hält, ist die Aufgabe der kommunalpolitischen Boykotthaltung der Palästinenser.

gen Zeitraum miteinander sprechen, sich kennen lernen und versuchen zu verstehen, sei bemerkenswert.

*Welche Zukunft hat Jerusalem? Das Jerusalem-Berlin-Forum sucht nach Wegen zu einer offenen, lebenswerten Stadt.
(Foto: P.Fisher/Fotolia)*

FES + + + TELEGRAMM

+++ Wer kann die Entwicklungen im Nahen Osten beeinflussen? Die **Vortragsreihe „Middle East in Transition“** des Peres Center for Peace in Tel Aviv sucht in Kooperation mit der FES-Israel nach Antworten. Am 14. November beschäftigten sich Prof. Shlomo Ben-Ami, ehemaliger Außen- und Sicherheitsminister Israels, Dr. Mahdi Abdel Hadi, Direktor der Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs, und André Gärber, Leiter des Nahost-Referats der FES mit der Frage „Can the International Community Save Our Region?“ Da der Weg der bilateralen Verhandlungen gescheitert ist, sei die Rolle der Weltgemeinschaft in der Region nicht hoch genug einzuschätzen, so Shlomo Ben Ami. +++

+++ Über Strategien im **„Kampf gegen den Antisemitismus in Europa“** sprachen Prof. Gert Weisskirchen, MdB, und Wolfgang Ehrhart, Referent der SPD-Bundestagsfraktion für Außenpolitik, mit Knesset-Abgeordneten, mit israelischen Forschern und Experten im Rahmen eines Informations- und Beratungsprogramms, zu dem die FES-Vertretung in Israel Anfang November eingeladen hatte. Gert Weisskirchen berichtet in seiner Eigenschaft als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und als Vorsitzender des Ausschusses gegen den Antisemitismus. Mögliche Kooperationen zwischen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der Knesset wurden ins Auge gefasst. +++

Internationaler Workshop
in Genf über die Doha-
„Entwicklungsrunde“

Handelsliberalisierung aus Gewerkschaftssicht

— WELCHE AUSWIRKUNGEN HAT DIE HANDELSLIBERALISIERUNG von Industriegütern und Dienstleistungen auf die Entwicklungsländer? Sind sich die dortigen Gewerkschaften dieser Auswirkungen bewusst und wie können sie die laufenden WTO-Verhandlungen am effektivsten beeinflussen?

Diesen Fragen widmete sich vom 27. bis 29. September ein Workshop für Gewerkschaftsvertreter aus 20 Ländern, der in den Räumen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf stattfand und vom Genfer Büro der FES in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) sowie mit Unterstützung von GURN (Global Union Research Network) und Solidar organisiert wurde.

Angestrebt war es, die Kenntnisse in den Bereichen des Marktzu-

gangs für Industriegüter (NAMA – Non-Agricultural Market Access) und der Liberalisierung im Dienstleistungsbereich (GATS – General Agreement on Services) zu erweitern und exemplarisch die Konsequenzen für die Beschäftigungssituation und Entwicklungsperspektive einzelner Länder aufzuzeigen. Darüber hinaus sollten die Gewerkschafter dazu befähigt werden, erfolgreiche Strategien zu finden, um nationale Politikgestaltung effektiver beeinflussen zu können.

Krise in den multilateralen Handelsgesprächen

Fragen zur Zukunft der Welthandelsrunde und zu alternativen Szenarien, zur Legitimität der WTO bis hin zur Zukunft des Multilateralismus standen im Mittelpunkt des regionalen Dialogforums „WTO at Cross-Roads? – Experiences and Expectations around the Doha Agenda“, das von der FES-Singapur und der FES-Genf in Zusammenarbeit mit dem WTO-Sekretariat vom 30. bis 31. Oktober in Singapur ausgerichtet wurde.

Angesichts der Krise in den multilateralen Handelsgesprächen gewinnen bilateral und regional präferentielle Handelsabkommen an Bedeutung – vor allem in der asiatisch-pazifischen Region. Ein Wirtschaftsvertreter unterstrich deren Bedeutung: „Unternehmen können nicht jahrelang auf die Reform des multilateralen Handelssystems warten, deren Zustandekommen unsicher ist“.

Die Teilnehmer hatten auch Gelegenheit, mit den Verhandlungsführern aus den WTO-Verhandlungen einzelner Länder auf informeller Ebene zu diskutieren. Ein Verhandlungsführer warf den Gewerkschaften vor, ineffektive Strategien zu verfolgen: „Es ist völlig nutzlos, wenn Gewerkschaftsvertreter zwei Wochen vor dem WTO-Ministertreffen mit einer Liste von Forderungen an

mich herantreten. Zu diesem Zeitpunkt sind die Verhandlungen bereits gelaufen und es bestehen keine großen Einflussmöglichkeiten mehr.“

Die FES-Genf wird die Kooperation mit dem IGB fortführen und erarbeitet zurzeit ein Trainingskonzept für Gewerkschaften zum Thema „Handel und Entwicklung“.

KONTAKT

fes.geneva@econophone.ch

*Der Welthandel wächst und wächst. Die Folgen für die Entwicklungsperspektiven einzelner Länder beleuchtete ein Workshop für Gewerkschaftsvertreter in Genf.
(Foto: R. Baier/ Fotolia)*



Arbeitnehmerinteressen nicht außen vor

Das „Asia-Europe-Meeting“ (ASEM) ist ein informeller Dialog- und Kooperationsprozess zwischen den 25 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und 13 asiatischen Staaten. Alle zwei Jahre findet ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs abwechselnd in Europa und Asien statt. Zwischen diesen Gipfeltreffen gibt es zahlreiche weitere Treffen, bei denen spezielle Themen behandelt

werden. So trafen sich auf Einladung des deutschen Arbeitsministers Franz Müntefering Anfang September in Potsdam zum ersten Mal die Arbeitsminister aus den 39 ASEM-Mitgliedsländern, um über die soziale Dimension der Globalisierung zu beraten. Die FES half mit ihrer In- und Auslandsarbeit diesen ersten Dialog vorzubereiten. Bislang wurde der ASEM-Dialog von

wirtschafts- und handelspolitischen Fragen dominiert. In zahlreichen Veranstaltungen in Asien, aber auch in Berlin und Brüssel hat die FES soziale Fragen des bis dahin von wirtschafts- und handelspolitischen Fragen dominierten ASEM-Dialogs thematisiert. Gemeinsam vor allem mit ihren Partnern aus den Gewerkschaften trat sie immer wieder dafür ein, dass auch die Arbeitnehmerinteressen in den

Dialog einfließen. Neben dem Treffen der Wirtschaftsminister wurde deshalb auch ein Forum der Arbeitsminister installiert, das nach zehnjähriger Vorarbeit nun Anfang September in Potsdam seine Premiere fand. Die Abschlusserklärung der Konferenz sprach sich deutlich für die Einhaltung der grundlegenden Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation aus.

Plädoyer für eine europäische Mindestlohnpolitik

Sind die Einkommensunterschiede zwischen den Regionen in Europa die wesentliche Ursache für Arbeitslosigkeit? Und wie können diese Ungleichheiten reduziert werden? Diese Fragen diskutierten internationale Experten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft am 25. September auf der Konferenz im FES-Europabüro in Brüssel. Grundlage der Diskussion war eine Studie des amerikanischen

Professors James K. Galbraith, die er im Auftrag der FES erstellt hat. Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit plädiert Galbraith für eine langfristige Annäherung der Einkommen in den verschiedenen Regionen Europas bis zum 50. Jahrestag des Vertrags von Maastricht im Jahr 2042. Im Gegensatz zur weitverbreiteten Meinung ist Arbeitslosigkeit nicht die Folge zu hoher Löhne, sondern

vielmehr eine Konsequenz der starken regionalen Einkommensunterschiede. Die politischen Instrumente, die Galbraith zur Reduzierung der Einkommensunterschiede in der Europäischen Union vorschlägt, reichen von Regionalförderung über eine europäische Rentenvereinigung bis hin zur Einführung eines europäischen Mindestlohns. Die Konferenz bildete den Auftakt einer Veran-

staltungs- und Publikationsreihe der FES, bei der es darum gehen wird, Konzepte einer europäischen Mindestlohnpolitik zu erarbeiten. Die wesentlichen Schlussfolgerungen der Konferenz sind in dem Politik-Info „Plädoyer für eine europäische Mindestlohnpolitik“ zusammengefasst.

MEHR ZUM THEMA

[www.fes.de/
internationalepolitik](http://www.fes.de/internationalepolitik)

AFGHANISTAN: FÜNF JAHRE NACH DEM STURZ DER TALIBAN

Rückzug oder Offensive?

Steht Afghanistan auf der Kippe? Ist es vorstellbar, dass die Taliban an die Macht zurückkehren? Welche Erfahrungen sind bei der Demokratieförderung bislang gemacht worden, welche Notwendigkeiten ergeben

sich aus der veränderten Lage? Diese und andere Fragen standen im Zentrum eines

Fachgesprächs am 27. Oktober in Berlin. In der aktuellen Lagebeschreibung waren sich die Experten Antje Grawe, persönliche Referentin des UN-Sonderbeauftragten in Kabul, und Rolf Paasch, Landesvertreter der FES, in vielen Punkten einig: Nach ihrer Einschätzung hat sich das Konfliktszenario im Laufe der letzten Monate verschärft. In einem Teufelskreis aus fehlender Sicherheit und ökonomischem Mangel haben die Zweifel in der Bevölkerung am demokratischen Wiederaufbau zugenommen. Die Taliban haben, mit neuer Strategie, ihre Wirksamkeit in der Auseinandersetzung verstärkt, so dass in militärischen Kreisen von einer schlichten Formel die Rede ist: 10 % der Bevölkerung seien für die Taliban,

20 % gegen die Taliban und 70 % warten ab, wer sich durchsetzen wird.

Von einer Verstärkung des militärischen Engagements allein wird jedoch keine nachhaltige Verbesserung der Lage erwartet. Militärisch-zivile Kooperation sowie politische und entwicklungspolitische Interventionsmöglichkeiten müssten effektiver als bisher gestaltet werden und zu spürbaren Verbesserungen führen. Antje Grawe forderte ein Umdenken in der Afghanistan-Politik der internationalen Gemeinschaft und hob einige der bisherigen Schwächen hervor. Das afghanische Militär und die Polizei müssten gestärkt werden und im gesamten Land präsent sein. Staatliche Institutionen seien schwach und manchmal so ineff-

fizient und korrupt, dass sich die Bevölkerung wünscht, sie wären nicht vorhanden. Rechtsstaatlichkeit müsse gestärkt, die Justizreform schnell vorangebracht und entsprechende Institutionen auch auf lokaler Ebene präsent gemacht werden. Darüber hinaus sollte der Umgang der internationalen Gemeinschaft mit Pakistan auf den Prüfstand gestellt werden. Im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet finden die Taliban nicht nur Rückzugsräume, sondern erfahren nach wie vor vielfältigste Unterstützung. Dr. Uwe Stehr, außenpolitischer Berater der SPD-Bundestagsfraktion, wünscht sich, Afghanistan so zu stabilisieren, dass von dort zukünftig keine Bedrohung für den Westen ausgeht.

NEUE METHODEN DER POLITISCHEN WILLENSBILDUNG

Pakistan: Marktplatz der Demokratie

Große Teile der Bevölkerung Pakistans sind von der politischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Die herrschende Klasse trachtet in erster Linie

danach, eine Balance zwischen den verschiedenen einflussreichen Patronagenetzwerken herzustellen und den eigenen Nutzen zu maximieren.

Auch politische Parteien werden durch Mitglieder dieser Elite dominiert und orientieren sich eher an deren ökonomischen Interessen als an der Ent-

wicklung der Gesellschaft als Ganzes. Letztere ist darüber hinaus entlang ethnischer, religiöser und geografischer Grenzen tief gespalten. Der

mangelnde Einfluss auf die Ziele politischer Parteien zwingt die Bürger vielfach auf andere Mittel bis hin zur Gewalt zurückzugreifen, um die Aufmerksamkeit auf ihre Bedürfnisse zu lenken. Politische Parteien sind nur schwach in der pakistanischen Gesellschaft verwurzelt, genießen wenig Vertrauen und weisen starke Schwächen sowohl auf organisatorischer als auch inhaltlich-professioneller Ebene auf. Ein in acht Distrikten durchgeführtes Projekt der FES zielt darauf ab, Mitglieder und Funktionäre politischer Parteien auf

Distriktebene in die Lage zu versetzen, effektive Strukturen auf lokaler Ebene aufzubauen und sich einem konstruktiven Dialog



Politische Theatereinlagen und Sketche machen die Marktplätze der Demokratie auch zu attraktiven Orten der Unterhaltung.

mit anderen Parteien und den Wählern zu stellen. Es wird erwartet, dass Parteimitglieder und -funktionäre im Rahmen des Projekts ein besseres Ver-

ständnis ihrer Rolle als Interessenvertreter ihrer Wähler entwickeln. Längerfristig sollte ein konstruktiver Dialog zwischen den Parteien

zur Entstehung eindeutiger programmatischer Abgrenzungen führen. Neben einem intensiven Trainingsprogramm ist das zentrale

und abschließende Element des Projekts ein sogenannter Marktplatz der Demokratie, auf den sich alle diejenigen Parteien, die im Grundsatz demokratische Ziele verfolgen und sich vorab einem gemeinsamen Verhaltenskodex verpflichtet haben, eingeladen sind, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren und den Wählern Rede und Antwort zu stehen. Komplettiert wird das Arrangement durch politische Theatereinlagen und Sketche, die es insbesondere Analphabeten einfacher machen sollen, diskutierte Themen nachzuvollziehen.

Indien zwischen Tradition und Moderne

FES beteiligt sich an der Präsentation des Partnerlandes der Buchmesse

Nach 20 Jahren präsentierte sich Indien zum zweiten Mal als Gastland der Frankfurter Buchmesse und zeigte die zahlreichen Facetten seiner Kultur und Gesellschaft. Die FES beteiligte sich daran mit einer Serie von Veranstaltungen zum Thema Gender und Globalisierung.

Hohe wirtschaftliche Wachstumsraten stehen in Indien einer traditionsverhafteten Gesellschaft gegenüber, die von starker sozialer und geschlechtsspezifischer Ungleichheit geprägt ist. Gleichzeitig ist es das einzige Land der Welt, in welchem über eine Million Frauen über politischen Einfluss auf kommunaler Ebene verfügen. Die Chancen und Risiken, die der eingeschlagene Weg Indiens für indische Frauen bietet, waren Kern einer Podiumsdiskussion, bei der indische und deutsche Publizisten und Wissenschaftler/innen diskutierten. Diese Diskussion war begleitet von einer Ausstellung mit Postern der indischen Frauenbewegung, die der indische Verlag Zubaan und seine Gründerin Urvashi Butalia gesammelt und veröffentlicht haben. Die Poster geben einen eindrucksvollen Überblick über die wichtigsten Themen der

indischen Frauenbewegung seit den 70er Jahren und spiegeln gleichzeitig die Lebenssituation von Frauen und Mädchen wider. Die Sammlung wurde von der FES nach Deutschland geholt und im eigenen Haus in Berlin, im Frauenmuseum in Bonn, im Evangelischen Frauenbegegnungszentrum in Frankfurt sowie auf der Frankfurter Buchmesse ausgestellt.

Abgerundet wurde das Programm durch den Film „John & Jane“ von Ashim Ahluwalia, der am Beispiel des boomenden Dienstleistungssektors Indiens die sozialen Aspekte von Globalisierungsprozessen beleuchtet. Der Film porträtiert sechs junge Call-Center-Angestellte in Mumbai, die Anrufe von US-amerikanischen 1-800-Nummern entgegen nehmen und dabei tief in die amerikanische Kultur eintauchen. Die eindrucksvolle Darstellung der Schwierigkeiten der Protagonisten, virtuelle und reale Welt zu trennen und die persönliche Identität zu wahren, stieß im Forum „Film und TV“ der Buchmesse auf großes Interesse.

Aufarbeitung eines Traumas

In vielen Ländern leiden Menschen unter dem Trauma ihrer von Folter, Massenmord und Genozid geprägten jüngeren Vergangenheit. So wurden zwischen 1975 und 1978 in Kambodscha vermutlich 1,7 Millionen Menschen Opfer der ideologischen Exzesse unter der Schreckensherrschaft der Roten Khmer. Im Juli 2006 nahm das lang erwartete internationale Sondertribunal in Phnom Penh seine Ar-

beit auf, um die letzten noch lebenden ehemaligen Führer der Roten Khmer vor Gericht zu stellen. Dies nahm das Cambodian Institute for Cooperation and Peace (CICP), ein langjähriger Partner der FES, zum Anlass, eine öffentliche Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen der juristischen, moralischen und gesellschaftlichen Vergangenheitsbewältigung zu führen. Zeitzeugen und Experten aus Sierra Leone,

Ruanda und Osttimor tauschten ihre Erfahrungen mit dem überwiegend jüngeren kambodschanischen Publikum aus. Die mitunter sehr emotionalen Redebeiträge brachten zutage, dass Kambodscha immer noch unter den Erlebnissen jener Zeit leidet. Ein Teil der älteren Generation, die das Grauen überlebt hat, sucht vergeblich Gerechtigkeit. Ein anderer Teil will sich nicht mehr an die Ver-

gangenheit erinnern. Nach Einschätzung eines Konferenzteilnehmers und Psychologen leidet über die Hälfte der Kambodschaner unter posttraumatischen Störungen und Depressionen, die er u.a. verantwortlich macht für das hohe individuelle Gewaltpotential, den Drogenmissbrauch und die Apathie in der heutigen kambodschanischen Gesellschaft.



Trotz der geographischen und kulturellen Nähe Thailands zu Kambodscha wissen viele Thais nur sehr wenig über ihr Nachbarland. Besonders die Schreckensherrschaft unter Pol Pot und den roten Khmer sowie Thailands Verwicklung darin wurden in der thailändischen Gesellschaft so gut wie nie thematisiert. Einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung sollte deshalb eine Kooperationsveranstaltung der FES Thailand und des FES-Projekts Kambodscha leisten. Zu diesem Zweck wurde die Ausstellung „Journey through the Night“ des Kambodschaprojekts, die den grausamen Völkermord unter dem Khmer Rouge Regime von 1975 bis 1979 dokumentiert, nach Thailand geholt.

Indonesien: Erziehung zum Islamisten?

Sutanto ist der dritte Sohn einer sechsköpfigen Kinderschar. Er sitzt mit 50 anderen Jungen auf dem Boden einer Koranschule in der javanischen Stadt Solo. Seine Eltern hätten Sutanto lieber auf eine staatliche Schule geschickt, da die Ausbildung dort besser ist, jedoch reichte der Rikschakafahrer-Lohn seines Vaters nicht aus, das Schulgeld aufzubringen. Die Koranschule ist hingegen kostenfrei und somit Sutantos einzige Chance, lesen und schreiben zu lernen. Etwa drei Millionen Schüler werden in Indonesien an über 17.000 Koranschulen (Pesantren) unterrichtet. Zwar ist dort nach wie vor ein moderater Islam vorherrschend, jedoch haben radikal-islamische Kräfte

in den letzten Jahren erheblichen Zulauf erhalten. Dafür wird die zunehmende Anzahl von Pesantren verantwortlich gemacht, an denen Schüler von fanatischen islamistischen Geistlichen indoktriniert werden. Ist der in Indonesien traditionell so tolerante und friedliche Islam in Gefahr? Steht zu befürchten, dass sich das Land in den Pesantren Tausende radikal-islamische Fundamentalisten heranzieht? Die Publikation „Islamic Education in South and Southeast Asia“, herausgegeben vom FES-Büro Jakarta, sucht Antworten auf diese Fragen. In Indonesien wurde die Publikation im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert, wobei es zu kontroversen Debatten mit Vertretern lokaler Koranschulen kam. Die Publikation ist Teil eines längerfristig angelegten Projekts der FES, dessen Ziel es ist, der Radikalisierung an indonesischen Pesantren entgegenzuwirken.

Prävention vor Intervention

Wie können künftig Völkermorde wie in Ruanda oder Darfur verhindert werden? Welche Möglichkeiten hat die internationale Gemeinschaft, die Zivilbevölkerung vor Menschenrechtsverletzungen schlimmster Ausprägung zu schützen? Mit einem internationalen Fachgespräch zu „Responsibility to Protect: Perspectives of the South and the North“ widmeten sich am 17. Oktober das Referat Entwicklungspolitik und die Gruppe Friedensentwicklung (Fri-Ent), ein Zusammenschluss staatlicher und nichtstaatlicher EZ- und Friedensorganisationen, dem Konzept

der „Verantwortung zum Schutz“. Dieses Konzept geht auf eine Initiative der kanadischen Regierung zurück, die die „International Commission on Intervention and State Sovereignty“ (ICISS) ins Leben rief. Erst mit der formalen Verankerung des Konzepts im Abschlussbericht des UN-Weltgipfels im September 2005 und der Referenz in der UN-Resolution 1674 „Protection of civilians in armed conflict“ vom April 2006 sowie in der Auseinandersetzung mit der Darfur-Krise hat die Debatte um „Responsibility to Protect“ (R2P) neue Impulse erhalten.

Gemäß R2P geht die Verpflichtung zum Schutz auf die internationale Gemeinschaft über, falls ein Staat nicht willens oder in der Lage ist, seine Bürger vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Ziel des Fachgesprächs war es, den ganzheitlichen Charakter von „Responsibility to Protect“ zu diskutieren und den Schwerpunkt auf den Aspekt der Prävention zu legen. Gerade in der Verbindung von Prävention, Reaktion und Wiederaufbau sowie der Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Akteure, sich auf R2P

zu berufen und somit bereits etablierte Strukturen zu unterstützen, liegt das eigentlich Neue dieses Ansatzes.

DIE NATO UND DER SÜDEN

Eine Beziehung mit Gesprächsbedarf

„Die NATO ist eine anachronistische Organisation und gehört abgeschafft!“. So spitzte Adekeye Adebajo vom Centre for Conflict Resolution in Kapstadt die Vorbehalte zu, die dem nordatlantischen Bündnis in zahlreichen Ländern des Südens entgegengebracht werden. Die sicherheitspolitischen Bezie-

hungen zwischen der NATO und Ländern des Südens standen im Zentrum einer von der FES am 16. November im Vorfeld des Rigaer NATO-Gipfels durchgeführten Fachtagung in Berlin. Die unterschiedliche Sicht auf die NATO und ihre Aktivitäten zog sich wie ein roter Faden durch die Ver-

anstaltung mit Vertretern des Bündnisses, der Afrikanischen Union (AU) und der EU sowie Regierungsvertretern, Fachleuten und Wissenschaftlern aus Deutschland. Der Dialog mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens hat sich laut Carlo Masala von der NATO Defence Academy seit 1994

vertieft und ausgeweitet. Diese Kooperation umfasse praktische Zusammenarbeit und ermögliche den direkten Austausch zwischen Militärs. „Der Dialog ist eine Einbahnstraße“, entgegnete jedoch General a.D. Ahmed Abdel Halim aus Ägypten.

Beziehungen zwischen
Europa und Afrika

Herausforderungen gemeinsam meistern!

— DIE EUROPÄISCHE AFRIKASTRATEGIE VOM DEZEMBER 2005 betont den Willen, sich für nachhaltige Entwicklung, Frieden, Sicherheit und gute Regierungsführung in Afrika einzusetzen. Im November 2006 berief Louis Michel, der EU-Kommissar für Entwicklung, zum ersten Mal zu den Europäischen Entwicklungstagen nach Brüssel ein.



Pressekonferenz mit ehemaligen afrikanischen Präsidenten (v.l.n.r.): Pierre Buyoya, Burundi; Karl Auguste Offmann, Mauritius; Sir Q. Ketumile Masire, Botswana; Ernst Stetter FES Brüssel; Nicéphore D. Soglo, Benin und Aristides Maria Pereira, Kap Verde

Das FES-Europabüro Brüssel organisierte in diesem Rahmen am 16. November eine Konferenz mit ehemaligen demokratisch gewählten Präsidenten aus Afrika und Experten aus Europa und den USA. Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit mit der Boston University, dem Africa Forum (Johannesburg), der Fondation Jean Jaurès (Paris) und den Friends of Europe (Brüssel) durchgeführt. Herausragende Teilnehmer aus Afrika waren: Abdou Diouf aus Senegal, der 20 Jahre Präsident war und heute Generalsekretär der Francophonie ist; Nicéphore D. Soglo aus

Benin, der 1991 einen zerrütteten Staat übernahm, demokratisch aus dem Amt schied und nun die Hauptstadt als Bürgermeister verwaltet; Sir Q. Ketumile J. Masire aus Botswana, der von 1980 bis 1998 für vier Amtszeiten gewählt wurde; Aristides Maria Pereira aus Kap Verde, der während seiner Amtszeit von 1975 bis 1992 sein Land in eine stabile Demokratie führte; Karl Auguste Offmann aus Mauritius, mit weiterhin hohem politischem Einfluss als moralische Instanz der Korruptionsbekämpfung; Pierre Buyoya aus Burundi, der wesentlich dazu beitrug,

die Konflikte in seinem Land zu beruhigen. Diese und andere ehemaligen Präsidenten Afrikas haben sich im „Africa Forum“ zusammengeschlossen, um mit ihren Erfahrungen andere Staaten bei der Demokratisierung und der Konfliktlösung zu unterstützen. Als erster Redner überzeugte Abdou Diouf mit seiner Analyse der Transformationsprozesse in afrikanischen Staaten. Gerade in Übergangs- und Konsolidierungsperioden von Staaten hin zu einer guten Regierungsführung sei das Funktionieren der Justiz und der Polizei entscheidend. Karin Kortmann, parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, betonte den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und guter Regierungsführung. Als ein Mittel der internationalen Gemeinschaft sieht sie das Instrument der Budgethilfe an. Dabei sei es aber unerlässlich, dass

Korruption unterbunden wird. Der Exekutivdirektor der Weltbank, Eckhard Deutscher, stellte den „Africa Action Plan“ vor. Dieser fördere den Aufbau von funktionsfähigen Staaten, die Unterstützung des Privatsektors sowie die Verbesserung der Partnerschaft zwischen Regierungen, Geberländern und Entwicklungsagenturen. Dabei sieht auch die Weltbank die Bekämpfung der Korruption als wichtigen Bestandteil ihrer Strategie an. Die neue Rolle Chinas in Afrika wurde in der Debatte immer wieder aufgegriffen. Karl Offmann, ehemaliger Präsident Mauritius’ unterstrich, dass Europa nicht den Anschluss verlieren dürfe. Zwar sei China innerhalb kürzester Zeit ein gefragter wirtschaftlicher Partner geworden, aber viele junge Politiker in Afrika orientierten sich hinsichtlich des politischen Systems weiterhin an Europa.

International anerkannt – in Afrika umstritten

Außenpolitisch sieht sich Südafrika zuerst als Repräsentant Afrikas, dann als Repräsentant eines globalen Südens und schließlich als Mittelmacht, die um Einfluss auf internationaler Ebene bemüht ist. Von anderen afrikanischen Ländern wird Südafrika allerdings mit Skepsis betrachtet. Das Land tre-

te außenpolitisch auf, so einzelne Stimmen, als hätte es ein Alleinvertretungsrecht für Afrika. Innerhalb des Kontinents fürchtet man die wirtschaftliche und politische Dominanz des Kapstaates. Gäste aus Wissenschaft, Medien, Regierung und Zivilgesellschaft diskutierten daher auf einem

Workshop, den die FES-Südafrika mit dem Centre for Policy Studies (CPS) am 11. Oktober in Johannesburg veranstaltete, die außenpolitische Rolle Südafrikas. Grundlage des Workshops war ein Diskussionspapier von Chris Lands, Direktor des CPS und Professor an der Universität Johannesburg.

Die Veranstaltung fand im Rahmen des internationalen FES-Thementeams „New Powers of Global Change?“ statt, in dem der mögliche Beitrag verschiedener Regionalmächte zur Verschiebung der globalen Machtverhältnisse analysiert wird.

MEHR ZUM THEMA
www.fes.de/globalization

CHINAS UND INDIENS NEUE BEDEUTUNG FÜR AFRIKA

Mehr Chancen als Risiken

„Der Aufstieg Chinas und Indiens: Was hat Afrika davon?“ war die Leitfrage einer Podiumsdiskussion in Windhoek, die die FES-Vertretung in Namibia am 1. November im Vorfeld des dritten chinesisch-afrikanischen Kooperationsforums veranstaltete. Eingeladen waren Andrea Goldstein vom OECD-Entwicklungszentrum in Paris und Ko-Autor einer neuen und vielbeachteten OECD-Studie, deren Titel der Veranstaltung den Namen gab, Robin Sherbourne, ein lokaler Ökonom und Wirtschaftsjournalist sowie die stellvertretenden bzw. amtierenden Bot-

schafter Chinas und Indiens in Namibia. Das massive Auftreten Chinas und zunehmend auch Indiens stellt nach dem Eindruck vieler Beobachter die wichtigste und dramatischste Entwicklung in Afrika seit Ende des Kalten Krieges dar. Die Diskussion ging deshalb der Frage

nach, welche Chancen und Risiken hieraus für die Entwicklung der afrikanischen Staaten im Allgemeinen und Namibia im Besonderen erwachsen. Als potentielle Gefahren wurden die Zementierung der traditionellen Rolle Afrikas in der Weltwirtschaft als Rohstofflieferant,

die Auswirkungen der asiatischen Billigkonkurrenz für die Leichtindustrie in Afrika und der Einfluss auf Regierungs-, Menschenrechts-, Arbeits- und Umweltstandards identifiziert. Auf der Habenseite stehen der ausgelöste Rohstoffboom, wachsende Investitionen, aber auch gestiegene Realeinkommen und billige Importwaren aus Asien, die ärmeren Bevölkerungsschichten Zugang zu langlebigen Konsumgütern ermöglichen. Per saldo, so das Fazit der Redner wie der Stimmen aus dem Publikum, überwiegen die Chancen die Risiken bei weitem.

25 JAHRE AIDS

Stigmatisierung bedroht die zweite Generation

„Eines der größten Hindernisse beim Kampf gegen AIDS ist das Stigma, mit dem HIV-infizierte Menschen und ihre Kinder gebrandmarkt werden. Das Stigma grenzt sie aus, lässt sie verstummen und raubt uns so den einzig wirk-samen Impfstoff gegen AIDS, das Wissen da-rüber, wie man sich schützen kann“, sagte die Vorsitzende von UNICEF-Deutschland, Heide Simonis, in der Eröffnungsrede einer internationalen Konfe-renz von FES und UNI-CEF am 10. Oktober in



Neben Heide Simonis und Heidemarie Wiczorek-Zeul nahmen u.a. auch Vertreter afrikanischer Staaten an der Konferenz teil.

Berlin. In einigen Län- dern ist AIDS schon die Todesursache Nr.1 für Kinder. Weltweit sind 15 Millionen Wai- sen Stigmatisierung und Diskriminierung ausgeliefert. Höchs- tens fünf Prozent er-

halten eine staatliche Unterstützung, weni- ger als zehn Prozent der HIV-infizierten Kinder erhalten die Medikamente, die sie zum Überleben brau- chen. Deshalb wurde die Bundesministerin

für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit, Heide- marie Wiczorek-Zeul, gebeten, sich auf dem nächsten G-8-Gipfel für eine Erhöhung der Mittel zur AIDS-Be- kämpfung einzusetzen. Sie versicherte, dass die Bundesregierung zu ihrer Zusage einer Aufstockung von Mit- teln stehe. Der Ge- sundheitsminister von Namibia, Dr. Richard Kamwi, schilderte ei- nige erfolgreiche An- sätze seiner Regierung zur Aufklärung, die zu einer Senkung der An- steckungsrate in sei- nem Land geführt hat.

Südafrika: FES unterstützt Sicherheitskonzepte

In Südafrika wird über die nächste Fußball-Weltmeis- terschaft diskutiert als würde das Eröffnungsspiel schon morgen angepiffen. Die Öffentlichkeit des Lan- des sieht dem Weltereignis, das im Jahre 2010 zum ersten Mal auf dem afrikanischen Kontinent stattfin- den wird, mit einer Mischung aus Skepsis und Stolz entgegen. Die größten Bedenken verursacht die man- gelnde Sicherheit im Lande. Zwar geht die Zahl der Gewaltverbrechen seit Jahren zurück, doch sind die absoluten Zahlen noch immer erschreckend hoch. Gemeinsam mit der FES-Arbeitsgruppe Kommunal- politik organisierte das Johannesburger FES-Büro in diesem Zusammenhang eine Informationsreise des Ministers für Sicherheit der Gauteng-Provinz, Firoz Cachalia, nach Deutschland. Im September 2006 führten der Minister und seine Delegation Gespräche mit Vertretern der Stadtverwaltung, Polizei, des In- nenministeriums, Fußballvereinen und Fanvertre- tern in Dortmund und Berlin. Die südafrikanischen Gäste zeigten sich beeindruckt von der Offenheit und

Bereitschaft der deutschen Gesprächspartner, Infor- mationen und Unterlagen bereitzustellen. Das Pro- gramm wurde gemeinsam mit der Organisation „Ein Dach für Freunde“ durchgeführt, die während der Weltmeisterschaft 2006 zusammen mit der FES in- tensiv im Bereich der Fanbetreuung gearbeitet hatte. Um die Sicherheit in der Provinz Gauteng, in der sich auch die beiden Großstädte Johannesburg und Pre- toria befinden, auch unabhängig von der Fussball- WM zu verbessern, unterstützte das FES-Büro Johan- nesburg ebenfalls im September eine Konferenz, die zur verstärkten Mobilisierung der Bevölkerung gegen Kriminalität beitragen sollte. Der Minister für Sicher- heit ermutigte die Vertreter lokaler Jugend- und Frau- enorganisationen, Gewerkschaften, Vereine sowie sonstiger Gemeindeorganisationen, sich stärker ge- gen Kriminalität zu engagieren und dabei mit der Po- lizei zusammenzuarbeiten. Trotz aller kreativer An- sätze wird das Problem der Kriminalität Südafrika wohl weit über die Flussball-WM 2010 hinaus be- schäftigen. Eine Lösung ist wohl nur dann in Aussicht, wenn wirkungsvoll die Probleme der Arbeitslosigkeit sowie der enormen gesellschaftlichen Ungleichheit angegangen werden.

Eine starke Stimme des Südens

Südafrika, Brasilien und Indien stehen zusammen nicht nur für mehr als 1,5 Milliarden Menschen, sondern sie spielen auch eine immer wichtigere Rolle in der internationalen Politik. Das Johannesburg FES-Büro lud daher am 30. November gemeinsam mit dem Centre for Policy Studies (CPS) zu einer Diskussionsveranstaltung über das gemeinsame Forum der drei Staaten. Brasília, Delhi und Pretoria waren daran beteiligt, die Verhand-

lungen der letzten Welthandelsrunde scheitern zu lassen, weil ihnen die Zugeständnisse der Industrieländer bei der Öffnung der Märkte, dem Abbau von Agrarsubventionen und nicht-tarifären Handelshemmnissen nicht weit genug gegangen waren. Indien, Brasilien und Südafrika, kurz IBSA, gehören außerdem zu den Motoren einer Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die drei Staaten fordern je einen permanenten

Sitz in dem Gremium. Der für das Forum zuständige Vertreter des südafrikanischen Außenministeriums beschrieb die tatkräftige Zusammenarbeit der Präsidenten der drei Staaten: in nur zwei Jahren wurden bereits fünf gemeinsame Vereinbarungen getroffen und Aktionsprogramme entwickelt. Zum Ausbau der Süd-Süd-Beziehungen und zur Kräftigung ihrer Stimme in der Welt wollen die Staaten ihre Zusammenarbeit in der Landwirtschaft, beim

maritimen Transport und beim Technologietransfer, in der Informationstechnologie und schließlich beim Handel deutlich ausbauen. Während der Runde im Johannesburg FES-Büro gaben auch die Repräsentanten Indiens und Brasiliens interessante Einblicke in die Politik ihrer Staaten.



Im Rahmen seiner Reise in Berlins Partnerstadt Windhoek besuchte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit am 28. November auch das Büro der FES in Namibia. Er traf dort mit Vertretern der namibischen Jugend-, Frauen-, Menschenrechtsorganisationen, der Kirchen, von Obdachlosen und Slumbewohnern, gewerkschaftlichen Einrichtungen sowie einer Einrichtung zur Rehabilitation von Strafgefangenen zusammen.

ECUADOR: REGIONALE INTEGRATIONSBEMÜHUNGEN

„Energie“ als Katalysator

Am 26. November 2006 wählten die Ecuadorianer einen neuen Präsidenten. Der Wahlsieger eines Bündnisses linker politischer Gruppen heißt Rafael Correa. Ein Kernstück seiner zukünftigen Politik soll die Stärkung der Integrationsbemühungen südamerikanischer Länder sein. Der Faktor „Energie“ wird mehr und mehr als wichtiges Mittel zur Förderung von regional- oder geopolitischen Interessen

wahrgenommen. Erdöl ist Ecuadors Hauptexportgut. Zwar wurde das Land in den letzten beiden Jahren vom steigenden Ölpreis begünstigt, jedoch verteuerte sich auch die Wiedereinfuhr von Benzin und Diesel. Man hatte es versäumt, eigene Raffinerien zu bauen. Die drohende Erschöpfung der Erdölreserven vor Augen, will Correa nun das Steuer herumreißen. Eine Raffinerie soll gebaut und das Geschäft der Zwischen-

händler durch direkte Regierungsabkommen mit Venezuela oder Chile beschnitten werden. Die Energiepolitik des Landes stellt deshalb die Schnittstelle zwischen wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt und einem verstärkten regionalen Integrationsprozess dar. Die Möglichkeiten der FES, über ihr Netzwerk von Büros kontinentweit gemeinsame Fragestellungen der Politikberatung und Dialogförderung zu bearbeiten, sind dabei von

besonderem Vorteil. So wurde Ende Oktober in Quito eine internationale Konferenz zur regionalen Integration in Lateinamerika organisiert; zuvor fand im September ein Informationsprogramm in Berlin statt.

Internationale Politikanalyse

Ehrke, Michael – *Ungarische Unruhen: ein Symptom der zentraleuropäischen Beitrittskrise?*

Klodt, Henning – *Schreckgespenst Arbeitsplatzexport: Auslandsinvestitionen und inländischer Arbeitsmarkt*

Leinen, Josef M. – *Die Kosten der Nicht-Verfassung*

Aus der Reihe „Europäische Politik“

Veit, Winfried – *Avantgarde und Europäische Nachbarschaftspolitik: für ein Europa der konzentrischen Kreise*

Aus der Reihe „Frieden und Sicherheit“

Flechtner, Stefanie – *European security and defense policy: between „offensive defense“ and „human security“*

Bestellungen bitte an:

Helga Stavrou

E-Mail: info.ipa@fes.de – Fax: +49 (228) 883-625

Alle Texte der „Internationalen Politikanalyse“ online unter: www.fes.de/indexipa.html

Diverse Publikationen

FES-Analysen

Hillebrand, Ernst – *Großbritannien: die Lage Labours vor dem Parteitag*

Speck, Ulrich – *Die USA vor den Kongresswahlen: die Heimatfront bröckelt*

Weller, Christian E. – *Die US-Ökonomie am Scheideweg: wirtschaftliche Schwächen erfordern ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik*

Wörtz, Eckart – *Saudi-Arabien: Energieriese zwischen geopolitischer Neuausrichtung und innenpolitischer Reform*

Stabsabteilung – *Zukunft Zeitung*

Machill, Marcel – *Online-Auftritte der Tageszeitungen* – 1

Rager, Günther – *Demographischer Wandel und verändertes Leseverhalten der jüngeren Generation: wie reagieren die Zeitungsverlage?* – 2

Kleinstauber, Hans J. – *Hohe Renditen, geringe Qualität? Zur aktuellen Situation und den langfristigen Perspektiven des Zeitungsmarktes in den USA* – 3

Vogel, Andreas – *Perspektiven von Kooperationen und Fusionen bei regionalen Tageszeitungen: Zusammenarbeit in Content-Produkten, Herstellung und Vertrieb* – 4

Vogel, Andreas – *Neue Erlösfelder für Zeitungsverlage durch Nebengeschäfte* – 5

Meyer-Lucht, Robin – *Vom Zeitungshaus zum crossmedialen Informationsdienstleister* – 6

Machill, Marcel – *Anzeigenblätter und Gratiszeitungen: die Konkurrenten der Lokalzeitungen* – 7

Meyer-Lucht, Robin – *Verblühende Regionalpresse-Landschaften im Osten? Zur wirtschaftlichen Lage der ost- und west-deutschen Regionalpresse* – 8

Weitere Publikationen:

Fliedner, Ortlieb – *Weniger Gesetze durch Privatisierung öffentlicher Aufgaben? Zwei Fallstudien* – Forum Berlin

Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik: Dokumentation einer Bürgerkonferenz – Forum Berlin

Arlt, Susanne – *Eltern – Kinder – Geld: Deutsch-Schwedisches Dialogforum* – Forum Politik und Gesellschaft

Familie im Wandel: eine Herausforderung für die Rechts-politik – gemeinsames Symposium des Bundesministeriums der Justiz und der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Anlass des 80. Geburtstags von Dr. Hans-Jochen Vogel – Forum Berlin

Demokraten im Unrechtsstaat: das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front – Dokumentation des XVII. Bautzen-Forums, Büro Leipzig

Eichhorst, Werner – *Die Akzeptanz von Arbeitsmarktreformen am Beispiel von Hartz IV* – Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Soell, Hartmut – *Herbert Wehner: ein Leben in den Krisen des 20. Jahrhunderts* – Gesprächskreis Politik und Geschichte im Karl-Marx-Haus – 7

Zur Sozial- und Kulturgeschichte des Fußballs – Gesprächskreis Politik und Geschichte im Karl-Marx-Haus – 8

Gesetzesfolgenabschätzung und Bürokratieabbau: Wunderwaffe für die Entlastung des Mittelstands? – Arbeitskreis Mittelstand

Mietsch, Fritjof – *Zukunft des Verkehrs: Finanzierung und Mobilität* – Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Thomas, Uwe – *Von der Wissensgesellschaft zur Bildungsgesellschaft: bleibt Deutschland Exportweltmeister?* – Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung

Thomas, Uwe – *Fairer Wettbewerb für deutsche Hochschulen: eine Philippika gegen die föderale Segmentierung* – Arbeitskreis Forschung und Innovation

Fundamentalismus – Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog – Policy – Politische Akademie – 10

Vollbeschäftigung und Globalisierung – ein Widerspruch? Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog. Policy – Politische Akademie – 11

Goedeking, Ulrich – *Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien* – Studien zur länderbez. Konfliktanalyse

Görlach, Alexander – *Progressive Thinking in Contemporary Islam* – Interkultureller Dialog

Günther, Mirco – *Die Ukraine auf dem Weg nach Europa* – Referat Mittel- und Osteuropa

Peschel-Gutzeit, Lore Maria – *Prüfung der Verbindlichkeit frühkindlicher staatlicher Förderung unter verfassungsrechtlichen, familienrechtlichen und jugendhilferechtlichen Aspekten* – Landesbüro Berlin

Helfen, Thomas – *Lokale Ökonomie in den Berliner Quartiersmanagementgebieten im Rahmen der Sozialen Stadt* – Landesbüro Berlin

Die Münstereifeler Literaturgespräche: eine Chronik mit Bildern, Kurt-Schumacher-Akademie

Peterson, Luke Eric – *South Africa's bilateral investment treaties: implications for development and human rights* – Dialogue on globalization – 26: Occasional papers – Geneva

Schulz, Wolfgang – *Die Zukunft der Kontrolle der Meinungsmacht* – Medien- und Technologiepolitik

Sell, Stefan – *Modernisierung und Professionalisierung der Arbeitsvermittlung*: Strategien, Konzepte und Modelle unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen

Welfens, Paul J. J. – *Die Zukunft des Telekommunikationsmarktes*: volkswirtschaftliche Aspekte digitaler Wirtschaftsdynamik (Medien- und Technologiepolitik)

Kurzberichte aus der intern. Entwicklungszusammenarbeit

Referat Lateinamerika und Karibik:

Azevedo, Ricardo de – *Gestützt auf die Kräfte des Volkes gewinnt Lula erneut die Wahl*

Quiroga, Yesko – *Die Garantie sozialer Rechte: eine Herausforderung an die chilenische Politik*

Ruderer, Stephan – *Augusto Pinochet: die unendliche Enthüllungsgeschichte um den Ex-Diktator Chiles*

Stoll, Alfred – *Argentinien: die Architektur der Macht*

Storck, Ulrich – *Präsidentenwahlwahlen in Nicaragua: Daniel Ortega ist zurück*

Referat Asien und Pazifik:

Schweißhelm, Erwin – *Ein Jahr nach Helsinki: das Gesetz über die Regierung der Provinz Aceh ist verabschiedet*

Hasemann, Armin – *Sieben Jahre nach dem Coup: Pakistans Regime in der Legitimitätskrise*

Rodic, Vesna – *Machtwechsel in Thailand: das moralische Dilemma eines Putsches*

Scheers, Linde – *IWF-Weltbank-Jahrestagung in Singapur*: Diskussion über die Zukunft der Bretton-Woods-Zwillinge überschattet durch Einschränkung der Teilnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen

Schweißhelm, Erwin – *Timor Leste: der jüngste Staat der Welt bleibt unter internationaler Kontrolle*

Becker, Astrid – *Der unerklärte Krieg in Sri Lanka*

Referat Afrika:

Châtaigner, Jean-Marc – *Zwischen Reform und Tradition: die französische Afrikapolitik heute*

Engels, Jan Niklas – *Kein Anschluss unter dieser Nummer? Die Entwicklung des Telekommunikationssystems in Afrika*

Alle Kurzberichte online unter: www.fes.de/globalization

Textbeiträge in dieser Ausgabe des FES-Info:

Erfried Adam; Christine Arbogast; Matthes Buhbe; Tina Marie Blohm; Hans Blumenthal; Max Brändle; Jerome Cholet; Stefan Chrobot; Florian Dähne; Carmen Dege; Stefan Dehnert; Micky Drill; Henning Effner; Michael Ehrke; Felix Eikenberg; Stefanie Elies; Matthias Eisel; Samir Farah; Stefanie Flechtner; Stephan Franz; Alina Fuchs; Ingo Gertner; Steffen Grammling; Lea Große-Vorholt; Rainer Gries; Peter Häussler; Elmar Haug; Armin Hasemann; Mirko Hempel; Peter Hengstenberg; Gerd Hennig; Ernst Hillebrand; Katharina Hofmann; Franziska Hradský; Heinz Albert Huthmacher; Nicole Janz; Marei John; Johannes Kandel; Felix Kirchmeier; Ursula Koch-Laugwitz; Peter König; Christian Krell; Reinhard Krumm; Thea Kühne; Michael

Langer; Gunter Lehrke; Annette Lohmann; Gero Maass; Homaira Mansury; Beate Martin; Eugen Meckel; Till Melchert; Ralf Melzer; Helmut Mörchen; Irina Mohr; Dietmar Molthagen; Peter Oester-diekhoff; Rolf Paasch; Knut Panknin; Tobias Paul; Michael Petras; Werner Rechmann; Franziska Richter; Astrid Ritter; Vesna Rodic; Michael Roll; Ingrid Roß; Heiner Sassenfeld; Christina Schildmann; Hubert René Schillinger; Axel Schmidt; Felix Schmidt; Severin Schmidt; Stefanie Schmitz; Michael Schneider; Michael Schultheiss; Judith Schwedthelm; Anne Seyfferth; Ernst Stetter; Markus Trömmel; Winfried Veit; Helmut Weber; Anja Wehler-Schöck; Frederic Werner; Petra Wilke; Catherine Zanev; Nicole Zeuner; Dr. Rüdiger Zimmermann;

Impressum

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
✉ D-53170 Bonn
📦 Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Telefon: 0228 883-213/214

Internet:
www.fes.de
E-mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiski
Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Telefon: 030 26935924
Telefax: 030 26935951
E-mail: peter.donaiski@fes.de

Herstellung, Satz & Layout: Publix, Harald Eschenbach, Berlin
Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig
Titelfoto: Reuters
Printed in Germany, Januar 2007
Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset
ISSN 0942-1351



Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte

Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Anke Fuchs, Sigmar Gabriel, Klaus Harpprecht,
Jürgen Kocka, Thomas Meyer

Chefredakteur: Thomas Meyer
Verantwortlicher Redakteur: Norbert Seitz

Erscheint zehnmal jährlich,
davon zweimal als Doppelheft

Bezug durch den Buch- und Zeitschriften-
handel oder portofrei direkt vom Verlag

Einzelheft: Euro 5,50
Doppelheft: Euro 10,80
Jahresabonnement: Euro 50,60

www.ng-fh.de

*Zwei Traditionen, eine Zeitschrift:
Die »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« (NG/FH) verbindet seit 1985
zwei Linien deutscher Debattenkultur: die »Neue Gesellschaft« als SPD-
nahe Diskurszeitschrift und die »Frankfurter Hefte« als linkskatholisches
Forum für Politik und Kultur.*

Heute fragt die NG/FH: Was bleibt vom linken Projekt in Zeiten der Globalisierung? Welche Zukunftschancen hat Europa? Wie reformfähig ist der Sozialstaat? Wohin entwickelt sich die deutsche Einheit? Die Zeitschrift verfolgt die Umbrüche der Jahrtausendwende – die Erneuerung in Mittel- und Osteuropa, die Auseinandersetzung mit dem totalitären Erbe, die Entwicklung der neuen Medien, die Chancen der Zukunftstechnologien.

In der NG/FH schreiben:

Franziska Augstein, Tissy Bruns, Eckhard Fuhr, Alexander Gauland, Heribert Prantl, Gesine Schwan, Heinrich August Winkler u.v.a.